Nr. 262. 25. Jahrg.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen: Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 60 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen", das erste (fettgedruckte) Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Sonnabend, den 7. November 1908.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Die geprellten preußischen Unterbeamten.

Die Budgetkommission, die in dieser Woche mit der Beratung des Beamtenbesoldungsgesetzes begann, hat rasche Arbeit geleistet. Leider kann nicht auch gesagt werden, daß sie gute Arbeit geleistet hätte. Rasch genug ist man mit den ersten acht Klassen, die nicht weniger als **164 000 Beamte von insgesamt 272 000 Beamten** umfassen, die bei der Besoldungsreform überhaupt in Frage kommen, fertig geworden. Man hat nicht mehr als drei Tage gebraucht, um die Positionen durchzuberaten und Beschlüsse zu fassen. Ob man bei der Beratung der Gehälter der mittleren, namentlich aber der oberen Beamten ebenso rasche Arbeit leisten wird? Wir wollen es abwarten! Nur soviel muß festgestellt werden, daß die Hoffnung der unteren Beamten auf entschiedene Aufbesserung ihrer unzulänglichen Bezüge bitter enttäuscht worden ist. Als die Regierungsvorlage bekannt wurde, beeilten sich die unteren Beamten, durch zahlreiche Petitionen (von den unzähligen Privatbriefen, die den Abgeordneten zugegangen sind, ganz abgesehen), die völlige Unzulänglichkeit der geplanten Gehaltsaufbesserung nachzuweisen und um eine entsprechende Erhöhung der von der Regierung vorgeschlagenen Gehaltssätze zu bitten. Die Mehrheit der Kommission hat jedoch diese ebenso dringlichen wie gerechtfertigten Forderungen gröblichst ignoriert! Sie hat sich durch die Erklärung der Regierung, daß ein Hinausgehen über die Vorschläge der Regierung Geld und nochmals Geld kosten werde, um so mehr einschüchtern lassen, als ja die neuen Steuern in Preußen nicht in Gestalt indirekter Steuern aus den Massen herausgepreßt werden können, sondern die besitzenden Klassen selbst durch eine Erhöhung der Einkommens- und Vermögenssteuer den Fehlbetrag aufbringen müssen. Dieser Appell der Sachwalter unserer besitzenden Klassen ist kein vergeblicher gewesen. Um nicht neue Steuern zahlen zu müssen, **will man das Beamtenproletariat auch ferner lieber unzulänglich bezahlen!** Trotz des gerade von den Vertretern der reaktionären Mehrheitsparteien so stürmisch bejubelten Wortes „Preußen in Deutschland voran" nimmt man nicht einmal Rücksicht auf die unerhört blamable Tatsache, daß Bayern mit seiner Beamtenbesoldungsreform gerade bei den Gehaltssätzen der unteren Beamten **viel weiter gegangen ist, als Preußen!** Man wird sich energisch dafür ins Zeug legen, daß diejenigen Beamtenkategorien, die mit den besitzenden Klassen versippt und verschwägert sind, nicht zu kurz kommen. **Die unteren Beamten mögen sehen, wo sie bei den ungeheuer gestiegenen Preisen aller Lebensbedürfnisse bleiben!**

Mit Ach und Krach hat man sich dazu bequemt, das Anfangsgehalt für die unterste Beamtenklasse in der Kommission von 1000 auf 1100 M. zu erhöhen. An dem Höchstgehalt von 1200 M. jedoch hat man nicht gerüttelt. Auch für die zweite Klasse hat man das Anfangsgehalt zwar auf 1100 M. erhöht, aber das Höchstgehalt von 1500 M. ebenfalls unverändert gelassen. In der dritten Klasse hat man überhaupt keinerlei Aenderungen an der Regierungsvorlage vorgenommen, und auch in der vierten Klasse wurden alle Verbesserungsanträge abgelehnt, mit Ausnahme des einen Antrages, der eine Erhöhung des Endgehalts derjenigen Lokomotivheizer von 1700 auf 1800 M. betrifft, die nicht in Lokomotivführerstellungen aufzurücken vermögen.

Das ist alles, was die Kommission für die mehr als 80 000 Unterbeamten übrig hatte, die in diesen vier untersten Klassen rubriziert sind! Wie sehr man in der Fürsorge für die Unterbeamten hinter Bayern zurückgeblieben ist, dafür nur zwei Beispiele. Die Bahnwärter sollen nach den Kommissionsbeschlüssen bei uns künftig 1100 bis 1200 M. erhalten, während sie in Bayern mit 1200 bis 1700 M. Gehalt angestellt sind. Durch die Erhöhung des Anfangsgehalts von 1000 auf 1100 M. ist unter Zurechnung des Wohnungsgeldzuschusses von durchschnittlich rund 300 M. zwar das Anfangsgehalt der Bahnwärter über das der bayerischen Bahnwärter hinausgebracht worden. Nach zehnjähriger Dienstzeit jedoch tritt ein immer größer werdender Umschlag ein, dergestalt, daß **das Endgehalt der Bahnwärter in Bayern 1700 M.** beträgt, während es in Preußen einschließlich des Wohnungsgeldzuschusses **nur die Höhe von 1500 M. erreicht!** Schlimmer noch ist es den Schaffnern, Bremsern usw., einer Beamtenkategorie von 21 300 Personen, ergangen. Ihr Gehalt soll in Preußen künftig 1100 bis 1500 M. betragen, in Bayern dagegen 1500 bis 2100 M. Da die Nebenbezüge, die auch in Bayern gewährt werden, außer Betracht bleiben müssen, stehen sich demnach in Preußen unter Anrechnung des in Preußen gewährten Wohnungsgeldzuschusses die Schaffner **im Mindestgehalt um 100 M. und im Höchstgehalt gar um 300 M. schlechter** als ihre bayerischen Kollegen. Preußen in Deutschland voran!

Auch in anderer Beziehung ist man dem nachahmenswerten Vorbild Bayerns nicht gefolgt. In Bayern hat man die Beamtenkategorien durch Zusammenlegung verwandter und annähernd gleich zu wertender Berufe auf **30 Klassen reduziert.** In Preußen hat man nicht weniger als **51 Klassen** für nötig erachtet, die jedoch eigentlich 78 Klassen darstellen, da fast jede einzelne Klasse noch Unterabteilungen aufweist, die sich durch besondere Aufrückungsverhältnisse im Gehalt voneinander unterscheiden. Preußen hat also noch mehr als 2½mal soviel Beamtenklassen als Bayern! Dieses chinesische Kastenunwesen schafft zwar der Regierung durch Erregung von allerhand Rivalitäten unter den Beamten mancherlei Belästigungen, andererseits aber wird es offensichtlich von der Regierung und den reaktionären Parteien als wirksames Mittel betrachtet, **jede Solidarität innerhalb der Beamtenschaft zu untergraben!** Man beruft sich dabei auf die besondere Qualifikationen einzelner Beamtengruppen und -Grüppchen. Als ob ein Beamter dem anderen das Brot mißgönnen würde, wenn er nur selbst satt zu essen hat! Gerade dadurch, daß man die unteren Beamten und manche mittlern Beamten unzulänglich bezahlt, dabei einzelne Gruppen bevorzugt, erregt man jene allgemeine Eifersüchtelei, die man wohl heuchlerisch beklagt, die man aber emsig zu schüren trachtet! Zu einer Vereinheitlichung und Zusammenlegung der Klassen ist man auf reaktionärer Seite nur dann geneigt, wenn man das Gehaltsniveau der Beamten herabdrücken kann. Das zeigte sich geradezu klassisch in der Freitagssitzung der Budgetkommission. Dort wurde nämlich von konservativer und ultramontaner Seite beantragt, eine Gruppe von Kanzlisten, die in der Vorlage in Klasse 11 angesetzt war, mit einer anderen Gruppe von Kanzlisten in Klasse 10 derartig zu vereinigen, daß man die Beamten der Klasse 11 in Klasse 10 versetzte. Dadurch wäre den Kanzlisten der Klasse 11, zirka 1500 Personen, unter anderem **das Endgehalt um 150 bis 300 M. verkürzt worden,** während aus dieser Verschlechterung der Bezüge dieser Kanzlisten der Grupe 11 **den zirka 880 Kanzlisten der Klasse 10 nicht der mindeste Vorteil erwachsen wäre,** denn bei ihnen sollten ja die von der Regierung vorgeschlagenen Gehaltsätze unverändert bestehen bleiben! Die Zusammenlegung der beiden Gruppen wäre also **auf Kosten der Gesamtheit** vollzogen worden, und zwar dergestalt, daß einem ganz erklecklichen Teil der Beamten **das Gehalt überhaupt nicht aufgebessert worden wäre!**

Die Sozialdemokratie wird sich übrigens diesen famosen Vorschlag der Herren Reaktionäre merken, wenn es sich darum handelt, verschiedene Gruppen der hochbezahlten Beamten zusammenzulegen. Die Herren werden dann nicht über „Gleichmacherei" klagen können, weil die Sozialdemokratie dann ja nur **nach konservativ-ultramontanem Rezept verfährt!** Ganz abgesehen davon, daß die Herren Konservativen und Ultramontanen einer immerhin noch dürftig entlohnten Beamtengruppe das Einkommen sogar gegenüber dem Vorschlag der Regierung beschneiden wollten, während es sich bei den höheren Beamtengruppen um wirklich auskömmliche, teilweise sogar mehr als auskömmliche Bezüge handelt!

Wir werden in den nächsten Tagen noch im einzelnen auf die Arbeit der Kommission zurückkommen. Schon jetzt aber mögen es sich die Unterbeamten gesagt sein lassen, **daß sie sich kräftig rühren müssen, wenn sie auf die Mehrheit des Junkerparlaments auch nur den geringsten Eindruck machen wollen!**

Beamtenbesoldungen.

Die verstärkte Budgetkommission des Abgeordnetenhauses erledigte am Freitag eine Reihe weiterer Beamtenkategorien. In der Klasse 9, für die ein Gehalt von 1400 bis 2400 M. vorgesehen ist, wurde eine Aenderung dahin getroffen, daß für die Revierförster und Förster kürzere Aufrückungsperioden beschlossen wurden, und zwar sollen diese Beamten bereits in 21 Jahren das Höchstgehalt erreichen, während sie nach der Regierungsvorlage erst nach 27 Jahren in den Besitz des Höchstgehaltes gekommen wären. Auch für die Lokomotivführer und Seelotsen wurde die Aufrückungsfrist verkürzt. Sie erreichen das Höchstgehalt schon nach 12 Jahren gegenüber der Regierungsvorlage, wonach sie es erst nach 15 Jahren erreicht haben würden.

Eine längere Debatte riefen die Gehaltsverhältnisse der Kanzlisten hervor. Die Kanzlisten bei den Lokalinstanzen sind in der Regierungsvorlage in Klasse 10 (1650 bis 2700 M.) eingereiht, diejenigen bei den Provinzialinstanzen in Klasse 11 (1650 bis 3000 M.). Vom Zentrum lag ein Antrag vor, der eine Gleichstellung der Kanzlisten der Lokal- und Provinzialinstanzen bezweckt. Finanzminister Freiherr von Rheinbaben wandte sich gegen diesen Antrag, der eine Ungerechtigkeit bedeute. Dadurch würde genau das Gegenteil von dem erreicht, was die Regierung beabsichtige. Die Regierung bezwecke eine Heraushebung der Beamten des Außendienstes über die des Innendienstes. Dieser Zweck würde vereitelt, wenn man die Kanzlisten noch über die Oberwachtmeister der Gendarmerie stellen würde. Die Folge des Antrages würde ein noch stärkerer Andrang zum Bureaudienst und demzufolge noch eine Zunahme der Vakanzen beim Außendienst sein. Von anderer Seite wurde angeregt, sämtliche Kanzlisten, auch die unter Klasse 11 aufgeführten, in die Klasse 10 zu versetzen. Unterstaatssekretär Dombois machte darauf aufmerksam, daß die Kanzlisten in der Lokalinstanz einen größeren Nebenverdienst hätten, als die in der Provinzialinstanz. Die Gleichstellung beider Kategorien würde also dahin führen, daß die Beamten der Provinzialinstanz sich schlechter stünden.

Nach der Mittagspause lag zu diesem Punkt ein Kompromißantrag des Zentrums, der Konservativen und der Freisinnigen vor. Danach sollen die Kanzlisten der Provinzialbehörden aus der Klasse 11 in die Klasse 10 versetzt werden, doch soll für die bis zum 1. April 1908 etatmäßig angestellten Kanzlisten der Klasse 11 die Bestimmung des § 4 des Mantelgesetzes gelten mit der Maßgabe, daß jeder Kanzlist dieser Kategorie 150 M. Zulage erhält (§ 4 des Mantelgesetzes ermächtigt die Regierung, soweit das Diensteinkommen eines Beamten für 1908 hinter den bisherigen Bezügen zurückbleibt, über den Etat hinaus den Unterschied als nicht pensionsfähigen Zuschuß zu bewilligen). Zu bemerken ist, daß die Vertreter des Zentrums und der Freisinnigen den Kompromißantrag nur unter der Voraussetzung unterschrieben hatten, daß vorher ein freisinniger Antrag auf kürzere Bemessung der Aufrückungsfrist angenommen würde. Freiherr von Rheinbaben sprach in erster Linie für die Regierungsvorlage, erklärte sich aber eventuell auch mit dem Kompromißantrag einverstanden. Während verschiedene Redner sich gegen die durch den Kompromißantrag beabsichtigte Verschlechterung gegenüber der Regierungsvorlage wandten, wurde von anderer Seite die Anregung gegeben, die Kanzlisten der Provinzialinstanz allmählich zum Aussterben zu bringen. In der Abstimmung wurde der freisinnige Antrag auf kürzere Bemessung der Aufrückungsfrist abgelehnt. Infolgedessen stimmte ein Teil der Antragsteller gegen den Kompromißantrag, so daß auch dieser fiel. Es bleibt also bei den Vorschlägen der Regierung.

Längere Zeit nahm die Debatte über einen Antrag in Anspruch, der sich auf die mittleren Werksbeamten bei der Berg-, Hütten- und Salinenverwaltung bezog. Nach der Vorlage der Regierung sollen ein Drittel dieser Beamten in Klasse 10, zwei Drittel in Klasse 12 eingereiht werden. Außerdem sollen den Beamten Gratifikationen bis insgesamt 130 000 M. gewährt werden. Es wurde beantragt, die Unterschiede fallen zu lassen und alle Beamten dieser Kategorien in die Klasse 12 einzureihen. Der Vertreter des Handelsministers erklärte, die mittleren Beamten der Bergwerksverwaltung seien erst 1901 in das Verhältnis der Staatsdiener übergeführt, sie seien in zwei Klassen geteilt, je nach dem Umfang der Werke, bei denen sie sich befinden. Diese Trennung habe sich aber nicht als zweckmäßig erwiesen und infolgedessen würden im Laufe der Zeit eine Reihe von Stellen 1. Klasse in solche 2. Klasse umgewandelt werden. Dagegen sei eine Trennung nach Funktionen durchaus notwendig, denn der Dienst eines Steigers sei doch bedeutend verantwortungsvoller, als der Dienst derjenigen Beamten, die ihm nur beigegeben sind. Es sei nicht möglich gewesen, genaue Erhebungen darüber anzustellen, denn sonst wäre die Geheimhaltung der Besoldungsordnung gefährdet gewesen, weil man ja auch die nachgeordneten Beamten hätte hören müssen. Die Gratifikationen für besondere Leistungen könnte man bei diesen Beamten nicht ganz entbehren. Dagegen sollen die bisherigen Weihnachtsgratifikationen in Zukunft im allgemeinen wegfallen. Es werde notwendig sein, eine Reihe von Beamten der 1. Klasse in die 2. Klasse zu versetzen. Diese würden dadurch natürlich geschädigt werden und sollten deshalb die bisherigen Weihnachtsgratifikationen von 150 M. behalten. Im übrigen aber sollen die Weihnachtsgratifikationen fortfallen. Die Beamten hätten das selbst gewünscht, weil ihrer Meinung nach bei der Verteilung nicht objektiv verfahren werde.

Im Laufe der Diskussion wandten sich verschiedene Redner gegen das System der Gratifikationen überhaupt und forderten dessen Beseitigung. Wenn man es aber beibehalten wolle, so meinte ein Redner, so möge man wenigstens nicht den Beamten, die eine kleine Strafe erlitten haben, die Gratifikationen entziehen, sie also gewissermaßen doppelt bestrafen. Ein anderer Redner wünschte, daß nur eine Klasse geschaffen und daß die Verschiedenheit der Funktionen durch Stellenzulagen ausgeglichen werde.

Die Abstimmung ergab die Annahme des Antrages mit 15 gegen 13 Stimmen. Es werden also alle Steiger in die 12. Klasse mit einem Gehalt von 1650 bis 3300 M. aufgenommen.

Die nächste Sitzung der Kommission findet erst am Dienstag statt.

Das Spiel um die Ehre.

Es will nichts mehr gelingen! Die Frivolität der Aufbauschung des Casablanca-Zwischenfalls war so groß, die Erbitterung, die das Spiel mit dem Feuer überall in Deutschland auslöste, so stark, daß Bülow und seine Helfer zurückweichen mußten. War gestern noch die „nationale Ehre" engagiert, so wird uns heute verkündigt, daß die „friedliche Lösung" gesichert ist und bald die Formel gefunden sein wird, die den Zwischenfall aus der Welt schafft. Wir haben an diesem Ausgang nicht sehr gezweifelt und von Anfang an die freche Komödie, die die offiziös gespeiste Presse aufführte, gekennzeichnet, wie sie es verdiente. Denn die Nachahmung der Künste des dritten Napoleon ist für Bülow und seine Helfer doch nur mehr in der Karikatur möglich. Die herrschende Sippe weiß, was heute für sie bei einem Kriege auf dem Spiele stände und mit Absicht wird sie einen solchen so leicht nicht heraufbeschwören. Die Spuren der russischen Revolution schrecken. Nicht ihr böser Wille ist in erster Linie zu fürchten, sondern ihre Unfähigkeit und Leichtfertigkeit.

Die Formel, die den Konflikt beilegen soll, wird darin bestehen, daß sowohl Frankreich als Deutschland ihr Bedauern aussprechen werden, das eine über die Verletzung der deutschen Konsulatsrechte, das andere über das inkorrekte Verhalten des Konsuls. Dann soll der „Streitfall" dem Haager Schiedsgericht überwiesen werden. Wird so diese lächerliche Geschichte nun endlich bald ganz erledigt sein, so darf man deswegen nicht meinen, daß das täppische Vorgehen der deutschen Diplomatie nicht

wieder neuen Schaden angerichtet hat. Sowohl in Frankreich als im übrigen Ausland hat der Vorfall den Unwillen und die Beunruhigung über die deutsche Regierungspolitik vermehrt und die Ueberzeugung von ihrer Wankelmütigkeit und Unzuverlässigkeit verstärkt. Daß dieser Schaden nicht noch größer ist, erklärt sich zur Genüge aus dem Umstande, daß die deutsche Politik nach ihrer letzten Blamage fast nichts mehr zu verlieren hat. Es ist bezeichnend, daß selbst ein bisher so durchaus deutschfreundliches Blatt wie die radikale „Daily News" über den neuesten Streich des Fürsten Bülow schreiben:

„Dieser Vorfall kann nicht mehr vergessen werden. Die englischen Liberalen wollen im allgemeinen eine Verständigung mit Deutschland, aber die wiederholten Erfahrungen, die sie in bezug auf die deutsche auswärtige Politik machen, erregen den Eindruck, daß diese in der Tat unverläßlich und sprunghaft sei."

Und in demselben Sinne urteilt die ganze englische Presse und mit ihr die europäische. Der brave Bülow hat mit seiner neuesten Leistung nur das Gegenteil dessen erzielt, was er beabsichtigte. Er hat im ganzen Ausland den Eindruck erweckt, daß er kapabel sei, um seine Stellung zu behalten, internationale Gefahren heraufzubeschwören, und er hat in Deutschland nur neuen Widerwillen, neues Mißtrauen und neue Verachtung gegen die Künste geweckt, mit denen er sein verwirktes Ministerdasein zu verlängern sucht.

Der getreue Block macht freilich alle Anstrengungen, um seinen Herrn zu retten. Es ist geradezu jämmerlich, wie die Blockmajorität schon im voraus kneift, wie sie sich angesichts der ernsten Pflicht völlig bankerott erklären muß und alles Heil von eben dem erwartet, den sie anklagen sollte. Bülow selbst kann sich gegenüber seinem Herrn nie so würdelos und knechtselig benommen haben wie diese Volksvertreter gegenüber einem in der ganzen Welt außerhalb des Wallotbaues verhöhnten und verspotteten Minister. Den Rekord der Lächerlichkeit halten natürlich die verächtlichsten Blockmameluken, die Freisinnigen. Ihre Fraktionsgemeinschaft hat heute den Antrag, eine Adresse an den Kaiser zu richten, abgelehnt, weil — wir zitieren das „Berl. Tageblatt" — „bei der impulsiven Natur des Kaisers nicht abzusehen sei, wie er eine solche Adresse aufnehmen werde"! Die Zeit des Ordensfestes ist nicht mehr ferne und da sollen die freisinnigen Staatsmänner wegen solcher Bagatellen wie Absolutismus oder Parlamentarismus ihre einzigen politischen Erfolge in Frage stellen lassen? Das darf man diesen Realpolitikern doch wirklich nicht zumuten und so kriechen sie ins Mauseloch, um dem Knopfloch nicht den erwarteten Schmuck zu rauben. Ebensowenig denken die Blockparteien daran, das Machtmittel der Reichsfinanzreform zu benutzen, um gesetzmäßige Garantien für das Kontrollrecht des Reichstages zu erlangen. Dazu haben wieder die konservativen Fraktionen keine Lust. Kein Wunder, daß dem Bülow der Kamm schwillt und er sich unterfängt, von der Majorität ein formelles Vertrauensvotum zu fordern!

Wir können den Erfolg ruhig abwarten und werden die Herren sicher nicht hindern, unsere Geschäfte zu besorgen. Sagt doch selbst das nationalliberale „Leipz. Tagebl." über die Aufbauschung des Marokkokonflikts und die Vertuschungsmanöver des Blocks:

Die Schneidigkeit in den Marokkodingen ist „wohl das Stärkste, was man bisher einem reifen Volke geboten hat, denn damit suchen die Konteraktenre einmal die Aufmerksamkeit abzulenken, und gewissermaßen nehmen sie als Resultat der Interpellation die Versöhnung zwischen Kanzler und Parlament schon als gegeben an. Der Düpierungsversuch ist so grob und unerhört dreist, daß die deutsche Lammesgeduld dazu gehört, um ihn sich gefallen zu lassen. Und leider ist zu vermuten, daß der deutsche Reichstag sich geneigt fühlt in dem abgekarteten Komödienspiel mitzuwirken. Alle diese Kulissenschiebungen könnten bei einem Parlament, das seine eigenen Rechte zu wahren weiß, nicht vorgenommen werden. Es wäre in keinem anderen Falle möglich, eine Affäre von der Bedeutung des kaiserlichen Interviews zu verquicken mit irgendwelchen anderen Nichtigkeiten. Und es wäre überhaupt in keinem anderen Parlament möglich, daß ein verantwortlicher Staatsmann sich ihm noch mit der Konduite präsentieren könnte, die Fürst Bülow aufzuweisen hat.

Der Reichstag möge sich nicht täuschen, er hat gar nicht so viel an Prestige zu verlieren, um diese Einbuße an Volksvertrauen überhaupt vertragen zu können. Wenn sich der deutsche Reichstag hier zum Werkzeug eines höfischen, ebenso arroganten wie verderblichen Scheinmanövers macht, wenn er sich dazu hergibt, den bis in die Knochen blamierten verantwortlichen Leiter der Reichsgeschäfte zu decken und im Grunde alles beim alten zu lassen, so wird er sich nicht wundern dürfen, wenn man ihn als ernsthaften politischen Faktor nunmehr für völlig ausgeschaltet hält, und wenn man die Reichstagsberichte nur noch als Lektüre behandelt. „Schade um die Reichstagsdiäten!" wird man im Volke sagen, wenn man diese Enttäuschung erleben soll.

Die Herren Abgeordneten werden zu entscheiden haben, ob ihnen mehr an einem guten Verhältnis zu ihren Wählern oder zur Regierung liegt."

Sehr richtig — und für die Aufklärung der Wähler wird wahrhaftig gesorgt werden. Am nächsten Dienstag wird nicht nur der Reichstag verhandeln, sondern auch die Berliner Arbeiter werden ein kräftiges Wort sagen. In Köln hat bereits Mittwoch eine überfüllte Arbeiterversammlung sehr deutlich gesprochen und erklärt:

„Die in den letzten Tagen enthüllten unerhörten Vorkommnisse auf dem Gebiete der deutschen Auslandspolitik sind Folgeerscheinungen des persönlichen Regiments, das nur möglich geworden ist durch die politische Jämmerlichkeit des deutschen Bürgertums und die beispiellose Feigheit der Reichstagsmehrheit. Vorgänge dieser Art bringen Deutschland um den letzten Rest von Kredit, machen es zum Gespött aller Kulturnationen und beschwören die Gefahr schwerer internationaler Verwickelungen herauf. Der Skandal wird noch verschlimmert durch die grotesken Entschuldigungsversuche der Reichsregierung, die eine Luderwirtschaft sondergleichen in den höchsten Regierungsämtern enthüllen.

Die verderblichen wirtschaftlichen Folgen einer unfähigen und unaufrichtigen deutschen Auslandspolitik treffen die Arbeiterschaft gerade in der jetzigen schlimmen Zeit der Krise mit voller Wucht. In politischer Beziehung muß der geistige und moralische Bankrott des jetzigen Regierungssystems zu einer mächtigen Triebfeder der endlichen Demokratisierung unseres Staatswesens werden. Das politisch längst mündige Volk ist die beleidigende Bevormundung gründlich satt, es verlangt Selbstbestimmung seiner Geschicke und wird sie sich durch die unbeugsame Energie der Sozialdemokratie zu erkämpfen wissen. Es will nicht länger mehr nur schwere Staatslasten tragen und keine Rechte haben, es will nicht mehr abhängig sein von der ebenso hochmütigen wie unfähigen Junkersippe und den stark wechselnden Stimmungen eines einzelnen Herrschers. Die rücksichtslose Hinwegräumung aller feudalen Reste und Bekämpfung aller absolutistischen Allüren ist ein Gebot der Selbsterhaltung des Volkes. Vorbedingung einer wirksamen Kontrolle des Volkes über die Regierung ist die Vernichtung der Reaktion im größten und ausschlaggebenden Bundesstaate Preußen, die Erkämpfung des gleichen, allgemeinen, geheimen und direkten Wahlrechts."

Die Herren im Reichstag und an anderen Stellen können sich darauf verlassen, daß sich diesmal eine Protestbewegung erheben wird, die sie nicht durch elende parlamentarische Kulissenschwindeleien und durch Scheingefechte beschwichtigen können. Noch stehen sie vor der Entscheidung: Von ihnen selbst hängt es ab, ob sich die Erbitterung des Volkes gegen den parlamentsfeindlichen Absolutismus und seine Träger richten wird oder ob es mit den Verrätern im Parlamente selbst zugleich Abrechnung wird halten müssen. Die Erregung mag sich bei den parlamentarischen Blockfraktionen, denen ihre schmutzigen Geschäfte über die Volksinteressen gehen, gelegt haben. Im Volke selbst ist sie im steten Steigen und nichts hat aufreizender gewirkt als die Kunde von dem Verrat, den die feile und feige Majorität des deutschen Reichstages an dem deutschen Volke zu begehen sich anschickt.

Vom „organisch-evolutionistischen" Reformismus.

Die von Herrn Doktor J. Bloch redigierten „Sozialistischen Monatshefte" setzen in der letzten Nummer ihren großen Kampf für die „organisch-evolutionistische Auffassung" des Revisionismus oder, wie er sich lieber nennen hört, des „Reformismus" gegen die „absolute Intransigenz" der Radikalen oder sozialdemokratischen „Absolutisten" unentwegt fort. Bernstein, Schippel, Calwer teilen sich in die hehre Aufgabe, diesen eigenartigen Absolutismus kritisch zu überwinden, und alle drei leisten höchst Anerkennenswertes auf diesem Gebiete. Bernstein beweist mit wissenschaftlicher Gründlichkeit, daß die „leitende Idee des Revisionismus" bezw. Reformismus, nachdem sie zeitweilig verdunkelt worden sei, sich jetzt wieder von neuem Bahn bricht, und verkündet am Schluß seines Artikels mit kühnen Seheraugen, „daß auch die deutsche Sozialdemokratie eines Tages den Weg zu einem kraftvollen und seiner Natur sich bewußten systematischen Reformismus finden wird". Schippel kämpft in seinen „Krisenbetrachtungen" gegen den Gedanken der „chronischen Geschäftsstockung" und bewundert mit gehobenen Hoffnungen „die fast jugendlich elastische Anpassungs- und Wachstumsfähigkeit der bürgerlichen Verhältnisse". Und Calwer endlich übersetzt die „organisch-evolutionistischen" Theorien seiner Mitkämpfer ins Realpolitische, indem er für die Forderung eintritt, daß die Gehälter der Beamten, und zwar nicht nur der Unterbeamten, sondern auch der oberen Beamtenschichten, um 25 bis 30 Proz. aufgebessert werden müssen, da auch das Lohnniveau der Arbeiter sich in den letzten zehn Jahren beträchtlich erhöht habe und sonst sich der geziemende Abstand zwischen Arbeiterlöhnen und Beamtengehältern möglicherweise verringern könnte.

Besonders der Artikel Calwers über die „Regelung des Beamteneinkommens in Preußen" ist höchst lesenswert, denn gründlicher noch als seine Mitkämpfer hat er die Klassenkampftheorie überwunden und die leitende Idee des systematischen „organisch-evolutionistischen" Reformismus in ihren hehren Konsequenzen und ganzen Schönheit erfaßt.

Wir wollen deshalb unseren Lesern auch Calwers Artikel nicht ganz vorenthalten und wenigstens einen Absatz daraus mitteilen.

Calwer sagt wörtlich:

Es genügt aber nicht, das Nominaleinkommen nur so zu steigern, daß es die gleiche Kaufkraft besitzt wie 1897, sondern es muß auch die wirtschaftliche Hebung des deutschen Volkes in Rechnung gezogen werden. Die großgewerbliche Arbeiterschaft hat in den letzten zehn Jahren ihre Lage nicht unwesentlich verbessert. Das Lohnniveau hat sich durchschnittlich so gehoben, daß man für die letzten zehn Jahre eine Besserung von 10 Prozent annehmen kann. Von dieser Basis ausgehend kommt man zu der Forderung, daß namentlich die Einkommen der unteren Beamten um 25 bis 30 Proz. aufgebessert werden müssen, wenn die Unterbeamten einigermaßen den großgewerblichen Arbeitern gleichgestellt werden sollen. Aber es wäre kurzsichtig, nur den unteren Beamten diese wirkliche Einkommensverbesserung zukommen lassen zu wollen. Wir sind vielmehr der Ansicht, daß die gesamte Beamtenschaft auf eine durch die allgemein gestiegenen Lebensansprüche bedingte Erhöhung ihres Einkommens vollberechtigten Anspruch hat. Im einzelnen wird man darüber streiten können, welche Gehaltsätze für die und jene Beamtenkategorien die richtigen sind, generell aber muß man sich erst darüber klar sein, daß bei der Bemessung des Gesamteinkommens des Beamtenheers auf die Erfolge des wirtschaftlichen Aufschwunges gebührende Rücksicht zu nehmen ist.

Ganz konsequenter Reformist ist allerdings auch Calwer noch nicht; denn dann hätte er vorschlagen müssen, daß eine Art gleitende Gehaltsskala für die Beamten aller Kategorien aufgestellt wird und jedes Mal, wenn die Lohnhöhe der Arbeiter um 5 oder 10 Proz. steigt, auch alle Beamtengehälter in gleichem Maße aufrücken, damit die in der heutigen göttlichen Wirtschaftsordnung begründete Distanz zwischen Arbeitslöhnen und Beamtengehältern zum Wohle der Arbeiter konserviert bleibt und die „organische Evolution" nicht zu schnelle Fortschritte macht.

„Pension" Leubus.

In eingeweihten Kreisen raunt man sich zu, und in den Zeitungen liest man dann und wann: daß es unter dem Regime unserer derzeitigen Irrengesetzgebung möglich ist, zerrüttete Familienverhältnisse zu „sanieren" und unbequeme Familienmitglieder auf kürzere oder längere Zeit oder gar für immer unschädlich zu machen, indem man sie — unter gütiger Mitwirkung eines nicht allzu penibles Arztes — in eine „Anstalt" verbringt.

Solcher Fälle gibts nachgerade so viele, daß die Oeffentlichkeit sich schließlich daran gewöhnt hat, sie ohne sonderliche Erregung hinzunehmen. Nur wenn einer derjenigen Herren, die bei solcher Affäre in ihrer Eigenschaft als Aerzte, Polizeibeamte, Richter von einer Zeitung oder sonstwie in unangenehmer Weise genannt werden, die Unvorsichtigkeit begeht, den Staatsanwalt zu bemühen, fällt noch einmal ein Strahl des Tageslichts ins tiefe Dunkel unserer Irren-„Rechtspflege".

So gestern: da in Moabit gegen Karl Schneidt ein Beleidigungsprozeß begann (den Bericht finden unsere Leser an anderer Stelle), in dem es sich darum handelt, in die Zustände eines schlesischen „Pensionats" hineinzuleuchten. Eines „Pensionats" — denn so nannte und nennt sich wohl noch derjenige Teil der Leubuser Anstalt, in den eine Frau Lubecki aus Beuthen ihren Gatten — einen tüchtigen Geschäftsmann, angesehenen Bürger, Stadtverordneten — ohne Schwierigkeit (ja ohne daß die rechtlichen Garantien beachtet wurden) zu bringen vermochte. Das hat die gestrige Verhandlung mit entsetzlicher, mit erschreckender Deutlichkeit bewiesen.

Und sie hat mehr bewiesen. Sie hat gezeigt, daß man für einen „willenstrotzigen" (!) Mann, wenn man Glück hat, einen ärztlichen Gutachter, einen Medizinalrat finden kann, der ein Attest, das zum bürgerlichen Tode führt, ausstellt, ohne den Todeskandidaten recht zu untersuchen — — ein Attest, in dem die winzigen eigenen Wahrnehmungen des Arztes kunterbunt durcheinderwirbeln mit den Mitteilungen der Familienmitglieder, die ein Interesse daran haben, dem Ehegatten, dem Bruder die Reise fürs — „Pensionat" verschaffen zu helfen!

Was dem Lubecki passierte — und das macht den Fall wichtig, macht ihn typisch — kann jedem nervösen Manne, jeder „willenstrotzigen" Frau" passieren, wenn sie das Unglück haben, mit skrupellosen Familienangehörigen in Differenzen zu geraten. Sind doch außer Lubecki noch viele andere Patienten im „Pensionat" gewesen, jenem „idyllisch an der Oder gelegenen" Leubus, wo man die Kranken, wenn sie widerspenstig sind, fünf, neun, dreizehn Stunden und länger ins Wasserbad steckt! Jenem Leubus, das Telegramme und sonstige Mitteilungen seiner „Pensionäre" nicht an die Adressaten gelangen läßt, jenem Leubus, das zwar vom Herrn Landeshauptmann mal besucht wird, in dem man es aber so einzurichten versteht, daß ein Internierter, der diesen Beamten zu sprechen wünscht, ihn gar nicht zu Gesicht bekommt . . . der Internierte, dem nicht einmal offiziell mitgeteilt wird, daß ihm ein Pfleger bestellt ist!

Wir konnten nur eine winzige Blütenlese aus der erdrückenden Materialienfülle geben, die der erste Tag dieses erstaunlichen Prozesses gebracht hat, dieses wunderlichen Prozesses, in dem es sich erweist, daß diejenigen Männer, die die nächsten dazu sind, nicht einmal genau zu sagen vermögen, wie die wichtigsten Bestimmungen unserer Irrengesetzgebung lauten, diese Männer, die sich nicht einmal klar oder doch nicht einig sind über die Garantien, die dem deutschen Bürger — auf dem Papier — zur Seite stehen, wenn es gilt, ihn aus der Freiheit heraus in ein modernes Irrenverließ zu stoßen.

Das alles hat der erste Verhandlungstag erwiesen. Was werden die folgenden enthüllen? —

Politische Uebersicht.

Berlin, den 6. November 1908.

Fiskalische oder volkstümliche Justizreform.

Aus dem Reichstage (7. November). Bei der heutigen Weiterberatung der Justizreform trat zunächst Herr Spahn namens der Mehrheit der Zentrumspartei wesentlich als Freund der Regierungsentwürfe auf, während für die Minderheit, die Bayern, später Herr Thaler aus Würzburg den entgegengesetzten Standpunkt vertrat. Ebenso redeten zwei Freisinnige, Ablaß und Dove, gegen einander. Im allgemeinen teilen sich die Redner der verschiedenen bürgerlichen Parteien wesentlich so, daß die Richter für, die Anwälte gegen die Entwürfe sind.

So trat als schroffer Gegner des Entwurfs der Freisinnige Ablaß auf. Er vergriff sich indes im Tone. Eine gute Stunde lang plädierte er mit einem weinerlichen Pathos, als ob er für einen Hammeldieb aus unglücklicher Liebe mildernde Umstände bei ländlichen Geschworenen erwirken wollte, oder wie Herr Sello, als er für den Peters heiße Tränen aus seinem schönumflorten Augenpaar herauszwiebelte. Dabei sprach er einen durchaus anerkennenswerten Grundsatz aus: daß es nämlich grundverkehrt sei, bei einer Gesetzreform einige geringfügige Verbesserungen mit anderweiten Verschlechterungen zu erkaufen, weil man sich auf solche Weise den Weg zu späteren gründlichen Reformen blockiert. Sehr wahr! Schade nur, daß Herr Ablaß und seine freisinnigen Freunde diesen durchaus richtigen Grundsatz beim Vereinsgesetz völlig außer acht gelassen haben.

Mit dem Vorwurf der Fiskalität hatte Herr Ablaß den preußischen Justizminister Herrn Beseler vom Sitze emporgetrieben. Herr Beseler schaut aus wie ein Bierbrauer, der längere Zeit in Chlorkalk gebleicht wurde und redet gottgefällig und zögernd wie ein evangelischer Landpastor, der seine Rede mangelhaft einstudiert hat. Hinter jedem Satz schielte er verstohlen über Vollbart und Schneerbauch auf das Manuskript herab, und dann erwartete man, daß er aushilfsweise ein „geliebte Brüder im Herrn!" einschalten würde. Nach seiner Versicherung ist es das Wohl des Volkes allein, was die Bureaukratie bei allen ihren Maßregeln im Auge hat. Auch hier werde wieder ihre edle Absicht schnöde verkannt.

Diese Verteidigung konnte indes den Genossen Frank-Mannheim nicht abhalten, den Vorwurf der Fiskalität aufrechtzuerhalten und durch den Hinweis zu begründen, daß der Regierungsentwurf nach einer zuverlässigen Berechnung dem Volke jährlich vier Millionen Mark mehr an Gebühren kosten werde. Die ministerielle Bekämpfung der Sondergerichte wies er mit dem Hinweis darauf zurück, daß das Volk die Sondergerichte (Gewerbegerichte usw.) deshalb vor den gewöhnlichen Gerichten bevorzuge, weil die Richter der Sondergerichte aus einer Wahl durch die Massen hervorgingen. Er forderte auch namens der Sozialdemokratie die grundsätzliche Zulassung der Arbeitersekretäre zur Vertretung vor Gericht.

Nachdem noch einige Redner gesprochen, gingen die Vorlagen an eine Kommission von 28 Mitgliedern.

Heute wurden endlich definitiv die Interpellationen über die Regierungskrise auf den Dienstag festgesetzt. Bis dahin wird der Knochenerweichungprozeß der Blockparteien wohl genügende Fortschritte gemacht haben.

Die Trauer-Steuer.

Die „Kreuz-Ztg.", das führende Organ der Konservativen, gibt heute an erster Stelle das Eingesandt „einer Witwe" wieder, dem sie die schmerzvolle Stichmarke „Zur Trauer-Steuer" gegeben hat. In diesem Eingesandt heißt es:

„Es ist schon so viel gegen die Nachlaß- und Erbschaftssteuer für Ehegatten und Kinder geschrieben, und doch erscheint das Thema noch immer unerschöpflich, sowohl vom praktischen als vom seelischen Standpunkt aus. Denn gewiß wäre es schwierig, eine andere Steuer ausfindig zu machen, die so tief und verletzend in die allerinnerste Häuslichkeit eingriffe als diese — und das gerade in den schwersten Zeiten des Familienlebens, wo die Angehörigen noch ganz unter dem Eindruck des

Schmerzes stehen —, vielleicht aufgerieben durch eine lange und angreifende Pflege, oder bis ins Innerste erschüttert durch einen plötzlichen Todesfall. Wie lange denkt man sich wohl die „langgemessene Frist", in der die Trauer berechtigt sein soll? Wer es weiß, was es heißt, den treuen Vater, den geliebten Mann zu verlieren, der weiß auch, wie quälend und schwer in solchen Momenten schon jetzt all die notwendigen geschäftlichen und Vormundschaftssachen usw. empfunden werden; aber ins Unendliche würden sich solche Scherereien durch die geplante Steuer vermehren und in die Heiligkeit der Trauerzeit mit rauher Hand eingreifen."

In der Tat, es ist fürchterlich, es ist eine Entweihung der heiligsten Gefühle, daß eine trauernde Witwe nach angemessener Frist der Steuerbehörde Auskunft darüber geben soll, wie hoch sich die Erbschaft ihres verschiedenen Ehegatten beläuft. Noch ehe eine angemessene Frist verstrichen ist und unmittelbar nach dem Todesfall muß zwar die trauernde Witwe sich von der Schneiderin ein Trauergewand anmessen lassen, muß die Kondolenzbesuche empfangen, kurzum, alle peinlichsten und hohlsten Zeremonien der sogenannten guten Gesellschaft mitmachen, ohne sich in stiller Beschaulichkeit ihrem Schmerze hingeben zu können. Aber alles das erträgt solch' eine trauernde Witwe. Nur wenn die Steuerbehörde, sei es selbst „nach angemessener Frist", eine Auskunft verlangt über die Höhe des Nachlasses, dann ist das ein brutaler Eingriff in die „allerinnerlichste Häuslichkeit", „gerade in den schwersten Zeiten des Familienlebens".

Wir stellen demgegenüber nur fest, daß dieser „verletzende Eingriff" nur bei solchen Familien stattfinden soll, bei denen sich die Höhe des Nachlasses auf mehr als 20 000 M. beziffert. Ferner stellen wir fest, daß die Nachlaßsteuer sich bei einem Einkommen von 30 000 M. nur auf ganze 150 M. belaufen würde, daß also der trauernden Witwe immerhin ein Vermögensobjekt von 29 850 M. verbleiben würde. Und selbst wenn das der trauernden Witwe hinterlassene Vermögensobjekt eine Million betragen würde, soll die Nachlaßsteuer erst die Höhe von 3 Proz. erreichen, also 30 000 M. betragen, so daß trotz der „Trauer-Steuer" die Witwe immer noch 970 000 M. behalten würde. Nehmen wir eine Verzinsung des Kapitals von 5 Prozent an, so brauchte die trauernde Witwe ihre Ausgaben in dem Trauerjahr, in dem sie ja ohnehin zu einer gewissen Zurückhaltung gezwungen ist, nur auf zirka 20 000 M. einzuschränken, um in dem einen Jahre die 30 000 M. Steuern erspart und das ererbte Kapital wieder auf eine volle Million gebracht zu haben!

Herr Harden gegen den Kaiser.

Von den vielen Widerlichkeiten der Eulenburg-Kampagne war eine der widerlichsten die monarchischen Loyalitätsbeteuerungen, mit denen Herr Harden im ersten Prozesse Stimmung machte. Aber die monarchische Gesinnung ist wie jede andere des Herrn Harden wandelbar, und so schreibt heute der Herausgeber der „Zukunft" gegen Wilhelm II. Harden erzählt zunächst, daß die Veröffentlichung des Interviews von Herrn Oberst Stewart Wortley, dem Besitzer von Highliff, wo Wilhelm II. eine Zeitlang wohnte, empfohlen worden war. Als den Beamten, der das für Bülow zu unbequeme Manuskript lesen mußte und kein Bedenken gegen die Veröffentlichung äußerte, nennt er den Geheimrat Klehmet. Dieser gelte als der zuverlässigste Aktenkenner in der Politischen Abteilung, in der er bereits anderthalb Jahrzehnte sitzt.

Dann meint Harden über den Zweck der amtlichen Erklärung:

„Hatte sie wirklich den Zweck, Angriffe vom Kaiser abzuwehren? „Ungerechte Angriffe" (so stehts im Text), die voraussetzten, daß der Kaiser die Meinung des Verantwortlichen nicht erfragt habe. Nur solche. Also Angriffe von der falschen Seite. Die anderen hält der Kanzler nicht für ungerecht, sondern mehrt ihre Wucht noch. Denn er sagt vor allem Volk, daß er der Veröffentlichung des Artikels nicht zugestimmt hätte, wenn ihm der Inhalt bekannt gewesen wäre. Damit ist festgestellt, daß der Kaiser vor Fremden Sätze gesprochen und zur Publikation bestimmt hat, die der Kanzler dem Reichsinteresse schädlich findet. Ungemein schädlich: denn er glaubt, das Versehen seiner Beamten nur durch das Angebot seines Rücktrittes sühnen zu können. Da ist ein Markstein, den der Abendwind nicht umwehen wird. Ist das Ende der Monarchenmystik. Seit dem ersten Novembertag des Jahres 1908 darf kein Deutscher Kaiser aussprechen, daß er von Gottes besonderer Gnade erleuchtet sei. Denn der vierte Kanzler des Reiches hat offen gesagt, daß er von seinen vortragenden Räten sichrere Erkenntnis des politisch Notwendigen und Möglichen fordern dürfe als von dem Träger der Krone."

Harden verteidigt dann Bülow und fällt schließlich folgendes Urteil über die politische Klugheit des Gesprächs:

„Daß einer, der sich der Nacht entkleiden will, so spräche, wäre noch zu begreifen. Auch ihm müßte staatsmännischer Sinn empfehlen, die Herrscherhoffnung des Erben nicht im Keim zu zerstören. Daß einer, der weiterregieren will, sich draußen so um alles Vertrauen, um allen Glauben an seine Eignung für die einfachsten Aufgaben der Politik gebracht hat, ist ohne Beispiel in der neuen Geschichte. Ohne Beispiel auch die Wirkung dieser Worte auf dem weiten Rund der Erde.

Will der Kaiser und König der Krone entsagen? In geringerer, in nicht selbst verschuldeter Fährnis hat sein Großvater daran gedacht. Den Enkel wird kein Frauenwunsch und keine Volksdrohung drängen. Sein Wille ist frei. Doch er darf sich nicht darüber täuschen, daß seine Volksgenossen jetzt gegen ihn sind und daß kein Kanzler sich, der alte nicht noch ein neuer, halten kann, der nicht aus dem Munde des Kaisers die Bürgschaft unverbrüchlicher Selbstbescheidung bringt. Die muß Deutschland fordern. Auch das Haus Hohenzollern. In dieser grausam ernsten Stunde noch. Sonst wird es zu spät."

Herr Harden hat dem Fürsten Bülow schon einmal großen Dienst erwiesen, als er die Eulenburg-Kamarilla bezwang. Auch jetzt kann es Bülow nur angenehm sein, wenn die Angriffe, die ihm gebührten, auf den Kaiser abgelenkt werden. —

Stöckers Abtritt von der politischen Bühne.

Der Reichstagsabgeordnete Hofprediger a. D. Stöcker hat an den Abgeordneten Dr. Burkhardt aus Partenkirchen in Oberbayern folgendes Schreiben erlassen:

Lieber Herr Doktor!

Anbei übergebe ich Ihnen die Schrift zur Niederlegung meines Reichstagsmandates. Der Schritt wird mir schwer und schmerzlich. Aber mein Unwohlsein und die Gesundheit meiner Frau veranlassen mich dazu. Ich danke alle meinen Wählern noch einmal von ganzem Herzen für die treue, dauernde Mitarbeit. Es würde mir eine besondere Freude sein, wenn Herr Lic. Mumm an meiner Stelle gewählt werden könnte. Gott segne den ganzen Wahlkreis und schütze das Reich!

Adolf Stöcker.

Obgleich er bei der letzten Reichstagswahl wiederum ein Mandat für den Wahlkreis Siegen-Biedenkopf-Wittgenstein erhielt, ist Stöcker seit langem in politischer Hinsicht ein toter Mann; nur sein krankhafter Ehrgeiz hat ihn daran gehindert, sich längst ins Privatleben zurückzuziehen.

Daß als Nachfolger Stöckers der bekannte unfreiwillige Humorist und Lizentiat Mumm in den Reichstag einziehen wird, erscheint fraglich, denn Stöcker siegte bei der letzten Wahl nur mit einer Mehrheit von wenigen Stimmen. —

Bismarck und Bülow.

Um dem Mangel an Denkmälern im deutschen Vaterlande abzuhelfen, hat sich ein Komitee sogenannter vaterländisch gesinnter Männer gebildet, das dem „getreuen Eckart des deutschen Volkes", dem Fürsten Bismarck, auf der Elisenhöhe bei Bingerbrück gegenüber dem Denkmal der Germania, ein Nationaldenkmal zu errichten. An der Spitze des Komitees steht der große nationalliberale Patriot Bassermann. Ferner gehören dem Vorstande an: Dr. v. Heydebrand u. d. Lasa; Kaempf, Vizepräsident des Reichstages; und Frhr. v. Schorlemer-Lieser, Oberpräsident der Rheinprovinz; während an der Spitze des geschäftsführenden Ausschusses der Geh. Kommerzienrat Emil Kirdorf, der Leiter des Kohlensyndikats, steht. Seine Stellvertreter sind Geheimrat Dr. O. Hamm-Bonn und Geheimer Baurat Franz Schulz-Köln; als Schatzmeister fungiert Generalkonsul Dr. Paul v. Schwabach-Berlin.

Der erste Vorsitz des Bauausschusses ist in Anbetracht seiner Verdienste um das Ansehen Deutschlands im Auslande und die guten politischen Beziehungen des Deutschen Reiches zu allen Kulturstaaten der Welt dem heutigen genialen Nachfolger Bismarcks, dem Fürsten Bülow, angeboten worden, und bereitwilligst hat dieser zugesagt. Er hat an Herrn Bassermann folgenden schönen Brief gerichtet:

Herrn Reichstagsabgeordneten Bassermann, Berlin.

Euer Hochwohlgeboren danke ich für das freundliche Begrüßungstelegramm mit der Bitte, den Mitgliedern des Ausschusses zu wiederholen, wie ehrenhaft es für mich ist, an der Spitze der Vereinigung zu stehen. Möge das geplante Werk seiner Vollendung rasch entgegengehen am Ufer unseres Rheins als neuer Markstein großer Zeit, als Wahrzeichen unserer Einheit zum dauernden Gedächtnis für die kommenden Geschlechter. gez.: Reichskanzler Fürst Bülow.

„Verwandte Seelen finden sich!"

Der Hospitant der konservativen Reichstagsfraktion, Abgeordneter Dr. Hahn, ist, wie die „Konserv. Korresp." mitteilt, nunmehr der Fraktion, die ihm lange Jahre hindurch Gastfreundschaft gewährt hat, als Mitglied beigetreten. Die Fraktion hieß den bewährten Abgeordneten in ihren Reihen herzlich willkommen. Der Entschluß des Abgeordneten Dr. Hahn, zu der deutsch-konservativen Partei in ein enges Verhältnis zu treten, wird allseitig mit Befriedigung begrüßt und als ein Zeichen dafür aufgefaßt werden, daß die Beziehungen der Partei zum Bunde der Landwirte, dessen Direktor Herr Dr. Hahn ist, vortreffliche sind.

In Anbetracht des Mangels der konservativen Fraktion an geistigen Kräften ist diese Freude über den Beitritt des Herrn Hahn einigermaßen begreiflich. —

Eine interessante Arbeitslosendebatte

spielte sich in der gestrigen Sitzung der Kasseler Stadtverordneten ab. Die sozialdemokratische Fraktion hatte den Magistrat interpelliert, ob er gewillt sei, der Arbeitslosigkeit nach Möglichkeit zu begegnen und zwar:

1. durch Inangriffnahme städtischer Arbeiten,
2. durch Gewährung von Zuschüssen an die gewerkschaftlichen Organisationen aller Richtungen, soweit sie ihren Mitgliedern Arbeitslosenunterstützungen zahlen und dadurch den Armenetat der Stadt entlasten.

Oberbürgermeister Müller stellte zu Punkt 1 einige völlig unzulängliche Notstandsarbeiten herkömmlicher Art in Aussicht. Die Frage 2 verneinte er ganz entschieden, indem er erklärte: Es sei nicht zulässig, städtische Mittel den gewerkschaftlichen Organisationen zur Verfügung zu stellen, ohne daß die städtischen Behörden über die Verwaltung und die richtige, ihren Anschauungen entsprechende Verwendung der Gelder genaue Kontrolle erhalte. —

Arbeitslosenzählung und Notstandsarbeiten.

Das Magdeburger Gewerkschaftskartell hatte bei der Stadtverordnetenversammlung beantragt, ihm zur Vornahme von zwei Arbeitslosenzählungen einen Betrag von 600 M. zur Kostendeckung zur Verfügung zu stellen. Auf Antrag des Magistrats beschloß nun die gestrige Stadtverordnetenversammlung, zunächst für eine, Ende November vorzunehmende Arbeitslosenzählung 300 M. zu bewilligen. Das Gewerkschaftskartell hat die Vorbereitung und Durchführung der von Haushaltung zu Haltung zu erfolgenden Zählung zu übernehmen nach Maßgabe der unter Mitwirkung des Statistischen Amtes festgestellten Erhebungsformulare. Die Bearbeitung der Statistik übernimmt das Statistische Amt. Eine Zählung der Arbeiter mit verkürzter Arbeitszeit nimmt der Magistrat durch Umfrage bei den Unternehmern selbst vor. Die Stadtverordnetenversammlung bewilligte weiter 50 000 M. für Notstandsarbeiten. Weitere Vorlagen über Notstandsarbeiten hat der Magistrat in Aussicht gestellt.

Mit diesem Beschluß ist einem Teil der seinerzeit vom Gewerkschaftskartell zur Arbeitslosenfürsorge gestellten Anträge entsprochen. Die weiteren Forderungen auf Errichtung von Wärmehallen für Arbeitslose, Einführung einer kommunalen Arbeitslosenversicherung, Schulkinderspeisung usw., sind der Etatskommission zur Vorberatung überwiesen.

Arbeitslosigkeit in der bayerischen Pfalz.

Zur Milderung der Arbeitslosigkeit hat das Gewerkschaftskartell in Ludwigshafen eine Eingabe an die Stadtverwaltung gerichtet, in der die sofortige Inangriffnahme der Notstandsarbeiten gefordert wird. Außerdem wird verlangt, daß in den städtischen Betrieben Ueberstunden streng vermieden werden. Ersucht wird in der Eingabe um die Vornahme amtlicher Zählungen von Arbeitslosen, und zwar nicht einmal, sondern fortgesetzt in angemessenen Zwischenräumen. In den Zählkarten solle die Dauer und Ursache der Arbeitslosigkeit, die Kopfzahl der Familie oder auch die verkürzte Arbeitszeit eingetragen werden. Ferner wird auf den unheilvoll wirkenden Arbeitsnachweis der Mannheim-Ludwigshafener Industriellen hingewiesen, der durch die Handhabung des Nachweises die Folgen der Krise noch verschärft und den paritätischen städtischen Arbeitsnachweis brach gelegt hat. —

Zeugen-Gebührenordnung.

Wie die „Voss. Ztg." meldet, wird eine Neugestaltung der Gebührenordnung für Zeugen und Sachverständige in den beteiligten preußischen Stellen, dem Justizministerium und dem Finanzministerium, erwogen. Es handelt sich dabei um die Frage, ob die durch Reichsgesetz vom Jahre 1898 festgelegten Grenzen der Gebühren heute noch als ausreichend anzusehen sind. In gewerblichen Kreisen sieht man allerdings einer Gebührenerhöhung wegen der Steigerung der Prozeßgebühren ablehnend gegenüber, aber bei der in den letzten zehn Jahren verursachten allgemeinen Verteuerung der ganzen Lebenshaltung erscheinen die heutigen Sätze nicht mehr als ausreichend. Während diese Frage in bezug auf die Zeugengebühren verhältnismäßig einfach zu lösen ist, treten bei den Sachverständigen nicht unerhebliche Schwierigkeiten auf, weil hierbei die verschiedenen Interessenverbände auf eine Mitwirkung bei der Festsetzung der Gebühren ihrer Sachverständigen Wert legen. Diese dort hervortretenden Wünsche mit den auf möglichste Kostenverringerung im Interesse der Prozeßparteien gerichteten Bestrebungen in Einklang zu bringen, ist die wichtigste Frage in den gegenwärtigen Verhandlungen. Da die Angelegenheit bisher noch nicht das zuständige Reichsjustizamt beschäftigt hat, erscheint es sehr fraglich, ob noch in diesem Winter eine Vorlage an den Reichstag gelangen wird.

Die Balkankrise.

Ein türkisch-bulgarischer Zwischenfall.

Konstantinopel, 6. November. Das Amtsblatt veröffentlicht eine Depesche aus Saloniki, wonach nahe der bulgarischen Grenze dreißig Personen beim Holzfällen von bulgarischen Soldaten verwundet worden sind. Von den Verwundeten ist einer gestorben. Beide Staaten haben die Untersuchung eingeleitet. —

Die türkischen Reservisten.

Konstantinopel, 6. November. Dem Blatte „Sabah" zufolge hat der französische Botschafter Constans den Minister des Aeußeren, Tewfik Pascha, gestern gefragt, ob die Pforte ihre Reservisten entlassen werde, nachdem Bulgarien seine Reservisten entlassen hat. Tewfik Pascha habe erwidert, daß nur wenig Redif-truppen zu Uebungen eingezogen seien und die Entlassung dieser Truppen gleich nach Beendigung der Uebungen erfolgen werde. Danach würden, wie das Blatt sagt, die Redif-truppen in etwa zwölf Tagen entlassen werden.

Die Verhandlungen.

Sofia, 6. November. Die letzten Nachrichten aus Konstantinopel schildern den Gang der türkisch-bulgarischen Verständigungsverhandlungen als schleppend und wenig Erfolg verheißend. Es wird sogar die Möglichkeit erwogen, daß die Verhandlungen sich gänzlich zerschlagen, weshalb in Regierungskreisen großer Unmut bemerkbar ist.

Serbische Versprechungen.

Belgrad, 5. November. Infolge ernster Vorstellungen des österreichisch-ungarischen Gesandten sowie der freundschaftlichen Ratschläge der Vertreter aller übrigen Großmächte ist es der Regierung gelungen, in der öffentlichen Meinung eine Beruhigung herbeizuführen. Die erste Folge dieses Umschwunges ist die Einstellung des Boykotts gegen die österreichisch-ungarischen Kaufleute. Die von Universitätshörern gebildeten Boykottwachen sind zurückgezogen, die Geschäfte, über die bisher der Boykott verhängt war, können unbehindert betreten werden. Die Regierung hat die Redaktionen aufgefordert, Ausfälle gegen Kaiser Franz Joseph zu unterlassen, widrigenfalls die betreffenden Zeitungen konfisziert würden.

Oesterreich.

Die Krise.

Wien, 6. November. Die „Neue Freie Presse" meldet: Da die Verhandlungen des Ministerpräsidenten Freiherrn v. Beck mit den Parteien über die Rekonstruktion des Kabinetts ergebnislos verlaufen sind, wird Ministerpräsident Freiherr v. Beck heute oder morgen die Gesamtdemission seines Ministeriums überreichen. Mit der Neubildung des Kabinetts soll der bisherige Minister des Innern Baron v. Bienerth betraut werden.

Das gleiche Wahlrecht verraten.

Wien, 5. November. Der Kaiser hat, wie die „Neue Freie Presse" meldet, der ungarischen Wahlreform die Sanktion erteilt. —

Landtagswahl.

Wien, 6. November. Bei den gestrigen Wahlen zum niederösterreichischen Landtag in der Privilegiertenkurie sind vierzig Christlichsoziale, vier Deutschfreiheitliche und ein Kompromißkandidat gewählt worden. Es ist eine Stichwahl erforderlich. —

England.

Gemeindewahlen.

London, 3. November. (Eig. Ber.) Am letzten Montag wurden in England und Wales Gemeindewahlen vorgenommen. Es wurden gewählt: 131 Konservative, 83 Liberale, 11 gewerkschaftliche und 9 sozialistische Kandidaten. Auch die Frauen stellten Kandidatinnen auf, die aber wenig Erfolg hatten: von 12 Kandidatinnen wurden nur zwei gewählt, nämlich: eine in Oxford, die andere in Manchester.

Im ganzen zeigen die Wahlen, daß die konservative Stimmung immer mehr an Boden gewinnt.

Rußland.

Ausmistung.

Petersburg, 5. November. Durch kaiserlichen Erlaß sind dreizehn Admirale, darunter Stark, Wirenius, Selenoi und v. Niedermüller unter Beförderung zu höherem Range verabschiedet worden. —

Amerika.

Sozialistische Stimmen bei der Präsidentenwahl.

New York, 6. November. (Privatdepesche des „Vorwärts".) Nach den im Hauptquartier in Chicago eingelaufenen Berichten wird die Stimmenzahl der sozialistischen Partei für Eugen Debs auf 750 000 berechnet, also eine Zunahme von über 200 000 Stimmen gegenüber der Wahl vor vier Jahren.

Die Wahlkorruption.

Ueber die Methoden, mit denen die Republikaner ihre Majorität zu vergrößern versucht haben, schreibt unser Korrespondent aus New York, den 29. Oktober: Die Republikaner greifen zu den verwerflichsten Mitteln. Während der letzten Tage ward von überall her gemeldet, daß die Fabrikanten durch Maueranschläge ankündigen, ihre Fabriken im Falle einer Niederlage Tafts zu schließen. Erfolgt aber die Wahl der Republikaner, so würde der Betrieb im alten Umfang, das heißt in dem vor Einsetzen der Krisis, wieder aufgenommen. Gleichzeitig gehen durch die republikanische Presse des Landes Ankündigungen, daß den Fabrikanten Aufträge haufenweise vorliegen, daß aber Effektuierung von der Erwählung Tafts abhängig gemacht sei.

Hand in Hand mit diesem Terrorismus geht das Sammeln eines großen Korruptionsfonds zum Stimmenkauf. Anfänglich hatten die Trust- und Finanzmagnaten mit Beiträgen zum republikanischen Wahlfonds zurückgehalten, aber neuerdings floß diese trübe Quelle wieder reichlich, und die Republikaner schwimmen deshalb im Geld. Zweifellos wird sich in den letzten Tagen der Wahl wiederholen, was bereits bei der Wahl 1904 geschah; damals wurden in der Stadt New York allein 50 000 Stimmen mit republikanischen Korruptionsgeldern gekauft.

Das neue Zollgesetz.

New York, 6. November. „New York Tribune" meldet aus Washington, das neue Zollgesetz werde am 1. Juli 1909 in

Kraft treten. Die Regierung, der Kongreß und Taft seien darin einig, daß die Revisionsfrage möglichst bald zur Verhandlung gelangen solle.

Kapitalmagnaten.

New York, 6. November. Der Präsident der Nationalbank von Nord-Amerika Curtis und der Begründer des Eisstruts Morse wurden des Mißbrauchs von Bankfonds und der wissentlich falschen Buchführung schuldig befunden.

Aus Industrie und Handel.

Die Krise.

Ueber die Lage im rheinisch-westfälischen Industriegebiet wird dem „B. T." geschrieben: „Die angekündigten Betriebseinschränkungen, Arbeiterentlassungen und Feierschichten sind bereits in größerem Umfange verwirklicht worden. Die Walzwerke haben trotz der Produktionseinschränkung zu periodischen Feierschichten übergehen müssen, um nicht noch größere Arbeiterentlassungen vorzunehmen. Von anderen Werken höre ich, daß dort der Arbeiterstamm verringert werden mußte, wie auch fast auf der ganzen Linie die Löhne im Einklang mit der Marktlage eine leichte Verkürzung aufweisen. Man sieht überall einem schlimmen Winter entgegen. Im Stadtverkoverband wird für den Winter mit einem Absatz von ungefähr 60 Proz. Beteiligung gerechnet."

Infolge der durch den sich steigernden Absatzmangel hervorgerufenen zahlreichen Feierschichten nehmen zahlreiche Zechenarbeiter ihre Abkehr. Auf der Zeche „Nordstern" der Bergwerksgesellschaft „Phönix" kündigten auf einmal 410 Mann.

Die Kleineisenindustrie stößt eine Menge Arbeitskräfte ab, fast alle Betriebe arbeiten bei verkürzten Schichten und mit Einlegung von Feiertagen. Große Schichten der Arbeiterschaft gehen einem bösen Winter entgegen.

Tiag.

Der Tapetentrust hat mit seinem ersten Geschäftsjahr finanziell gut abgeschnitten. Der Aufsichtsrat beschloß, der Generalversammlung vorzuschlagen, aus dem 1 508 549,98 M. betragenden Bruttogewinn für das acht Monate umfassende erste Geschäftsjahr nach Abschreibung von 942 737,82 M. eine Dividende von 6 Proz. p. a. auf die Vorzugsaktien zu verteilen, und den Rest zum Vortrag zu verwenden.

Flucht vor der Steuer.

Wenn es an den Geldbeutel geht, ist's mit der Liebe zum Vaterlande vorbei. Schon jetzt machen sich Kapitalisten aus dem Staube, um der drohenden Gesellschaftssteuer zu entgehen. So hat die Deutsch-Ueberseeische Elektrizitätsgesellschaft beschlossen, für den Fall des Inkrafttretens des Gesetzes den Sitz der Gesellschaft von Berlin nach einer der Hansastädte zu verlegen. Die Elektrische Licht- und Kraftanlagen Aktiengesellschaft in Berlin beschloß ebenfalls, für den Fall der Annahme des Entwurfes des Gesellschaftssteuergesetzes das Domizil nach auswärts zu verlegen.

Gewerkschaftliches.

Die Maifeierklage gegen den Holzarbeiterverband.

Wie unseren Lesern hinlänglich bekannt, ist der seit mehr denn zwei Jahren schwebende Prozeß der Hamburger Holzindustriellen glücklich bis an das Berufungsgericht gelangt. Die Schadensersatzklage — gefordert werden 6500 M. — ist hergeleitet aus einer angeblichen Verletzung des zwischen dem Arbeitgeberschutzverband der Holzindustrie von Hamburg und den Nachbarstädten, den Tischlerinnungen von Hamburg-Altona und dem Verein Hamburger Bautischlermeister einerseits und dem Holzarbeiterverband, Verwaltungsstelle Hamburg-Altona, andererseits geschlossenen Tarifvertrages durch Ruhenlassen der Arbeit am 1. Mai 1906 und Aufstellung neuer Forderungen. Die Zivilkammer VIII des Landgerichts Hamburg wies die Klage gegen die Verwaltungsstelle Hamburg-Altona ab, weil diese als Organ des Gesamtverbandes nicht parteifähig sei, dagegen wurde der Anspruch gegen den derzeitigen Vorsitzenden der Verwaltungsstelle, Adam Neumann, dem Grunde nach für berechtigt erklärt. Gegen dieses Urteil legte der Beklagte durch Dr. Türkheim Berufung ein, mit der sich das Hanseatische Oberlandesgericht, Zivilsenat II, wiederholt beschäftigt hat.

Das am Freitag veröffentlichte Urteil lautet:

„Auf die von den Beklagten gegen das Zwischenurteil vom 2. Februar 1907 eingelegte Berufung wird die Klage insoweit abgewiesen, als sie gegen den beklagten Deutschen Holzarbeiterverband gerichtet ist und wird weiter die angefochtene Entscheidung folgendermaßen abgeändert:

Die Klage wird insoweit dem Grunde nach für berechtigt erklärt, als der klagende Verband mit der Klage von dem Beklagten Adam Neumann Schadensersatz für die nachteiligen Folgen davon verlangt, daß am 8. Mai 1906 und im Laufe der folgenden Tage des Mai 1906 die Lokalverwaltung und die Generalversammlung der Zahlstelle Hamburg-Altona des Deutschen Holzarbeiterverbandes zu diesem letztgenannten Verbande gehörige, in den 13 Betrieben der klägerischen Zedenten beschäftigte Arbeiter, welche 5 Pf. pro Stunde Lohnerhöhung verlangt hatten und weil diese nicht gewährt war, nicht arbeiteten, finanziell und moralisch unterstützt haben.

Die Sache wird, soweit nicht die Klage bereits durch das Urteil vom 2. Februar 1907 abgewiesen ist, und soweit nicht die Klage jetzt weiter abgewiesen wird, an das Gericht erster Instanz zurückverwiesen.

Von den bereits entstandenen Kosten der ersten Instanz hat der klagende Verband ein zweites Drittel, von den Kosten der Berufungsinstanz hat der klagende Verband die Hälfte zu tragen. Die Entscheidung über die andere Hälfte der Kosten der Berufungsinstanz wird dem von dem Gerichte erster Instanz zu erlassenden Urteile vorbehalten."

Berlin und Umgegend.

Der Ring schließt sich immer fester.

Der Vorstand des Verbandes der Baugeschäfte von Berlin und den Vororten hat an seine Mitglieder ein Rundschreiben gerichtet, in welchem es u. a. heißt:

„Wie Ihnen bekannt ist, hat unser Verband mit fast allen anderen im Baugewerbe bestehenden Arbeitgeberverbänden (den Malern, Tischlern, Rohrlegern usw.) das „Kartell der Arbeitgeberverbände Groß-Berlins" gegründet. Die Kartellverbände haben sich untereinander zu gegenseitiger wirtschaftlicher Unterstützung verpflichtet. Wir bitten unsere Mitglieder demzufolge, Arbeiten nur an solche Geschäfte zu vergeben, die dem Arbeitgeberverband des Gewerbes angehören. Ganz besonders aber ist diese Bevorzugung am Platze gegenüber den Spezialbaugeschäften (Rabitzarbeiten, massive Decken usw.), welche als Mitglieder unserem eigenen Verbande angehören. Kommen solche Arbeiten zur Vergebung, dann bitten wir, unser Mitgliederverzeichnis nachzusehen und in allererster Linie an die Verbandsmitglieder zu denken; diesen sollten, wenn nur irgend möglich, die Arbeiten übertragen werden."

Deutsches Reich.

Terrorismus der Barbierzunft. Die dem Barbierinnungsbunde angeschlossene „Freie Barbier-, Friseur- und Perrückenmacherinnung zu Kiel" brachte ihren Mitgliedern kürzlich den folgenden Beschluß in Erinnerung, den sie in ihrer Generalversammlung am 21. September d. J. gefaßt hat:

„Die Kollegen, deren Gehilfen gewerkschaftlich organisiert sind, haben ihre Gehilfen bis zum 1. November spätestens zu entlassen, oder diese haben sich aus der Organisation auszumelden.

Ferner darf das Nachweisebureau der Gehilfenorganisation, im Gewerkschaftshause, Fährstraße, unter keinen Umständen benutzt werden. Die Benutzung widerspricht den Innungsstatuten."

Auf diese Weise versuchen die Innungsbarbierherren um die Forderung der Gehilfen auf Beseitigung des Kost- und Logiszwanges und Zahlung eines Wochenlohnes von 23 M. herumzukommen. Doch auch ein Innungsbarbiermeister kann nicht existieren ohne Kundschaft. Die organisierte Arbeiterschaft wird diese Herausforderung zu beantworten wissen.

Vorbereitungen zum Verrat.

Eine Versammlung der lokalorganisierten Maurer in Hamburg beschloß gegen eine protestierende Minorität von jetzt ab sämtliche Sperren, die vom Zentralverband der Maurer — Zweigverein Hamburg — verhängt werden, solange nicht zu beachten, bis 1. die Vertreibung ihrer Mitglieder von den Baustellen des Zentralverbandes aufhört; 2. der Vorstand der Freien Vereinigung von jeder Sperre, die der Zentralverband über irgend einen Bau verhängt, in geeigneter Weise benachrichtigt wird; 3. bis die Vertreter des Zentralverbandes die Erklärung abgeben, sich ihrerseits zu verpflichten, die Sperren, die von der „Freien Vereinigung" verhängt werden, ebenso genau wie die ihrigen zu beachten.

Wie christliche Gewerkschafter mit der Geistlichkeit umspringen.

Die christlichen Gewerkschaften in Lothringen versuchen in jüngster Zeit ihre Werbetätigkeit über die Grenze hinaus nach Luxemburg auszudehnen. Da nun dort bereits katholische Arbeitervereine nach Berliner Muster bestehen, so stellten sich auch in diesem Falle die üblichen Auseinandersetzungen zwischen den beiden feindlichen Brüdern in Christo ein. So fand jüngst in Düdelingen eine vom Gewerkverein christlicher Bergleute einberufene Bergarbeiterversammlung statt, wo der Referent zum Eintritt in die christliche Organisation aufforderte. In der Diskussion trat der Arbeitersekretär Klepper auf, der die Berechtigung und Notwendigkeit der christlichen Organisation zugab, als er aber die Frage stellte, ob in den christlichen Gewerkschaften auch die christlichen Grundsätze zum Ausdruck kämen, da fiel ihm der Vorsitzende ins Wort, indem er rief: „Sie sind ein Fachabteiler, Sie kommen auf Religion zu sprechen, ich entziehe Ihnen das Wort". Sogleich sprangen der Referent und einige Besucher auf und riefen: „Wir sind Protestanten und verbitten es uns, daß hier von positiv christlichen Grundsätzen gesprochen wird." Sodann stimmten — wir folgen hier dem Bericht des Korrespondenzblattes der beruflichen Fachabteilungen der katholischen Arbeitervereine (Sitz Berlin) in Nr. 23 vom 8. November — Vorsitzender, Referent und ihre Begleiter ein Geheul an, daß man glauben konnte, unter einer Bande Apachen zu sein. Nachdem sich der Tumult etwas gelegt hatte, bemerkte einer der anwesenden Kapläne: „Meine Herren, ich glaube doch, Sie tun unrecht, wenn Sie sagen, das gehöre nicht hierher" — worauf ihm aus der Versammlung entgegengerufen wurde: „Auch noch dieser Hurenpfaff!" und vom Vorstandstisch ertönte es: „Schmeißt doch diese Pfaffen heraus, was haben diese in unserer Versammlung zu tun, die gehören in die Kirche, nicht zu uns Arbeitern."

Der Vorsitzende drängte sich an den Arbeitersekretär heran, packte ihn mit den Worten: „Auch Sie werden hinausgeschmissen", an der Gurgel, suchte ihn zu würgen und hinauszudrängen, wobei andere ihm hilfreiche Hand leisteten. Nachdem der Lokalinhaber vermittelnd eingegriffen, bemerkte Klepper dem Vorsitzenden: „Ich hätte geglaubt, daß Gewerkschafter, die sich christlich nennen, wenigstens noch Achtung vor dem geistlichen Kleide hätten; ich habe mich schwer getäuscht und schäme mich für Sie" — worauf der Vorsitzende erwiderte: „Ein Pfaff oder ein Scheißdreck!"

Hierauf wieder großer Tumult. Die beiden anwesenden Geistlichen zogen unter diesen Umständen vor, sich zu entfernen und ersuchten den Arbeitersekretär, mit ihnen das Lokal zu verlassen. Beim Herausgehen wurde der Arbeitersekretär sowohl vom Vorsitzenden wie von dessen Begleitern angehalten, mit Faustschlägen und Fußtritten traktiert, bis er die Türe des Lokals hinter sich hatte.

Soweit der Bericht des Berliner Fachabteilungsblattes. Wir mischen uns nicht in den Streit der Christenbrüder, die die Frage, in welchem Lager die wahrhaft christlichen Grundsätze vertreten sind, in der bisherigen Weise, mit Schimpfworten, Bierseideln und Stuhlbeinen unter sich abmachen mögen. Wir möchten nur wissen, was für ein Geheul über die „Religionsfeindlichkeit der Sozialdemokratie" sich im gesamten christlichen Lager erheben würde, wenn auf unserer Seite auch nur entfernt einmal in dem Tone von katholischen Geistlichen geredet würde, wie es in Luxemburg von christlichen Gewerkschaftern geschehen ist.

Ausland.

Friedensschluß in der Lancashirer Baumwollindustrie.

Ein Telegramm des Wolffschen Telegraphenbureaus meldet:

Manchester, 6. November. Die Lohnstreitigkeiten zwischen den Baumwollspinnereibesitzern und den Arbeitern, die mehrere Monate dauerten und in Lancashire große Not verursachten, sind heute beigelegt worden. **Die Spinnereien eröffnen am Montag ihren Betrieb wieder.**

•

Die Arbeiterschaft der Lancashirer Baumwollindustrie hatte sich im Prinzip damit einverstanden erklärt, eine zweite Abstimmung über die Vorschläge der Arbeitgeber vorzunehmen, daß zum 1. Januar 1909 eine 5prozentige Lohnherabsetzung in Kraft treten solle. Damit ist der Hauptstreitpunkt beseitigt, der zur Aussperrung bezw. zum Ausstand von rund 250 000 Arbeitern Anlaß gegeben und für weitere 50 000 Arbeiter Arbeitslosigkeit verursacht hatte, und so war zu erwarten, daß die eingeleiteten Friedensverhandlungen zu der gemeldeten baldigen Wiederaufnahme der Arbeit führen werden.

Die Arbeitgeber haben damit einen vollen Sieg errungen und ihre Pläne, über die sie sich gleich zu Anfang des Lohnkampfes offen geäußert hatten, erfolgreich durchgeführt. Es handelte sich für sie darum, eine Gesundung des Marktes herbeizuführen, der durch die Ueberproduktion an Halb- und Fertigerzeugnissen in völlige Stagnation geraten war. Er litt sozusagen an Blutüberfülle und brauchte einen Aderlaß. Die Haussejahre von 1905 bis 1907 hatten zahlreiche Neugründungen von Baumwollspinnereien im Gefolge; es wurden in den letzten zwei Jahren 145 neue Spinnereien gegründet mit rund 10 Millionen Spindeln, wodurch die Gesamtzahl der englischen Spindeln auf 55 Millionen stieg (die Gesamtzahl der Spindeln in der ganzen Welt beträgt 130 Millionen). Von diesen neugegründeten 145 Spinnereien wird eine Anzahl voraussichtlich gar nicht in Betrieb kommen, und ein großer Teil von ihnen ist schon jetzt dem Untergang geweiht. Auf jeden Fall drückte aber ihre bloße Existenz auf den Markt, und bereits im Herbst v. J. war es klar, daß eine Produktionseinschränkung in der Baumwollindustrie vorgenommen werden müsse. Die Spinnereibesitzer forderten deshalb, unter Hinweis auf die ungünstige Lage des Marktes, daß zum 1. Januar 1909 auf jeden Fall eine 5prozentige Lohnherabsetzung eintrete, einerlei, ob sich etwa inzwischen die Marktlage gebessert haben sollte oder nicht, und als die Arbeiter sich damit nicht einverstanden erklären wollten, erfolgten in ganz Lancashire Massenaussperrungen, die sofort gegen 120 000 Mann arbeitslos machten.

Nach und nach wurden gegen 250 000 Mann arbeitslos, und damit war die Produktion so eingeschränkt, daß allmählich die gewünschte „Gesundung des Marktes" eintrat. Heute liegt die Sache so, daß es für die Lancashirer Baumwollindustrie die höchste Zeit ist, die Arbeit wieder aufzunehmen. Jetzt sind die Lager an Garn und fertigen Tüchern tatsächlich geräumt, und die Lage ist jetzt umgekehrt wie früher: der Nachfrage steht kein Angebot gegenüber. In der wichtigen Spitzenindustrie von Nottingham liegen die Dinge so, daß die Fabriken nicht weiterarbeiten können, weil ihnen die Spinnereien kein Material liefern. Infolgedessen droht allein in Notts mehreren tausend Arbeitern Entlassung. Dabei gehen fortgesetzt große Aufträge aus den Vereinigten Staaten ein. Ueberhaupt beginnt die ganze englische Textilbranche unter den Vorgängen in Lancashire aufs schwerste zu leiden. Wie sehr sie sich bedroht fühlt, ersieht man aus dem Schreiben einer führenden Firma in Manchester an die Verbände der Arbeitgeber und der Arbeiter, worin beide Parteien zu einer Einigung mit folgender Begründung gemahnt werden: „Ausländische Kunden, die früher ihren Bedarf in Lancashire deckten, haben dieses Jahr mit deutschen, französischen und belgischen Spinnern bis April 1909 abgeschlossen und erklären sich mit ihrer Ware Garn und Tüchern sehr zufrieden. Dieses Geschäft ist uns zum großen Teil verloren." Nun scheinen diese Angaben zwar nicht ganz zu stimmen, denn Briefe von bekannten Spinnereifirmen in Holland und Belgien teilen mit, daß sie vergeblich versucht hätten, Garn nach England zu verkaufen, und daß im Gegenteil englisches Garn noch bei ihnen angeboten werde. Aber schließlich handelt es sich hier nur um zwei geringfügige Märkte.

Tatsache ist jedenfalls, daß den Spinnereibesitzern die Nachgiebigkeit der Arbeiter sehr erwünscht kommt. Die Verluste, welche die Spinnereiindustrie durch die Betriebsunterbrechung erleidet, beziffern sich auf rund 30—40 Millionen Mark wöchentlich. Man beziffert das in den Spinnereien angelegte Kapital auf zirka eine Milliarde Mark. 1200 Millionen Mark beträgt der Wert des jährlich verbrauchten Rohmaterials, welches durch die Verarbeitung einen Großhandelswert von 2700 Millionen Mark erhält. Die Differenz von 1500 Millionen Mark entfällt in der Hauptsache auf Löhne und die Verzinsung des Kapitals. Da nun die Baumwollindustrie zu dreiviertel (rund 40 Millionen Spindeln liegen still) an der Betriebsunterbrechung beteiligt ist, muß man allein den direkten Verlust auf rund 20 Millionen Mark wöchentlich berechnen. Dazu kommen die 7 Millionen Mark, welche die Arbeiterverbände bisher an Ausstandsunterstützungen zu zahlen hatten, ferner all das verlorene oder vielmehr nicht verdiente Geld, das man für die von der Baumwollspinnerei abhängigen Gewerbe ansetzen muß. Dann sind nach den Berechnungen von Hamilton Fyfe insgesamt rund 40 Millionen wöchentlich anzunehmen. Der Gesamtverlust wäre danach, da der Streik jetzt gegen 7 Wochen dauert, auf etwa 250 Millionen Mark zu beziffern.

Diese Verluste einzuholen, wird für alle Beteiligten eine schwere Aufgabe sein. Die Baumwollspinnereien haben zwar die letzten Jahre hindurch hohe Dividenden gebracht, teilweise bis zu 40 Proz. und darüber, aber sie hatten vorher lange Jahre hindurch sehr ungünstige Konjunkturen, so daß, wenn man etwa 20 Jahre zurückgeht, sich doch nur eine Durchschnittsverzinsung von 5 Proz. für das angelegte Kapital ergibt. Nach dem Streik von 1893 waren die Dividenden 7 Jahre lang sehr niedrig und nur sehr langsam stiegen sie. Die Arbeiter haben in den 7 Wochen, welche die Betriebsunterbrechung dauerte, allein durch Lohnverlust so viel eingebüßt, als ihr Minderverdienst bei 5prozentiger Lohnherabsetzung in 2½ Jahren ausmachen würde; infolgedessen herrschte natürlich unter ihnen, nachdem man ihnen die Richtigkeit dieser Ziffern bewiesen hat, keine starke Kampfstimmung mehr und der Friedensschluß war damit gesichert. Er bedeutet, wie dargelegt, im wesentlichen einen Sieg der Arbeitgeber, welche die von ihnen beabsichtigte Gesundung des Marktes, die sie erstrebten, durchgeführt haben.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Wilhelm II. freut sich!

Wien, 6. November. (W. T. B.) Auch über das heutige Jagdergebnis war Kaiser Wilhelm, wie aus Eckartsau gemeldet wird, sehr erfreut.

Stadtverordnetenwahl in Leipzig.

Leipzig, 6. November. (Privatdepesche des „Vorwärts".) Bei der heutigen Stadtverordnetenwahl der dritten Wählerklasse in Leipzig wurde in vier Kreisen gewählt. Unsere Partei hatte acht Mandate zu verteidigen. Der nationale Kuddelmuddel, der sich unter dem Blockabgeordneten Dr. Jung zu einem Komitee zusammengefunden hat, arbeitete mit denselben Mitteln und Methoden wie bei der letzten Reichstagswahl. Mit Automobilen wurde die Wahlschlepperei betrieben. Die Wahlbeteiligung war eine enorme. Sie betrug zirka 80 **Prozent gegen 40 Prozent** im Jahre 1906. Von 29 817 Wählern haben 24 348 ihr Wahlrecht ausgeübt. Der 1. und 2. Kreis ging an die Gegner verloren. **Unsere Partei büßte vier Mandate ein.** Im ersten Wahlkreise unterlagen wir mit 412 und im zweiten Wahlkreise mit 463 Stimmen. Dagegen siegten wir im dritten Wahlkreise mit 2801 und im vierten Wahlkreise mit 1387 Stimmen über die Gegner. Für unsere Partei wurden insgesamt **13 181 Stimmen abgegeben**, für die Gegner **11 163 Stimmen**.

200 Menschen ertrunken.

Amoy, 6. November. (W. T. B.) Ein kleiner Dampfer, der mit 600 Passagieren von hier nach Tunglang unterwegs war, ist gesunken. **Hierbei ertranken zweihundert Passagiere**, jedoch kein Europäer.

Betriebsunfall.

New York, 6. November. Morse, der Bankier der Dampfschiffgesellschaft „Promoter", der am 15. Februar d. Js. verhaftet wurde, wurde gestern des **Mißbrauchs von Bankfonds und falscher Eintragungen für schuldig befunden** und heute zu **15 Jahren Gefängnis verurteilt.**

Die Antwort der Sklaven.

Budapest, 6. November. (W. H.) Auf dem fürstlich Meternichschen Gute Vojan brachten nachts unbekannte Täter im Hause des **durch seine Strenge verhaßten Gutsverwalters** mehrere Dynamitpatronen zur Explosion. **Das Haus wurde völlig zerstört**, jedoch kam niemand ums Leben.

Gesunkener Dampfer.

Antwerpen, 6. November. (W. H.) An der hiesigen Börse ist ein Telegramm eingetroffen, welches den **Untergang des belgischen Dampfers „Schelde" meldet.** Der Dampfer ist an der griechischen Küste gestrandet. Die Mannschaft rettete sich in die Boote, jedoch ist eins der Boote mit **9 Mann verschwunden.** Man befürchtet, daß die Insassen dieses Bootes **ertrunken sind.**

Aus Seenot gerettet.

Bremen, 6. November. (W. T. B.) Die Rettungsstation Heisternest der Deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger telegraphiert: Am 6. November von dem hier gestrandeten deutschen **Dampfer „Archimedes"**, Kapitän Möller, mit Stückgut von Danzig nach Stettin bestimmt, **drei Personen durch den Raketenapparat der Station gerettet.**

Brandstiftungen engros.

Ulm, 6. November. (W. T. B.) Das hiesige Schwurgericht verurteilte heute den Tagelöhner Lipp aus Kleinciselingen wegen 22 **Verbrechen der Brandstiftung zu 13 Jahren Zuchthaus** und 10 Jahren Ehrverlust. Fünf Monate der Untersuchungshaft wurden ihm auf die Freiheitsstrafe angerechnet.

Verantw. Redakteur: Hans Weber, Berlin. Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdr. u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Reichstag.

155. Sitzung, Freitag, den 6. November, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratstische: Dr. Nieberding, Beseler.

Der **Präsident** teilt mit, daß der Abg. D. Stöcker (Wirt. Ver.) sein Mandat niedergelegt hat.

Ein schleuniger Antrag Brejski (Pole) wegen Einstellung eines gegen den Abg. Dr. v. Chlapowo-Chlapowski (Pole) schwebenden Strafverfahrens wird angenommen.

Hierauf wird die erste Beratung der **Novelle zum Gerichtsverfassungsgesetz, zur Zivilprozeßordnung,** dem **Gerichtskostengesetz** und der **Gebührenordnung für Rechtsanwälte** fortgesetzt.

Abg. Dr. **Giese** (k.): In absehbarer Zeit ist eine Einigung über eine umfassende Reform unseres Prozeßverfahrens wohl nicht zu erreichen; die Mehrzahl meiner Freunde ist daher bereit, das jetzt Erreichbare, die Reform des Amtsgerichtsverfahrens zu nehmen. Diese Reform kann vielleicht der Ausgangspunkt einer späteren umfassenderen Reform werden.

Abg. Dr. **Spahn** (auf der Tribüne kaum verständlich): Die vorgeschlagene Reform will durch eine Vereinfachung des Verfahrens das Streben nach Sondergerichten bekämpfen. Wirksamer wäre hierfür eine zeitige Vermehrung der Richter gewesen, wodurch diese in die Lage gekommen wären, schneller Recht zu sprechen. Ueber die Streitigkeiten bei den Geschäften des täglichen Lebens sollen die Amtsgerichte entscheiden, das war der maßgebende Gesichtspunkt für die Festsetzung der Zuständigkeitsgrenze der Amtsgerichte; wenn diese Grenze jetzt erhöht werden soll, so entspricht das nur der Entwickelung unseres wirtschaftlichen Lebens. (Bravo! im Zentrum.)

Abg. **Ablaß** (frs. Vp.): Die öffentliche Kritik ist für den vorliegenden Entwurf teilweise eine vernichtende gewesen. Nicht billigen können wir es, wenn ein wesentlicher Teil der Novelle sich auf die angeblichen Erfahrungen mit den Sondergerichten gründet. Es wird ein viel längerer Zeitraum abzuwarten sein, damit man beurteilen kann, ob die Vor- oder Nachteile bei diesen Gerichten überwiegen. Die Kaufmannsgerichte z. B. werden von den Arbeitnehmern ins Ungemessene gelobt, während die Arbeitgeber behaupten, daß seit ihrem Bestehen jeder, auch der frivolste Prozeß erhoben werde, in der Erwartung, wer viel fordere, erhalte mindestens etwas, mit Rücksicht darauf, daß bei den Kaufmannsgerichten jeder zweite Prozeß mit einem Vergleich endet. Hier ist aber das eingetreten, was bei einem ordentlichen Gericht niemals der Fall sein darf, daß man das Verfahren unter dem Sondergesichtspunkt einer bestimmten Klasse betrachtet. Wir hatten den Entwurf in allen wesentlichen Punkten für anfechtbar. Sehr bedauerlich ist, daß die Regierung so wenig Wert auf die Stellungnahme des Anwaltstages gelegt hat, den sie nicht einmal beschickt hat, während zu den Tagungen der Landwirtschaft der Reichskanzler in eigener Person erscheint und bei den Tagungen der Kaufleute der Handelsminister. In der Frage, ob die Zuständigkeit der Amtsgerichte zu erhöhen ist, sind meine Freunde verschiedener Ansicht; ein Teil, zu denen auch ich gehöre, will an der bisherigen Höhe von 300 M. festhalten. Wesentlich für diese Stellungnahme ist der Umstand, daß das Verfahren vor einem Kollegialgericht stets den vor dem Einzelgericht vorzuziehen ist. Ein Düsseldorfer Amtsrichter hat letzthin entschieden, daß die für ein Heine-Denkmal gesammelten Gelder als zu einem unmoralischen Zweck gesammelt zu betrachten seien. (Hört! hört!) Etwas Derartiges halte ich bei einem Kollegialgericht für unmöglich. — Man sagt, daß die Novelle überhaupt nicht im Reichsjustizamt entstanden ist, sondern im preußischen Justizministerium, und der Umstand, daß gestern und heute der preußische Justizminister anwesend ist, scheint für die Richtigkeit dieser Auffassung zu sprechen. Wenn aber der preußische Justizminister wünscht, daß noch irgendetwas von der ganzen Reform gerettet werde, so möge er dafür sorgen, daß von Grund aus ausgerottet werde der Krebsschaden des preußischen Hilfsrichtertums. (Sehr richtig! bei den Freisinnigen.) Mit der Ueberweisung der Vorlage an eine Kommission von 21 Mitgliedern sind meine Freunde einverstanden.

Preußischer Justizminister **Beseler:** Alle Redner sind darin einig gewesen, daß das heutige Zivilprozeßverfahren verbesserungsbedürftig ist. Eine allgemeinere Neuregelung des Zivilprozesses haben wir nicht vorschlagen können, weil die Ansichten über einige wichtige Probleme noch nicht geklärt sind, über den Wert des mündlichen Verfahrens, über die Stellung der Anwaltschaft und über die Notwendigkeit der Wiedereinführung der Eventualmaxime. (Fristfestsetzung für neue Beweisanträge.) Es wird noch lange dauern, ehe darüber die nötige Klärung geschaffen sein wird. — Was die Vorlage anlangt, so sind wir bereit, alle Erwägungen der Vorredner in der Kommission eingehend zu prüfen. Für die Erhöhung der Kompetenz der Amtsgerichte spricht unsere Rechtsentwickelung, die den Einzelrichter mehr in den Vordergrund treten läßt. In der Forderung der möglichsten Beschränkung des Hilfsrichtertums sind wohl alle Parteien einig; am besten wird dies durch die Annahme des Gesetzentwurfes erreicht, durch welche ja die etatsmäßigen Richterstellen erheblich vermehrt werden. Die Befürchtung, daß die Anwaltschaft durch das Gesetz Schaden erleidet, ist übertrieben. Es handelt sich nur um die Anwälte bei den Landgerichten, von denen aber ein Teil zu den Amtsgerichten übergehen kann, wo eine vermehrte Beschäftigung eintreten wird. Nehmen Sie den Entwurf an, der etwas Nützliches und Gutes schafft.

Abg. Dr. **Frank-Mannheim** (Soz.):

Mit einer Kommissionsberatung sind auch meine Freunde einverstanden, doch widerstehe ich nur schwer der Versuchung, Ihnen vorzuschlagen, die Novelle an die Kommission zur Beratung der Reichsfinanzreform zu verweisen. Denn die Vorlage ist so ganz vom Geiste der Fiskalität durchweht, es sollen in die Kassen der Einzelstaaten recht viele und hohe Gerichtsgebühren fließen, und ferner soll recht viel Geld gespart werden durch Vermeidung neuer Richterstellen. Die Motive drücken das so aus: Die Justizpflege soll verbilligt werden. Außerdem sagen sie, die Justiz soll schnell und billig arbeiten. Dieses Ideal würden auch meine Freunde gern annehmen; aber das Verfahren vor den Land- und Oberlandesgerichten ist davon ebensoweit entfernt wie der Amtsgerichtsprozeß. Deshalb wundern wir uns, daß nur dieser reformiert werden soll. Das Volk wird es nicht verstehen, daß es in der ersten Instanz, vor den Amtsgerichten, schnell und billig Recht finden soll, in der zweiten Instanz teuer und langsam. Der Vorwurf der Halbheit gegen den Entwurf ist daher durchaus begründet. Als ein Notgesetz zur Einrichtung besonderer Gerichtshöfe für die Jugend verlangt wurde, verwies der Staatssekretär auf den großen Tag der allgemeinen Strafprozeßreform; damals sagte er, man solle nicht aus dem großen Gebäude einen einzelnen Stein herausgreifen. Heute aber will man aus dem großen Gebiete der Zivilprozeßreform einen kleinen Teil herausnehmen, angeblich, um wirtschaftliche Interessen zu fördern. Auf den Nachweis hierfür habe ich vergeblich gewartet. Wirtschaftliche Erwägungen mögen bei der Abfassung des Entwurfes mitgesprochen haben; doch handelt es sich nicht um eine Förderung der wirtschaftlichen Interessen des rechtsuchenden Publikums, sondern um die des Fiskus. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Man will uns den Bissen schmackhaft machen durch die Versicherung, daß das Verfahren vor den Amtsgerichten dem vor den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten angenähert werden soll. Das mag für einzelne prozeßtechnische Dinge zutreffen, aber die Hauptsache fehlt, das, was den Sondergerichten das Vertrauen des Volkes bringt, nämlich die Tatsache, daß **die Mehrheit der Richter aus der Wahl der Masse hervorgehen.** (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die sogenannte Verbilligung des amtsgerichtlichen Verfahrens besteht darin, daß man für die auf Antrag der Parteien auszufertigenden Abschriften usw. statt 10 Pf. 25 Pf. pro Seite berechnen wird, was eine

Mehrausgabe von etwa 3 Millionen für das rechtsuchende Publikum

gleichkommt (Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten), und ferner darin, daß künftig nach dem vierten Termin Strafgebühren angesetzt werden müssen, was eine **Mehrbelastung von einer Million** pro Jahr ausmacht. Diese Pille sucht man zu verzuckern durch Erweiterung der Kompetenz der Amtsgerichte, die zur Folge haben wird, daß künftig für mehr als die Hälfte der bisher landgerichtlichen Prozesse kein Anwaltszwang bestehen wird. Wir sind immer für die Beseitigung des Anwaltszwanges eingetreten. Wir halten es seit dem Bestehen der allgemeinen Schulpflicht nicht mehr für berechtigt, jeden Bürger zu zwingen, auch die einfachsten Sachen durch einen Anwalt führen zu lassen. Aber die Abschaffung des Anwaltzwanges bringt für die Arbeiter auch gewisse Nachteile mit sich. Es wird dadurch bei Prozessen über 300 M. der Anspruch des Arbeiters, dem das Armenrecht bewilligt wird, auf Stellung eines Anwalts durch das Gericht beseitigt. Nun sind aber gerade die Lohnarbeiter selten in der Lage, falls mehr als ein Termin notwendig ist, die Termine selbst wahrzunehmen. Daher ist es dringend notwendig, daß die von den Arbeitern selbstgeschaffene Vertretung, **die Arbeitersekretäre, gesetzlich anerkannt** werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Diese Vertreter können heute unmöglich mit der notwendigen Entschiedenheit gegen den Richter vorgehen, wenn sie riskieren müssen, daß sie nach Willkür wie Schuljungen weggejagt werden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Mit einer mäßigen Erhöhung des Streitwertes bei den Amtsgerichten sind wir einverstanden. Die Notwendigkeit aber, in so weitgehendem Maße Prozesse von Landgerichten nach dem Amtsgericht hinüberzuschieben, ist bisher nicht bewiesen worden. Der Herr Staatssekretär hat die rhetorische Frage an uns gerichtet, ob sich etwa die Amtsgerichte nicht bewährt hätten? Mit solchen allgemeinen Lobsprüchen ist heute nicht viel anzufangen. Das war in den ersten beiden Jahrzehnten des neuen deutschen Reiches üblich, daß man sagte: den deutschen Landrichter, den deutschen Leutnant, den deutschen Geheimrat macht uns niemand nach. Heute trifft das nicht mehr zu, heute gibt es ganz andere Dinge, die uns niemand mehr nachmacht. (Große Heiterkeit und Sehr gut! links.) Ich will den Fragen des Herrn Staatssekretärs ein paar ganz nüchterne Fragen entgegenstellen. Ist es nicht wahr, daß ein großer Teil der deutschen Amtsgerichte durch Assessoren und durch Hilfsrichter verwaltet wird, die alle Tage wechseln und die mit dem Bezirk, in dem sie amtieren, vielfach keine Fühlung haben? Und wird nicht durch die Verweisung so vieler Prozesse an das Amtsgericht die Rechtseinheit ganz erheblich gefährdet? Diese schweren Nachteile liegen offen zutage, die Vorteile sind das Geheimnis der Regierung. Der eigentliche Grund der Reform kann also nur sein: Man will Geld sparen. Und wenn der preußische Herr Justizminister auch noch so feierlich erklärt, daß sein Gewissen in dem Punkte gut sei, wir haben in den letzten Wochen erfahren, daß manchmal Dinge geschehen, bei bestem Gewissen, ohne daß die Leute die wichtigsten Dokumente gelesen haben. (Heiterkeit und Sehr gut! links.) Amtsrichter sind eben billiger als Landgerichtsräte und Oberlandgerichtsräte, vor allem, wenn man eine große Zahl von Stellen mit Assessoren und Hilfsrichtern besetzt. Man sucht nun die Verbilligung dadurch zu beweisen, daß die Anwaltsgebühren wegfallen oder sich ermäßigen würden. Die Herabsetzung der Schreibgebühren der Anwälte wird aber die Entlassung oder noch schlechtere Entlohnung der Anwaltsgehilfen, der sogenannten Proletarier der Schreibstube, zur Folge haben. Das muß besonders jetzt in der Zeit der Krise unter allen Umständen vermieden werden. Wir sind bereit, in der Kommission mitzuarbeiten, vorläufig bringt die Vorlage aber nur eine Verteuerung und Verschlechterung der deutschen Rechtspflege. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. **Varenhorst** (Rp.) begrüßt im allgemeinen die Vorlage. Gerade wer die Beseitigung des Hilfsrichtertums wünscht, sollte sich für die Vorschläge der Vorlage erklären. Die Erhöhung der Zuständigkeitssumme und die Vereinfachung des amtsgerichtlichen Verfahrens sind die beiden Hauptvorzüge des Entwurfes. (Beifall rechts.)

Abg. **Gräfe**-Weimar (Wirtsch. Vgg.) begrüßt ebenfalls die Vorlage. Der Juristentag hat sich allerdings dagegen ausgesprochen, aber dort war mehr Gelehrsamkeit als praktische Erfahrung vertreten, und außerdem wog das rechtsanwaltliche Element vor. Wann wird das heiße Sehnen der Gerichtsschreiber erfüllt werden, daß sie endlich statt des herabwürdigenden Schreibertitels den wohlverdienten Namen „Sekretäre" erhalten? (Beifall bei der Wirtschaftlichen Vereinigung.)

Abg. **Werner** (Ant.): Im Volk ist man von der Dringlichkeit dieser Reform überzeugt, die Erhöhung der Zuständigkeit der Amtsgerichte, die sie bringt, ist gerade für den Mittelstand von außerordentlichem Vorteil. (Bravo! bei den Antisemiten.)

Abg. Dr. **Thaler** (S.): Ein Teil meiner Freunde steht der Vorlage prinzipiell ablehnend gegenüber; denn die in Aussicht genommene Reform sollte sich nicht auf die Zivilprozeßordnung allein beschränken und namentlich nicht bloß auf das amtsgerichtliche Verfahren. Dagegen sind wir bereit, jedes Opfer zu bringen

Kleines Feuilleton.

Herbst im Grunewald. Vom Bahnhof Grunewald aus, den wir in der Fahrtrichtung nach rechts verlassen, zeigen gegenüber dem Hauptausgang Wegtafeln nach Pichelsberge und Pichelswerder. Bald im hohen Walde, bald an eingegatterten Schonungen vorbei führt der Weg durch den Wald, der keine Blüte mehr bietet. Dann geht es in welligem Gelände auf und ab durch Buchten, die verdorrtes Farrnkraut braun verkleidet. Der Zipfel eines Moores streckt sich vom Gebiete des Teufelssees hierher. An ihm entlang geht es weiter. Das Moor ist stumm und tot. Der Hauch des Eises hat seinen Grund erfaßt. Wie es im Frühjahr nur spät erwacht, so geht es früh wieder zur Ruhe. Wir erreichen, indem wir uns an den Wegweiser nach Pichelswerder halten, den Teufelsgraben, der uns zur Havel führt. Bald sieht zwischen den Bäumen eine Lichtung hervor: abgeholzte Waldhänge über einem großen Wasserbecken. Hier ist der Sand herausgeschafft worden, den der Damm der Döberitzer Heerstraße verschlungen hat, und über die Tiefe hat sich ein Wasserspiegel gebreitet, ein See, in seiner Kahlheit den alten Grunewaldseen höchst unähnlich. Aber einen Vorzug besitzt er doch. Scharen von weißen Möven bevölkern ihn. Teils sitzen sie ruhig am Ufer, teils auf dem Wasser, um beim Nahen des Wanderers in großen Flügen ohne besondere Hast den Platz zu wechseln und dabei wie die Tauben gemeinsam einzuschwenken. Wir kommen auf die Grunewaldchaussee und sehen rechts den Damm der Heerstraße das schöne Havelbild unangenehm zerreißen. Die Sechserbrücke führt uns auf den Pichelswerder, wo ein Rundgang am Ufer das Landschaftsbild am besten erschließt. Wieder auf der Chaussee angelangt, wenden wir uns südlich nach Schildhorn, um von hier nach dem Bahnhof zurückzukehren, falls wir nicht vorziehen, noch weiter, bis Schlachtensee oder Wannsee, zu wandern.

Krähen, die sich zänkisch auf den Wipfeln unterhalten, Eichhörnchen, die eifrig Vorräte sammeln, Kohlmeisen, die unermüdlich durch die Aeste huschen und manche Spechtart, deren Gehaben uns vertraut ist, werden uns ab und zu auffallen und der Beobachtung Stoff bieten. Bisweilen wird auch ein Trupp zierlicher Spechtmeisen sichtbar, ein auf dem Rücken hübsch blaugrau gefärbtes Vögelchen, das gewandt wie eine Maus kopfüberkopfunter an den Kiefern auf und ab läuft und die Rinde nach allerhand kleinem Getier absucht, das sich in den Ritzen verbirgt. Ab und zu bleibt das Tierchen stehen, um nach Spechtart auf die Rinde einzuhauen, daß die Splitne fliegen. Während die Spechte dabei mit Hals und Schnabel tätig sind, während sie sich auf den Schwanz stützen, bildet bei der Spechtmeise der ganze Leib den Hammer, der durch Vor- und Rückschnellen den spitzen Schnabel in die Rinde treibt. Das Tierchen hätte sonst nicht die nötige Kraft, und es dringt auch nur in die Rinde, nicht ins Holz, wie seine größeren Verwandten. Und so gibt es um diese Jahreszeit noch manches Tierlein im Grunewalde, das den aufmerksamen Beobachter lange zu fesseln vermag.

Musik.

Exklusive nicht nur den Eintrittspreisen nach: so rufen unsere meisten Konzerte nach Ergänzungen. Das Blüthnersaal-Orchester versucht nun außer seinen Sonntagskonzerten noch eigens „Populäre Symphoniekonzerte". Donnerstag fand das erste statt; das Datum des zweiten ist noch unbestimmt. Im einzigen Vertrauen auf eigene Leistungen und auf die Nachfrage des Publikums wagt es ein schwieriges Unternehmen, ohne Stütze durch eine großindustrielle Basis, durch klangvolle Namen und dergleichen. Nun ists an uns, ihm entgegenzukommen.

Die Wahl der Stücke des ersten und vermutlich auch der nächsten Konzerte geht darauf aus, künstlerisch Wertvolles zu bringen, das zugleich leicht zu fassen ist und dabei das Publikum vom Zugänglichsten allmählich zu Schwierigerem weiterzuführen. Unsere alten Bedenken gegen die landläufige Einrichtung volkstümlicher Konzerte mögen mal beiseite bleiben. Statt dessen glauben wir, Bericht und Kritik und Verständigung am ehesten durch folgendes vermitteln zu können.

Voraussichtlich werden auch die nächsten Konzerte sowohl Aelteres („Klassisches") wie auch Neueres („Jungdeutsches" und „Modernes") vorführen. Hie Schuberts Rosamundenouverture und Beethovens 2. Symphonie (nächstens die 3., die sogenannte heroische); hie zwei Kleinigkeiten aus Norwegen und Finnland sowie Liszts symphonische Dichtung „Mazeppa". Das war nämlich das Eröffnungsprogramm. Nun unterscheidet auch ein Unerfahrener leicht: dort gebundenere Formen, „metrische" Geschlossenheit, „architektonischer" Aufbau — alles wie letzte Reste von Tanz und Marsch; hier freiere Formen und besonders ein Hinüberfluten über die Akzente des Taktes, über die Tanz- und Marschreste. Wie wünschen wir nun die älteren Kompositionen gespielt: mit Betonung der Abhängigkeit von den metrischen Elementen oder mit deren Ueberwindung?

Der neue Dirigent dieser und anderer Konzerte des Blüthnersaales, Ferdinand Reisser, hält seine Sache so, daß er den Freunden der älteren Weise am ehesten gefällt; und zufrieden würde mit ihm wohl auch z. B. Schubert sein.

Das Scherzo der 2. Beethovenschen Symphonie von neulich und das der 3. von nächstens können wir uns sogar kaum anders denken. Aber wollen wir die übrigen Sätze ebenso tanzartig hören?

Hier schließt unsere Weisung und will der eigenen Geschmacksbildung des Hörers nicht vorgreifen, will nur noch beiden Teilen sagen: „Gut Glück für alles Weitere!" — ez.

Humor und Satire.

Boshaft. Ein junger praktischer Arzt ohne Praxis verläßt seine Wohnung auf kurze Zeit und schreibt auf die Tafel seines Wartezimmers: „Ich komme in fünfzehn Minuten wieder zurück." Als er heimkommt, steht darunter: „Warum?"

Verkehrte Wirkung. Bierdimpfl: „Zuerst bringt mir der Mensch a' alkoholfreies Bier, jetzt a' nikotinfreie Zigarr' — da soll ma' nacha net gifti' wer'n!"

Verplappert. Versicherungsagent: „. . . Die Hagelversicherung ist ebenso so wichtig wie die Feuerversicherung!"

Bauer: „Dös is net wahr! Brenna kann's leicht amal — aber hageln kann ma's net laff'n!" („Flieg. Bl.")

Notizen.

— Rudolf Wilke, einer der besten deutschen Karikaturisten, ist am Mittwoch in Braunschweig gestorben. Schon durch seine ersten Veröffentlichungen in der „Jugend" erzwang er allgemeine Beachtung, die ihm später, als „Simplicissimus"-Zeichner, in immer höherem Maße zuteil wurde. Als Spätter kam er nur gelegentlich; die humoristische Auffassung des Menschenlebens und der Geschehnisse des Tages lagen ihm mehr. Am bekanntesten geworden sind seine „Kinder der Straße". In seinen Schwarz-Weiß-Zeichnungen lag ein malerischer, fast farbiger Reiz. Mit wenigen, konturierenden Linien erzielte er hohe Effekte, zumal er stets das Charakteristische des Vorganges oder der Figuren traf, die sein Stift auf das Papier warf. Wilke ist nur 35 Jahre alt geworden.

— Eine Ausstellung für „Trachtenpuppen und plastische Karikaturen" ist im Hohenzollern-Kunstgewerbehaus eröffnet worden.

— Ein „jiddisches Theater" besitzt, gleich London und New York, neuerdings auch Paris. Hier — in der Rue St. Denis — versammeln sich zu jeder Vorstellung in dichten Scharen die rumänischen, polnischen, galizischen und russischen Juden, die in Paris leben oder auf der Durchreise längere Zeit sich aufhalten. Es sind dieselben Stücke, wie die in den New Yorker und Londoner jiddischen Theatern bekannten, die in Paris aufgeführt werden, teils rein jiddische Stücke, teils Uebersetzungen von Meisterwerken in die jiddische Sprache. So wird „König Lear" gegeben, bisweilen auch Werke, die ihre Motive der Bibel entlehnen, wie „Die Harfen Davids". Bisweilen kommt auch die Gegenwart zu Worte; so wurde vor kurzem ein modernes Stück gegeben, in dem Dreyfus als Held auftrat und allerlei bekannte Persönlichkeiten aus den Tagen des Prozesses, wie Picquart und andere, auftauchten. Die Theaterzettel sind hebräisch gedruckt, in den Pausen wandeln geschäftsuchende Hausierer durch die Zuschauerreihen, aber während der Vorstellungen haften alle Blicke an der Bühne und man fühlt, daß dieses Publikum mit starker Leidenschaftlichkeit die Geschehnisse des Stückes miterlebt und verarbeitet.

— Alkohol und Auge. Jedem Augen- und Nervenarzt, der viele Alkoholiker zu behandeln hat, sind Schädigungen der Augen durch den Alkohol bekannt. So berichtet neuerdings Dr. Schenk, Arzt an den Heil- und Pflegeanstalten für Alkoholkranke in Lintorf, daß ihm Alkoholiker öfters Klagen über Sehstörungen äußerten. Auch die Farbenempfindung ist manchmal herabgesetzt, so daß die davon Befallenen alle Gegenstände in grünlichem Farbenton sehen. Bei völliger Enthaltsamkeit bessert sich oft das Augenlicht, so daß für Augengläser schwächere Nummern gebraucht werden können. Diese Veränderungen hängen mit dem übermäßigen Alkoholgenuß zusammen, sie müssen als Lähmungen aufgefaßt werden und sie schwinden wieder nach Ausschaltung des lähmenden Giftes. Im Illinischen Hospital für Augenkranke in London fand man chronische Bindehautkatarrhe, Nachtblindheit, Schwachsichtigkeit und Lähmungen der Augenmuskeln als Folge des übermäßigen Alkoholgenusses. Alle diese Krankheiten sind heilbar, wenn man die Kranken zum Verzicht auf den Alkohol bringen kann.

für eine großzügige Reform unseres gesamten Prozeßwesens. (Bravo! im Zentrum.)

Abg. Dove (Fr. Vgg.) spricht für den Teil der freisinnigen Fraktionsgemeinschaft, der in der Vorlage eine geeignete Grundlage für eine erfolgreiche Kommissionsberatung sieht. Herr Dr. Ablaß hat unbedingt dem kollegialen Gericht den Vorzug vor dem Einzelrichter gegeben. Aber man kann auch sagen, drei Richter können dreimal so viel irren wie einer. (Heiterkeit.) Vor allem kommt es auf die Qualität der Richter an. Der Fiskalismus ist der Urgrund der Mängel unserer Gerichte. (Sehr richtig! links.)

Damit schließt die Diskussion. Die Vorlage geht an eine Kommission von 28 Mitgliedern. Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Präsident Graf Stolberg teilt mit, daß die Interpellationen am nächsten Dienstag auf die Tagesordnung gesetzt werden sollen und beraumt die nächste Sitzung auf Sonnabend-vormittag 11 Uhr an mit der Tagesordnung: Weingesetz.

Schluß: 6 Uhr.

Parlamentarisches.

Drucksachen.

Im Reichstage gingen ein:

Antrag Kruing-Bassermann betr. Bekämpfung der Tuberkulose durch Bereitstellung weiterer Geldmittel und durch gesetzliche Maßregeln, welche die Desinfektion verseuchter Wohnungen sicherstellen.

Ausführungsbestimmungen zum Gesetz, betr. die Stempelabgabe von Erlaubniskarten für Kraftfahrzeuge ausländischer Besitzer.

Bestimmungen über das Verdingwesen für den Verwaltungsbereich des Reichsamts des Innern, die Reichs-, Post- und Telegraphenverwaltung, die Heeresverwaltung und die Marineverwaltung.

Versammlungen.

Die Fliesenleger hielten am Donnerstag eine Versammlung im Gewerkschaftshause ab. Waldheim erstattete den Bericht über den Verlauf der Verhandlungen der Schlichtungskommission vor dem Gewerbegericht. In Sachen Westphal wider Piek ist Westphal mit seiner Forderung abgewiesen worden, da nachgewiesen ist, daß das Geschäft noch bis 4½ Uhr zu erreichen war, auch wenn der Kollege bis 4 Uhr gearbeitet hätte. Der Unternehmer hat aber nicht das Recht, zu verlangen, daß auf Bauten, welche weiter entfernt liegen, des Sonnabends bis 4 Uhr gearbeitet werden muß. Die Versammlung stellte der Schlichtungskommission anheim, dem Einigungsamt folgenden Antrag zu unterbreiten: „Das Einigungsamt wolle beschließen, daß auf Bauten, welche außer dem Radius vom Spittelmarkt bis Lützowstraße liegen, der Lohn auf dem Bau zu zahlen ist."

Den Bericht von dem Verlauf der Verhandlungen zwecks Verschmelzung mit der Freien Vereinigung gab Rudolf. Aus dem Bericht war zu ersehen, daß die Freie Vereinigung überhaupt nicht gewillt ist, sich mit dem Zentralverband zu verschmelzen. Der Vorstand hatte hierzu der Versammlung folgenden Vorschlag empfohlen: „Den Mitgliedern der Freien Vereinigung wird von jetzt ab von unserem Nachweis keine Arbeit vermittelt. Ferner können Kollegen, welche gewillt sind, zur Sektion überzutreten und in der Freien Vereinigung noch mit den Beiträgen im Rückstande sind, dieselben beim Verband nachzahlen, wenn sie vollberechtigte Mitglieder werden wollen. Der letzte Passus gilt aber nur bis Jahresschluß und werden nach dem 1. Januar die Mitglieder der Freien Vereinigung nur noch als neue Mitglieder aufgenommen." Die Versammlung beschloß demgemäß. Zur Erledigung kamen dann noch einige interne Angelegenheiten.

Die Verwaltungsstelle I des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes hielt am Dienstag bei Keller ihre Generalversammlung vom 3. Quartal ab. Dem Geschäftsbericht ist zu entnehmen, daß im 3. Quartal an Versammlungen stattgefunden haben: Generalversammlungen 2, davon eine der 30 Pf.-Gruppe betreffs Erhöhung der Beiträge, öffentliche 3, davon eine in Rixdorf, Branchenversammlungen 20, Betriebsversammlungen 72, Versammlungen der Vertrauensleute der Verwaltung I 3, einzelne Branchen 11; Sitzungen der Schlichtungsleitungen 3, der Schlichtungs- und Tarifkommission 7, der Ortsverwaltung 11, eine Arbeitslosenversammlung. Der Kassenbericht ergab: Einnahme 83 147,02 M., Ausgaben 37 954,84 M., bleibt Kassenbestand am 30. September 1908: 45 192,18 M. Die Hauptkasse zahlte im Laufe des 3. Quartals 68 an 40 Pf. zahlende Mitglieder folgende Unterstützungen: Arbeitslosen-Unterstützung 7879,30 M., Kranken 2813,80 M., Gemaßregelten 803,90 M., Notfall 885 M., Beerdigungsbeihilfe 400 Mark, Rechtsschutz 22,35 M., Summa: 12 303,95 M. Dem Kassierer wurde gegen 2 Stimmen Decharge erteilt. In die erledigte Stelle eines Beisitzers trat Müllhahn. Zum 3. Punkt: Stellungnahme zu der Zusammenlegung der Berliner Verwaltungen, referierte Werner, indem er besonders auf die Vorteile und die Ersparnisse hinweist, die durch die Zusammenlegung der jetzigen getrennten Bureaus erzielt werden könnten. Auch könnte erfolgreicher agitatorisch und organisatorisch gewirkt und die Einkassierung der Beiträge erleichtert werden. In der Diskussion traten mehrere Redner, besonders aus den Reihen der Hausdiener, gegen den Plan auf, da sie dadurch eine Schmälerung ihrer jetzigen Rechte befürchteten. Auch wurden die Räume des Arbeitsnachweises der Hausdiener als unzulänglich und unhygienisch bezeichnet. Werner erklärte, daß irgend eine Einengung der Selbständigkeit der Gruppen durch die Zusammenschließung der Bureaus nicht eintreten würde, die geschäftlichen Arbeiten würden nach wie vor getrennt erledigt. Die bemängelten Räume entsprechen tatsächlich nicht den modernen Anforderungen, aber bis jetzt hätten sich in der Gegend noch keine besseren gefunden und aus der Nähe der alten Leipziger Straße dürfe man auf keinen Fall den Nachweis verlegen, wenn ihm nicht unberechenbarer Schaden zugefügt werden solle. Mit großer Majorität wurde hierauf zum 1. Januar 1909 die Zusammenlegung der Verwaltungen nach dem Gewerkschaftshaus beschlossen. Unter Punkt „Geschäftliches" wies der Vorsitzende auf die Gewerbegerichtswahl sowie auf die Arbeitslosenzählung hin und teilte mit, daß am Montag, den 16. November, eine große öffentliche Versammlung stattfinden werde. Als Referent ist Genosse Noske in Aussicht genommen.

Die Bewegung für den Austritt aus der Landeskirche hat in letzter Zeit wieder mit erneuter Wucht eingesetzt. Sie gewinnt immer mehr an Boden und schreitet von Erfolg zu Erfolg. Längst ist man im Volke, besonders in den Reihen der Arbeiterschaft, davon überzeugt, daß die mit staatlichen Mitteln unterstützte Kirche nichts anderes ist, als eine Dienerin der herrschenden Klassen, und daß sie das Ihre tut, um nach Kräften an der Unterdrückung der Arbeiterklasse teilzunehmen. Der Bruch mit der Kirche, der sich bei Tausenden, bei Zehntausenden innerlich längst vollzogen hat, wird nunmehr auch äußerlich bekundet durch den formellen Austritt aus der Landeskirche. Daß diese Bewegung gerade jetzt volles Verständnis bei den Massen der Berliner Arbeiter findet, das zeigte die Versammlung, welche der Vorstand des sechsten Wahlkreises am Dienstag nach dem „Kösliner Hof" einberufen hatte. Der Saal war überfüllt. Der Referent Adolf Hoffmann, der mit gewohnter Schärfe die Heuchelei des offiziellen Christentums kennzeichnete, fand lebhaften Beifall. Ebenso wurde die Aufforderung, daß jeder, der innerlich nicht mehr auf dem Boden der Kirche steht, ihr auch in aller Form den Rücken kehren soll, mit lebhafter Zustimmung begrüßt. Auch der Hinweis auf die bevorstehende Erhöhung der Kirchensteuer verfehlte seine Wirkung nicht und wird manchen der Zuhörer veranlaßt haben, unverzüglich seinen Austritt aus der Kirche zu bewerkstelligen.

Aus der Frauenbewegung.

Versammlungen — Veranstaltungen.

Treptow-Baumschulenweg. Dienstag, 10. November: Oeffentliche Frauenversammlung. Vortrag. „Heinrich Heine, sein Leben und Wirken für das Volk."

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße Nr. 3, zweiter Hof, dritter Eingang, vier Treppen, — Fahrstuhl — wochentäglich abends von 7½ bis 9½ Uhr statt. Geöffnet 7 Uhr. Sonnabends beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Anfrage ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Bis zur Beantwortung im Briefkasten können 14 Tage vergehen. Eilige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

D. 10. H. B. 35. Nein. — **G. R. 93.** Sie haben bis zum 31. Dezember 1909 die Kirchensteuer zu bezahlen. — **O. G. 10.** Nein. Sie können nur auf Beseitigung des Mißstandes und Schadenersatz mit Aussicht auf Erfolg klagen. — **E. O. 34.** Ist keine besondere Vereinbarung getroffen, so besteht 14tägige Kündigung. — **K. S. 1880.** Leider sind Sie zur Zahlung verpflichtet. — **F. F. 1.** Die Kasse ist zur Zahlung verpflichtet. Fordern Sie dieselbe zur Zahlung auf und klagen Sie eventuell bei der Gewerbedeputation, Zinzendorfer Straße 1–3, gegen die Kasse auf Zahlung an den Arzt. — **P. Z. 10.** 1. Ja. 2. Die gesetzliche Kündigungsfrist tritt ein. — **Charnoter 13.** Ja. — **F. Z. 108.** 1. „Die Lapete", Michaelkirchstraße 13. 2. In 30 Jahren. — **W. M. 100.** Nein. — **R. G. 1862.** 1. 1300 Mark. 2. 1500 Mark. 3. Nein. 4. Nein. 5. Bei dem Kommando der Feuerwehr. — **W. G. 28.** Wird auf 50 Mark ein Gewinn von 50 Mark erzielt, so sind 100 Prozent verdient. — **H. H. 200.** Offenbacher Krankenkasse für Frauen und Mädchen, Prinzenstraße 60 bei Hinz. — **M. Z. 90.** Wenden Sie sich an einen Arzt. — **H. R. 111.** 1. Ferdinand Lassalle wurde geboren am 11. 4. 1825, er starb am 31. 8. 1864. 2. Manuskripte dürfen nur auf einer Seite beschrieben sein. — **F. K. 08.** 1. Durch Putzen. 2. Versuchen Sie es mit Benzin. 3. Porzellankitt in jeder Drogenhandlung. — **W. O.** Leider nicht. — **M. 20.** Ja. — **R. 67.** In der Regel ja. Wenn sie verbraucht sind, werden sie dem Abdecker übergeben. — **K. L. 45.** Anfangsgehalt 1500 M., Endgehalt 1800 M. — **E. F. 61.** Solche Rezepte finden Sie in jedem Kochbuch. — **R. 107.** Nach der Militär-Rangliste befindet sich die Schule nach wie vor in Berlin. — **E. B. 6.** Die fraglichen Schornsteine sind von innen gemauert. — **Frau Voß, Reinickendorf-Ost.** In Berlin NW 6, Unterbaumstr. 7, Sprechstunden Montag und Freitag von 4–7½ Uhr, Sonntags von 9–12. — **Bruno.** 24 Jahre alt. — **L. Z. 30.** Das Gesuch müssen Sie an die Direktion der Königlichen Charité richten. — **G. W. 1864.** Benutzen Sie die Reichsbank, Jägerstraße, und die Königliche Seehandlung in der Jägerstraße, Ecke Markgrafenstraße. — **H. Gl.** Ja.

Amtlicher Marktbericht der städtischen Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. **Marktlage:** Fleisch: Zufuhr genügend, Geschäft rege, Preise unverändert. Wild: Zufuhr genügend, Geschäft lebhaft, Preise behauptet. Geflügel: Zufuhr über Bedarf, Geschäft nicht lebhaft genug, Preise wenig verändert. Fische: Zufuhr genügend, Geschäft ziemlich lebhaft, Preise anziehend. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Südfrüchte: Zufuhr genügend, Geschäft schleppend, Preise gedrückt.

Witterungsübersicht vom 6. November 1908, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.
Swinemünde	761	W	4	wolkig	9	Haparanda	760	W	2	halb bd.	−5
Hamburg	768	WNW	2	wolkenl	−1	Petersburg	752	NW	2	wolkig	−5
Berlin	765	WNW	3	wolkenl	−1	Scilly	769	O	4	wolkig	11
Frankf. a. M.	765	O	1	Nebel	−0	Aberdeen	766	OSO	1	bedeckt	8
München	765	NW	2	bedeckt	−1	Paris	764	NO	2	wolkenl	−2
Wien	764	SW		Nebel	0						

Wetterprognose für Sonnabend, den 7. November 1908.
Kalt, vielfach heiter, aber noch veränderlich, bei ziemlich frischen nördlichen Winden; keine erheblichen Niederschläge.

Berliner Wetterbureau.

Alles auf Kredit!

Möbel
Ganze Einrichtungen
Wochen-Rate 1 M. an

Elegante Herren- u. Damen-Garderobe
Wochen-Rate 1 M. an

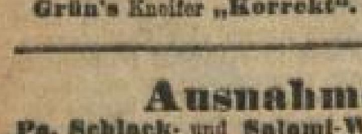
S. Gottlieb, Rosenthalerstrasse 54

Weltbekannt sind Rathenower Augengläser.

Echt Rathenower Brillen 1,00
Pincenez (echt Nickel) M. 1,50
" Doublé . . . 5,00
" Gold 12,00
" Schildpatt . . 4,50

Opern- u. Reisegläser von 6 M. an.

Barometer, garant. gute Werke, von 6,00 an



Grün's Kneifer „Korrekt".

A. Grün, Optiker,
Brunnen-Straße 4
— am Rosenthaler Tor. —

98 **Greift zu!** 98

den besten

Monatsanzüge . . . v. 9.50 M
Abonnementsanzüge . „ 13.00 „
Pfandleihanzüge . . „ 11.00 „
Partieanzüge . . . . „ 12.00 „
Gehrockanzüge . . . „ 14.50 „
Anzüge, Ersatz f. Maß „ 20.50 „
Winterpaletots . . . „ 9.50 „
Hosen . . . . „ 2.00 „
Warme Winterjoppen . „ 6.00 „

Moldauer
98 Gr. Frankfurter Str. 98
im Laden (am Strausberger Platz).
— Straßenbahn-Vergütung. —

Ausnahme-Preise!
Pa. Schlack- und Salami-Wurst à Pfund 1.00 Mark, sowie sämtliche Gänse-Artikel!
Frisches Gänsefleisch ohne Keulen à Pfd. 40 Pf.
Frisches Gänsefleisch mit Keulen à Pfd. 70 Pf.
Täglich große Auswahl in Oderbrucher Fettgänsen, Stopfgänsen, Gänseklein usw.
Hermann Leißner, Berlin C.
Klosterstraße 93 u. Kaiser-Wilhelm-Straße 11.

Dr. Simmel
Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz,
10–2, 5–7. Sonntags 10–12, 2–4

Warme, gefütterte
Winter-Joppen
Schutz gegen Erkältung
Spezialitäten unserer Fabrikation
Vorzügliche Lodenstoffe. Praktische Fassons mit doppeltem, breitem Brustüberschlag
Tausende Exemplare eigener Erzeugnisse
27.– 24.– 21.– 18.– 15.– 12.– 10.– 7.50 **6 M.**

Loden-Hüte
Originelle, auffallend billige Angebote. Unverwüstliche Loden, absolut wetterfest
M. 3.40 ◻ ◻ M. 2.40

Pelz-Joppen
Nur eigene Erzeugnisse
Starke Lodenstoffe mit verschiedenst. Pelzfutter
50.– 45.– 36.– 27.– **15 M.**

Baer Sohn
Spezial-Haus größten Maßstabes
Chausseestraße 29 30 ▪ 11 Brückenstraße 11
Gr. Frankfurter Str. 20
Der Hauptkatalog No. 35 (Neueste Moden 1908-09) auf Wunsch kostenlos u. portofrei.
Immerwährender Kalender an Kunden umsonst.

Oeffentliche politische Versammlungen.

Los von der Kirche

und der nicht Kirchensteuer bezahlenden Geistlichkeit.

Vortrag vom

Landtags-Abgeordneten Adolf Hoffmann.

Volksversammlung

am Sonntag, den 8. November 1908, mittags 12 Uhr,

in der „Neuen Welt", Hasenheide.

Freie Diskussion, besonders für alle Gegner.

Zur Deckung der Unkosten 10 Pf. Entree.

62/6* **Der Einberufer.** A. Harndt, Rüdersdorfer Str. 45.

---

6. Wahlkreis. Moabit.

Sonntag, den 8. November 1908, abends 6½ Uhr, in den „Prachtsälen Nord-West", großer Saal:

Volksversammlung

für Männer und Frauen.

Tagesordnung: 1. „Wer bezahlt die 500 Millionen neue Steuern?" Referent: Reichstagsabgeordneter **Lehmann-Wiesbaden.** 2. Diskussion.

Nachdem: **Gemütliches Beisammensein mit Tanz.**

230/16* **Der Einberufer:** Max Vieth, Wiclefstr. 23.

Sonntag, den 8. November, abends 7 Uhr (Eröffnung 6 Uhr), im Restaurant „Lebensquelle", Kommandantenstr. 20:

Oeffentl. politische Versammlung.

Thema:

100 Jahre unter der Gesindeordnung.

Referent: Redakteur **Paul John.**

Nach dem Vortrage: Freie Aussprache.

Zum Schluß: **Gemütliches Beisammensein mit Tanz.**

Dienstboten! Erscheint in Massen, protestiert gegen das Ausnahmegesetz!

292/8 **Die Einberuferin: Ottilie Baader,** Blücherstr. 14.

Deutsch. Transportarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin II.

Achtung! Mitglieder aller Branchen.

Am **Sonntag, den 8. November,** finden nachstehende

Versammlungen mit Frauen

statt. Für die **Rollkutscher, Begleiter und Bodenarbeiter Branchen-Versammlung** vormittags 10 Uhr, in **Boekers** Festsaal, Weberstr. 17.

Tages-Ordnung:

1. Die Bedeutung der diesjährigen Gewerbegerichtswahlen. Referent: Kollege **Paul Liebenow.** 2. Diskussion. 3. Geschäftliches.

Für die Mitglieder aus

sämtlichen Bierbrauereien Berlins und Umgegend!

abends 6 Uhr, im „Englischen Garten", Alexanderstr. 27c:

Versammlung mit Frauen.

Tages-Ordnung:

1. **Die neuen Steuervorlagen unter besonderer Berücksichtigung für das Braugewerbe.** Referent: Reichstagsabgeordneter **Fritz Zubeil.** 2. Diskussion. 3. Geschäftliches.

Für die Mitglieder und deren Frauen der Bezirke Norden und Nordwesten

abends 6 Uhr in den „**Pharus-Sälen**", Müllerstraße 142:

Großer astronomischer Vortrag

„Eine Wanderung durch das Weltall"

ausgestattet mit über 100 Lichtbildern.

Vortragender: Herr **Dr. Archenhold,** Direktor d. Treptow-Sternwarte.

Eintritt pro Person 40 Pf.

Nach dem Vortrag: **Tanz.**

Billetts sind bei den Vertrauensleuten und Beitragskassierern zu haben.

Fräse-, Hobel- u. Schneidemühlenkutscher sowie Hilfsarbeiter Berlins und Umg.

Montag, den 9. November, abends 8½ Uhr:

Branchen-Versammlung

im Gewerkschaftshaus, Engelufer 15, Saal III.

Tages-Ordnung:

1. „Die Gewerbegerichte und ihre Bedeutung für die Arbeiter." Referent: Kollege **Emil Riedel.** 2. Diskussion. 3. Geschäftliches.

Mitglieder aller Branchen.

Donnerstag, 12. November, abends 8½ Uhr:

Versammlung mit Frauen

in **Kellers Neue Philharmonie, Köpenickerstr. 96/97** (gr. Saal).

Tages-Ordnung:

1. **Die Konsum-Genossenschaften und ihre Bedeutung für die arbeitende Klasse.** Referent: Genosse **Paul Göhre.** 2. Diskussion. 3. Die Gewerbegerichtswahlen und Geschäftliches.

Kolleginnen und Kollegen! Wir erachten es für Eure Pflicht, daß Ihr für einen wirklich guten Besuch dieser Versammlungen agitieren werdet.

57/9 **Verwaltung II. J. A.: Albert Nibeß.**

Orts-Krankenkasse für Ober-Schöneweide.

Dienstag, den 17. November cr. abends 6 Uhr, im Restaurant von **Warnecke,** Wilhelminenhofstr. 19:

Ordentliche General-Versammlung der Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer.

Tagesordnung:

1. Berichterstattung über die Jahresversammlung der Ortskrankenkassen in Braunschweig.
2. Wahl der Revisoren zur Prüfung der Jahresrechnung für 1908.
3. Mitteilungen des Vorstandes.
4. Verschiedenes.

Vor der gemeinsamen Versammlung findet die Wahl eines Vorstandsmitgliedes von seiten der Arbeitgeber statt (Ersatz für Dobslaw bis 1911).

Nach der gemeinsamen Versammlung findet die Wahl zweier Vorstandsmitglieder aus den Reihen der Arbeitnehmer statt (Ersatz für Albers und Rodenbusch bis 1911).

Einladungskarte legitimiert.

Ober-Schöneweide, den 4. November 1908. 278/2

Der Vorstand.

R. Schwarzburger, Vorsitzender.
H. Rodenbusch, Schriftführer.

Billig! Reell!

Invalidenstr. 185

Robert Bohn

Bessere

Herren-Garderoben

Riesen-Auswahl.

Spottbillig

fertig u. nach Maß.

Joppen! Hosen!

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Sonntag, den 8. November:

Urabstimmung

über den Antrag, die zukünftigen Generalversammlungen aus Delegierten zusammenzusetzen,

in folgenden Lokalen:

1. **Habels Brauerei,** Bergmannstr. 5—7.
2. **Märkischer Hof,** Admiralstr. 18c.
3. **Krumbein,** Schönleinstr. 6.
4. **Reichenberger Hallen,** Reichenberger Str. 147.
5. **Mix,** Skalitzer Str. 59 (am Schlesischen Tor).
6. **Andreas-Festsäle,** Andreasstr. 21.
7. **Litfin,** Memeler Str. 67.
8. **Wildner, Friedrichsberg,** Friedrich-Karl-Str. 11.
9. **Boeker,** Weberstr. 17.
10. **Obiglo,** Schwedter Str. 23.
11. **Raabe,** Kolberger Str. 23.
12. **Lamprecht,** Puttlitzstr. 10.

Die Abstimmung beginnt um 9 Uhr vormittags und endet um 12 Uhr mittags.

Die Stimmzettel werden in den Abstimmungslokalen ausgegeben. Jedes Mitglied muß persönlich zur Abstimmung erscheinen und als Legitimation das Mitgliedsbuch vorzeigen. **Ohne Mitgliedsbuch wird niemand zugelassen.**

Die Abstimmung kann jeder Kollege in dem Lokale ausüben, welches für ihn am bequemsten zu erreichen ist.

Die Werkstattvertrauensleute werden ersucht, den Kollegen die Mitgliedsbücher auszuhändigen.

92/18* **Die Ortsverwaltung.**

Die Beiträge können die Vertrauensleute am Sonnabend entgegennehmen und am Montagabend von 5—7 Uhr an die Beitragsammler abliefern. Die Beitragsammler werden ersucht, am Sonnabend und im Montag zu kassieren.

Die Ortsverwaltung.

Sonntag, den 8. November, abends 5 Uhr, im „Rosenthaler Hof", Rosenthalerstr. 11/12:

Oeffentliche Versammlung der Stellmacher mit Frauen.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag der Genossin **Martha Ferke** über: „Das Familienleben der Arbeiterschaft in der heutigen Kulturperiode". 2. Diskussion.

Im Anschluß an diese Versammlung: **Gemütliches Beisammensein mit Tanz.** Zahlreiches Erscheinen insbesondere der Frauen erwartet

Die Kommission.

Ortskrankenkasse der Vergolder u. Berufsgenossen.

Montag, den 16. Nov. 1908, abends 8—9 Uhr, **im Gewerkschaftshaus, Saal 7, I:**

Wahlversammlung der Arbeitnehmer,

wozu sämtliche Kassenmitglieder über 21 Jahr eingeladen sind.

Tages-Ordnung:

Wahl von 80 Vertretern für das Jahr 1909.

Mitgliedskarte legitimiert.

In demselben Lokal und Tage von 9—9½ Uhr:

Wahlversammlung der Arbeitgeber,

wozu sämtliche Arbeitgeber, welche Beiträge aus eigenen Mitteln leisten, eingeladen werden.

Tages-Ordnung:

Wahl von 40 Vertretern für das Jahr 1909.

Nach den Wahlen findet für Arbeitgeber und Arbeitnehmer gemeinsam ein **Vortrag** des Herrn **Dr. Ascher** über: **„Berufs- und Nervenkrankheiten"** statt.

Montag, d. 30. Nov., ab. 8 Uhr im Gewerkschaftshaus, Saal 8, part.:

General-Versammlung der Vertreter der Arbeitgeber u. Arbeitnehmer.

Tages-Ordnung:

1. Bericht des Vorstandes.
2. Neuwahl des Vorstandes (3 Arbeitgeber, 6 Arbeitnehmer).
3. Wahl von 3 Ausschußmitgliedern zur Prüfung der Jahresrechnung 1908.
4. Ersatzwahl von Krankenbesuchern.
5. Verschiedenes.

Delegiertenkarte legitimiert.

Zahlreichen Besuch erwartet

278/7 **Der Vorstand.**

Bekanntmachung.

Orts-Krankenkasse Weißensee.

Generalversammlung der Vertreter

am Montag, 16. November, abends 8 Uhr, im Restaurant „Zum Prälaten", hier, Lehderstr. 122.

Tagesordnung:

1. Allgemeiner Bericht des Vorstandes.
2. Nochmalige Abänderung der §§ 12, 17 und 61 der neuen Kassensatzung.
3. Wahl der Rechnungsprüfungskommission (2 Arbeitnehmer, 1 Arbeitgeber).
4. Ergänzungswahl des Vorstandes (3 Arbeitnehmer, 2 Arbeitgeber).
5. Verschiedenes.

Eventuelle Beschwerden gegen die Geschäftsführung werden in der Generalversammlung nur beantwortet, wenn diese mindestens drei Tage vor derselben im Kassenlokal schriftlich abgegeben werden.

Zum Eintritt berechtigt sind nur die mit Legitimationskarte versehenen Vertreter.

Weißensee, 5. November 1908.

Der Vorstand der Orts-Krankenkasse für den Gemeindebezirk Weißensee.

Fuhrmann, Vorsitzender.

Dr. Schünemann

Spezial-Arzt für 45692*

Haut- und Harnleiden, Frauenkrankheiten.

Friedrichstr. 203, Ecke Schützenstr. 10—2, 5—7. Sonnt. 10—12 Uhr.

Gratis!!

Eine **hochelegante bunte Weste**

erhält jeder Herr beim Einkauf eines

Paletots oder **Anzuges.**

Die bei mir bestellten Maßsachen werden nicht im Engrosgeschäft, sondern von erstklassigen Maßarbeitern gefertigt.

Durch große Fachkenntnisse und geringe Unkosten ist es mir möglich, dem verehrlichen Publikum nur gute und reelle Waren zu staunend billigen Preisen zu liefern.

Keine Engros-Arbeit, sondern jedes Stück sauber und gut genäht.

Geschäftsprinzip:

Stets das Neueste!
Haltbare Stoffe!
Gute Zutaten!
Beste Verarbeitung!
Streng feste Preise!

Berliner Straße 11 am Hermannplatz — **J. Lehrer** — **Berliner Straße 11** am Hermannplatz

früher in Firma **Leske & Lehrer**

Spezialhaus vornehmer Herren- und Knabenbekleidung

fertig und nach Maß.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis:	Verwaltungsstelle Berlin.	Hauptbureau:
Hof I. Amt 3, 1239.	Charlottenstraße 3.	Hof III. Amt 3, 1987.

Montag, den 9. November 1908:

Bezirks-Versammlungen

für die

gesamte Verwaltungsstelle Berlin

in folgenden Lokalen:

1. **Norden: Bockbrauerei,** Chausseestr. 64, abends 8 Uhr.
2. **Norden: Obiglo,** Schwedter Str. 23, abends 8 Uhr.
3. **Norden: Frankes Festsäle,** Badstr. 19, abends 8 Uhr.
4. **Moabit: Brünings Prachtsäle,** Wiclefstr. 24, abends 8 Uhr.
5. **Charlottenburg: Volkshaus,** Rosinenstr. 3, ab. 8 Uhr.
6. **Steglitz: Warendorf,** Gr.-Lichterfelde, Beckestr. 22, abends 8 Uhr.
7. **Süden: Gewerkschaftshaus,** Engelufer 15, ab. 8 Uhr.
8. **Osten-Lichtenberg: Litfin, Memeler Str. 67,** ab. 8 Uhr.
9. **Stralau-Rummelsburg:** Im Lokal Markgrafendamm 34, abends 8 Uhr.
10. **Weißensee: Roßkopf,** Königchaussee 38, abends 8 Uhr.
11. **Ober-Schöneweide:** Im Lokal **Hasselwerder,** abends 5½ Uhr.
12. **Köpenick: Gesellschaftshaus,** Friedrichshagen, Friedrichstraße 69, abends 8 Uhr.
13. **Tegel: Trebesch,** Bahnhofstr. 1, abends 6 Uhr.
14. **Spandau: Böhle,** Havelstr. 20, abends 8 Uhr.
15. **Westen-Schöneberg: Zühlke,** Dennewitzstr. 18, ab. 8 Uhr.

Tages-Ordnung in allen Versammlungen:

1. **Stellungnahme zur bevorstehenden Generalversammlung.**
2. **Die bevorstehenden Gewerbegerichtswahlen.**

Zum Punkt 2 sind folgende Referenten vorgesehen:

Brückner, Behrend, Fendel, Handke, Hartmann, Horn, Körsten, Link, Massini, Ritter, Rehbein, Siering, Thurow, Zeiske, Zernicke.

Außerdem ist für **Rixdorf** besonderer Umstände wegen am **Dienstag, den 10. November,** eine Bezirksversammlung mit dem obigen Thema vorgesehen und zwar im Lokal

Hoppe, Hermannstr. 49, abends 8 Uhr.

Zu allen diesen Versammlungen ist der Zutritt nur gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches gestattet.

Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Die Metallarbeiter-Notiz-Kalender für 1909 sind erschienen und zum Preise von 60 Pf. pro Stück im Bureau und bei allen Bezirkskassierern zu haben.

Wahllegitimationen für die Gewerbegerichtswahlen sind im Bureau zu haben.

124/10 **Die Ortsverwaltung.**

Steinarbeiter!

Sonntag, den 8. November, vormittags 10 Uhr, in den „**Arminhallen**", Kommandantenstr. 58/59:

Außerordentl. Mitglieder-Versammlung beider Filialen (I und II):

Tages-Ordnung:

Stellungnahme zur Verschmelzung beider Filialen und zur Anstellung eines Ortsbeamten.

Jeder organisierte Kollege ist verpflichtet, an dieser wichtigen Beratung teilzunehmen. 172/8*

Mitgliedsbuch legitimiert.

Die Ortsverwaltungen Berlin I und II.

Blitz-Schnell

kommt man mit der Hochbahn zu **Weingarten,** Gitschinerstr. 72. Station im Hause. Haltestelle Prinzenstraße. Empfiehlt:

1 Posten Monats-Anzüge, 1 Posten Monats-Paletots, 1 Posten Monats-Beinkleider zu staunend billigen Preisen,

auch für korpulente Herren passend.

Dieselben sind von feinen Kavalieren und Reisenden, die nur einen Monat ihre Garderobe tragen. 48592*

Fahrgeld wird vergütet. ● Bitte auf Hausnummer zu achten.

A. JANDORF & Co

Spittelmarkt | Belle Alliancestrasse | Grosse Frankfurterstrasse | Brunnenstrasse | Kottbuser Damm

Wir geben unseren Kunden schon jetzt Gelegenheit zum besonders billigen Weihnachts-Einkauf und verabfolgen trotz billigster Preise bei Einkäufen auch noch die

Doppelte Anzahl Rabattmarken

Von dieser Vergünstigung sind nur wenige Artikel ausgeschlossen.

Die verpfändet gewesenen Waren

im Betrage von 74 000 M., bestehend in

Herren- u. Knaben-Anzügen, Joppen, Paletots u. Hosen

wegen vollständiger Auflösung

des Konfektionshauses

Blitz

der Firma **E. Süsskind & Co.**

gelangen folgende Waren bis zu

50 % unter Preis zum Verkauf

Kinder-Hosen, Buckskin	Stück	52 Pf.	Kinder-Anzüge	Stück	1,85
Kinder-Joppen, warm gefüttert	„	1,80 an	Kinder-Paletots	„ v.	2,60 an
Burschen-Hosen, Buckskin	„	1,10	Burschen-Anzüge	„	3,40 „
Burschen-Joppen	„	2,20 „	Burschen-Paletots	„	3,60 „
Herren-Hosen, Buckskin	„	1,80 „	Herren-Joppen	„	3,85 „
Herren-Anzüge, Wert — 15 M. jetzt		7,85	Herren-Paletots Wert — 14 M. jetzt		8,—
Herren-Anzüge, „ 21 „	„	12,50	Herren-Paletots „ 20 „	„	13,—
Herren-Anzüge, „ 30 „	„	17,50	Herren-Paletots „ 28 „	„	17,75
Herren-Anzüge, „ 36 „	„	21,—	Herren-Paletots „ 34 „	„	22,10
Herren-Anzüge, „ 42 „	„	26,—	Herren-Paletots „ 42 „	„	28,—
Herren-Anzüge, „ 50 „	„	32,—	Herren-Paletots „ 55 „	„	34,—

Nur noch kurze Zeit! So lange der Vorrat reicht!

Bei Einkauf eines Herren-Paletots von 28,— M. an bei Vorzeigung der Annonce

Gratis! 1 Herren-Anzug. Gratis!

85 Chausseestr. 85 | 137 Gr. Frankfurter Str. 137
24 Kottbuser Damm 24 | 9 Rosenthalerstr. 9, Ecke Auguststr.
Schöneberg, 10 Hauptstr. 10

Pelzwaren,

tadelloser Sitz! Prima Felle. Beste Arbeit! Billigste Preise!

Hüte. Schirme. Wäsche. Handschuhe. Krawatten.

Gottmann,

Frankfurter Allee 118a.
Gr. Frankfurter Straße 130.
Frankfurter Allee 162.
Landsberger Straße 73.

Nathan Wand

129 Stalitzer Str. 129.
Die schönsten 4096*
Herren-Winter-Paletots und Anzüge in neu sowie speziell
Monats-Garderobe
vorkatalierten getragene Sachen, fast neu, für jede Figur passend, speziell Bauchanzüge sind in großer Auswahl stets zu staunend billigen Preisen zu haben.

Nathan Wand
129 Stalitzer Str. 129.
Hochbahnstation Kottbuser Tor.
Bitte auf Hausnummer zu achten.

Restaurant,

gutgehendes, sichere Existenz, auf dem Gesundbrunnen, abzugeben. Offerten G. M., Postamt Pankow.

Ziehung nächste Woche Dienstag!

1. Frankfurter Pferde-Lotterie

Gew. i. W. v. zus. Mk.

15000

1 Hauptgewinn i. w. v. Mk. 5000, 1 Hauptgewinn i. w. v. Mk. 2000,
1 Hauptgewinn i. w. v. Mk. 1000 usw. usw. Kleinster Gewinn i. w. v. Mk. 5

Lose à 50 Pf., 11 Lose nur 5 Mk. (Porto und Gewinnliste 20 Pf. extra) sind in allen Lotteriegeschäften und den durch Plakate kenntlichen Verkaufsstellen zu haben sowie beim

General-Debit **Paul Steinberg & Co.** G. m. b. H., Bankgeschäft,
4910L*] **Berlin C. 54, Rosenthaler Straße 11-12.**

MANOLI Cigarettes

Abbas 3 Pfg. Chic 4 Pfg. Gibson Girl 5 Pfg.

Billigste Bezugsquelle

für Drogen, Farben, Parfümerien.

Alle Artikel zur Krankenpflege.

Irrigatoren, kompl. von 1 M. an. **Clysos** von 2 M. an.
Streichfertige **Farben und Lacke** in großer Auswahl.
Vorzeiger dieser Annonce erhält 5 Proz. Extrarabatt.

Mariendrogerie **Johannes Fischer,**
Koppenstr. 44 und Richthofenstr. 26.

Problem

Warenhaus

Wilhelm Stein

Berlin N., Chausseestrasse 70-71.

Von Sonnabend, den 7. bis Dienstag, den 10. November cr., solange Vorrat:

Vorzugspreise in Lebensmitteln

Rotwurst	Pfund	48 Pf.	Pr. Thür. Schlackwurst	Pfund	1.50	Delikatess-Schinken	Pfund	1.20
Zwiebel-Leberwurst	Pfund	48 Pf.	Pr. Schinkenwurst	Pfund	1.20	Lachsschinken	Pfund	1.50
Delikatess-Rotwurst	Pfund	75 Pf.	Schlackwurst	Pfund	1.10	Schinkenspeck	Pfund	1.00
Mettwurst Braunschweiger Art	Pfund	93 Pf.	Salamiwurst	Pfund	1.10	Gekochter Schinken	½ Pfund	35 Pf.
Berliner Mettwurst	Pfund	60 Pf.	Gänsebrust geräuchert	Pfund	1.50	Wiener Würstchen	2 Paar	25 Pf.

Eisbein (Spitzbein) . . . . Pfund **25** Pf. | **Kassler Rippespeer** . . Pfund **72** Pf | **Eisbein** (Dickbein) Pfund **55** Pf

Unsere Spielwaren-Ausstellung ist eröffnet und bitten wir um Besichtigung ohne jeden Kaufzwang!

Sonnabends bis 9 Uhr geöffnet.

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Moderne Irrenhausfolter.

In ein düsteres Kapitel aus einem Irrenhause führte eine umfangreiche Verhandlung, die gestern vor der dritten Strafkammer des Landgerichts I verhandelt wurde.

Angeklagt ist der Chefredakteur der „Zeit am Montag" **Karl Schneidt.** Unter der Ueberschrift **„Moderne Irrenhausfolter"** brachte die „Zeit am Montag" in ihrer Nummer vom 25. November 1907 einen Artikel, in welchem die Leidensgeschichte des Beuthener Fabrikbesitzers und Stadtverordneten Emanuel Lubecki geschildert und kritisch beleuchtet wurde. Durch den Artikel fühlten sich der Geh. Sanitätsrat Dr. Alter von der Provinzial-Irren- und Pflegeanstalt Leubus, der Oberarzt Dr. Kunowski, der Direktor Dr. Alter und die Beamten, die mit der Bearbeitung der Angelegenheiten der Anstalt betraut sind, beleidigt. Als Sachverständige wohnen Geh. Medizinalrat Dr. Moeli, Medizinalrat Dr. Hoffmann und Medizinalrat Dr. Leppmann der Verhandlung bei. In dem Artikel wird dargelegt, daß der Fall Lubecki ein Schulbeispiel dafür sei, wie noch im zwanzigsten Jahrhundert im aufgeklärten Deutschland hochangesehene Leute, die vermögend sind, aber Feinde haben, durch ein Komplott ihrer Widersacher ins Irrenhaus gesperrt und dort widerrechtlich lange Zeit festgehalten werden können. Lubecki, so wird erzählt, lebte seit einiger Zeit mit seiner Familie in Unfrieden; die Familienzwistigkeiten hätten sich zum Konflikt zugespitzt, als Lubecki immer mehr zu der später angeblich bestätigten Meinung zuneigte, daß seine um 13 Jahre jüngere Ehefrau die Hand im Spiele habe, ihm die Treue breche und ihn auf gute Manier los sein wolle. Nun habe sich ein Komplott gegen ihn gebildet, und der durch den ewigen Familienärger und durch geschäftliche Fehlschläge etwas unvorsichtig gewordene Lubecki sei durch listige Vorspiegelungen durch die Mitglieder des Komplotts

angeblich in eine „Erholungsanstalt", in Wahrheit aber in die Leubuser Provinzial-Irrenanstalt gebracht worden.

Er habe fünf Monate lang entsetzliche Torturen ausgehalten. Er sei völlig gesund gewesen, man habe ihm mit großer Hartnäckigkeit einen schweren Krankheitszustand förmlich suggeriert. Um ihn kirre zu machen, habe man ihn oft

drei bis fünf Stunden im Wasserbad

zubringen lassen, einmal sogar

volle 13 Stunden

hintereinander usw. Man habe, um ihn festzuhalten, sich über gesetzliche Bestimmungen einfach hinweggesetzt, und er habe die unglaublichsten Torturen aushalten müssen, bei denen ein Angekränkelter wirklich verrückt hatte werden müssen. Schließlich seien die Anstaltsleiter selbst in eine Falle gegangen, ein **Bruder des Herrn Lubecki** habe diesen dadurch befreit, daß er energisch aufgetreten sei und mit dem Staatsanwalt gedroht habe. Nach seiner Befreiung aus der Anstalt Leubus, in welcher der maßgebende Oberarzt der Schwiegersohn, und der erste Assistenzarzt der Sohn des Direktors sei, so daß man die Anstalt im Volke unter Anlehnung an den Namen der beiden leitenden Aerzte **Altersversorgungsanstalt** nenne, habe Lubecki mit großer Energie seine Rehabilitierung betrieben. Von einer ärztlichen Autorität sei ihm attestiert worden, daß er vollständig gesund sei und insbesondere niemals paralytisch war. Lubecki, der noch am Tage vor seiner Internierung als Schöffe seines Amtes gewaltet habe, habe alsdann massenhafte Beweise für seine völlige geistige Gesundheit gesammelt, er habe eine Beschwerde nach der anderen losgelassen, sei an die höchsten Gerichtsbehörden gegangen, bis hinauf zum Minister — aber alles vergeblich! An die tatsächliche Darstellung des Falles knüpfen sich Betrachtungen über die schweren Schäden unserer Irrenpflege.

Der **Angeklagte** erklärte, daß er den **Wahrheitsbeweis** für die tatsächlichen Angaben des Artikels antrete und keineswegs die Absicht der Beleidigung gehabt habe, sondern nur an einem eklatanten Fall die

Reformbedürftigkeit unserer Irrenpflege

darlegen und auf Abstellung der furchtbaren Mißstände hinwirken wollte. Als erster Zeuge wird der

Fabrikbesitzer Emanuel Lubecki,

ein 51jähriger Mann, vernommen, der jetzt noch **Stadtverordneter in Beuthen** ist. Aus seiner Darstellung ist zu entnehmen, daß sein Bruder ihm seine geschäftlichen Erfolge nicht gegönnt und ihm wiederholt den Rat gegeben habe, seine Geschäfte aufzugeben. Zuletzt hat er eine **Kissenfabrik** betrieben, wobei er von einem Verlust nach dem anderen betroffen worden war. Es hatte sich infolgedessen eine gewisse **Nervosität** bei ihm eingestellt, die seit Ankunft des Geschäftsführers Dieterichs, den er angestellt hatte, noch größer wurde. Nach seinen Wahrnehmungen habe seine **Frau** Gefallen an Dieterichs gefunden, er habe der Frau wiederholt Vorhaltungen und Vorwürfe gemacht, es sei darüber zu lebhaften Auseinandersetzungen gekommen und es hätten sich darüber schwere Familienzwistigkeiten entwickelt, bei denen der **Bruder Paul, der auch bei einer Stadtverordnetenwahl als Konkurrent gegen ihn unterlegen gewesen, immer gegen ihn gewühlt und geschürt habe.** Es sei wiederholt zu **Eifersuchtsszenen** gekommen und bei einer solcher habe er am 10. Juli, am Geburtstage seines Sohnes, seiner Frau eine Ohrfeige gegeben. Die Spannung zwischen seinen Familiengliedern und ihm sei immer größer geworden und sein Bruder habe ihm schon einmal brieflich **gedroht,**

„ihm Quartier in einem Irrenhause zu besorgen, da er anscheinend verrückt geworden sei."

Am 5. September sei hinter seinem Rücken ein Familienrat abgehalten worden. Dann sei der **Medizinalrat Laroche** zu ihm gekommen und haben ihm gesagt: „Sie arbeiten Tag und Nacht und tun für Ihre Gesundheit gar nichts. Gehen Sie doch einmal zu Ihrer Erholung nach Leubus!" Auf seinen Einwand, daß er doch nicht in ein Irrenhaus gehe, habe der Medizinalrat gesagt:

„Ach, das ist ja kein Irrenhaus, das ist ja ein Pensionat!"

Es wurde dann, so fährt der Zeuge weiter fort, nach Leubus telegraphiert, ob im „Pensionat" ein Platz frei sei und da eine bejahende Antwort kam, ging ich dorthin, nachdem ich vorher in voller Geistesklarheit meine geschäftlichen Dispositionen getroffen hatte. Als ich nach Leubus kam, war im Sprechzimmer der **Oberarzt Dr. Kunowski** da. Ich war natürlich in gedrückter Gemütsstimmung, ich war erregt über die häuslichen Zwistigkeiten und über das Schicksal, dem mein Geschäft vielleicht in meiner Abwesenheit anheimfallen könnte und weinte. Der Oberarzt fragte mich, ob ich aufgenommen werden wolle, und **da ich keine Ahnung hatte,** daß es sich um **ein Irrenhaus** handele, bejahte ich. Dann merkte ich, daß hinter mir abgeschlossen wurde. Ich wurde in ein Zimmer gebracht, in welchem Schwerkranke untergebracht waren. Da sagte ich zum Wärter: **„Um Gotteswillen, wo hat man mich denn hingebracht? Ich gehöre doch nicht hierher!"** Der Wärter aber beruhigte mich und sagte: „Legen Sie sich nur hin!" Um ½3 Uhr **kam Herr Dr. Alter junior** und legte mir einige Fragen vor, die ich alle durchaus richtig und klar beantwortete. Ich wollte ihm 1000 M. Belohnung geben, wenn ich eine einzige Frage falsch beantwortete. Dann wurde ich ins Bad gesteckt. Vier Tage nach der Internierung kam ich in ein Extrazimmer ohne Beobachtung. Vorher hatte ich fortgesetzt mit Schwerkranken zusammen in einem Zimmer verweilen müssen. Ich habe dann dem Dr. Alter jun.

wiederholt das Verlangen nach Entlassung aus der Anstalt

ausgesprochen, erhielt aber zur Antwort: **„Ach, Sie können mir viel erzählen, Sie bleiben hübsch hier!"** Ich mußte mich bescheiden, denn ich hatte bei anderen Anstaltsinsassen gesehen, daß einer, der **sich nicht fügt, von vier bis sechs Männern gepackt und ins Bett** gebracht wurde. Am 15. lag ich auf einem Rohrstuhl vor dem Anstaltsgebäude, da kam der **Mann, den ich zur Wahrnehmung meines Geschäfts** während meiner Abwesenheit eingesetzt hatte und sagte mir, daß man ihn **hinausgeworfen** habe und Herr Dieterichs wieder dominiere. Als ich darüber sehr erregt wurde und wieder

verlangte, herausgelassen zu werden,

hieß es:

Ins Wasser!

Bis zum 18. bin ich eigentlich immer nur vom Bett ins Wasser und vom Wasser ins Bett gekommen. Eines Tages trat Dr. **Alter jun.** zu mir heran und sagte zu mir: Ich werde Ihnen einen väterlichen Rat geben: **Lassen Sie sich entmündigen!** Als ich mich entschieden weigerte, sagte er:

„Sie werden schon zahm werden! Hier wird alles folgsam und zahm!"

Darüber wurde ich nun in der Tat aufgeregt. Am 27. sah ich den **Geh. Rat Dr. Alter,** der bis dahin auf Urlaub war, zum ersten Male. **Ich wollte mit ihm sprechen, er winkte aber ab.** Dann kam ein Brief meines Bruders Paul, dessen Inhalt mich sehr erregte und mir den Gedanken an einen

Fluchtversuch

nahe legte. Ich verlangte, den Landeshauptmann sprechen zu dürfen, der **Dr. Alter jun.** aber antwortete: **„Ach, der versteht überhaupt nichts von solchen Dingen. Der Landeshauptmann hat hier nichts zu sagen, hier sind wir die Herren! Wir werden ja sehen!"** Aus dieser Bemerkung zog ich den Schluß, daß ich den Landeshauptmann überhaupt nicht sprechen solle, daß ich aus der Mausefalle, in welche man mich gebracht, überhaupt nicht mehr herauskommen solle. Da faßte ich den

Plan zur Flucht.

Durch List verschaffte ich mir die Rückfahrkarte nach Beuthen. Dann nahm ich die sich mir bietende Gelegenheit zur Flucht wahr; ich lief zur Tür hinaus, lief dann, was ich laufen konnte, wurde aber vom Türschließer verfolgt, dieser packte mich am Kragen und ich

wurde wieder zurückgebracht.

Daraufhin wurde ich wieder aus dem Einzelzimmer herausgenommen und in ein Gemeinschaftszimmer gesteckt. Daß ich durch diese Dinge sehr aufgeregt wurde, ist doch begreiflich. **Ich telegraphierte an meinen Schwager, an den Justizrat, an den Landeshauptmann, an den Minister des Innern, daß ich als geistig gesunder Mann in einer Irrenanstalt festgehalten werde; ich habe den geordneten Instanzenzug vollständig innegehalten, aber alle diese Telegramme sind nicht abgegangen.** Am 2. Oktober 1905 kam der **Landeshauptmann** der Provinz Schlesien, v. Richthofen, zur Inspektion in die Anstalt. Ich hatte mir vorgenommen, recht zurückhaltend zu sein, denn ein Wärter hatte mir einmal gesagt: **Machen Sie mit den Aerzten keine Geschichten, sonst kann es Ihnen hier bitter gehen!**

Die Bedeutung dieser Worte war mir ganz klar, denn ich dachte an das oft drei bis fünf Stunden währende Wasserbad! Einen Tag vor der Ankunft des Landeshauptmanns war ich aus dem Gemeinschaftszimmer in ein anderes Zimmer gebracht worden. Ich **verlangte, den Landeshauptmann zu sprechen. Dr. Alter jun.** aber sagte:

„Ja, Sie **wollen!** Sie haben nichts zu **wollen,** hier haben nur **wir** zu wollen!

Ich wurde dann

ohne Kleidung in einen verschlossenen Raum gesteckt,

bis der Landeshauptmann die Anstalt wieder verlassen hatte. Dann kam der **Geheime Rat Dr. Alter** zum ersten Male zum Besuch zu mir. Als ich ihm sagte: **„Ich gehöre doch nicht hier hinein,"** erhielt ich zur Antwort: „Das verstehen Sie nicht! Das verstehen wir Aerzte besser!" Am 4. **besuchte mich meine Frau,** die mir allerlei geschäftliche Mitteilungen machte, welche mich in Erregung versetzten. Am 7. schrieb ich einen langen Brief an meine Frau, in dem ich bat, sofort dafür zu sorgen, daß jemand in die Anstalt komme, um mich abzuholen. Ich gab ihr auch die Weisung, den Aerzten die geschäftliche Sachlage darzulegen, damit dich nicht eine falsche Vorstellung über meine Erregung bekamen. Am 9. kam meine Frau mit Herrn Dieterichs zu mir und **bot mir zu meiner Verwunderung an, daß ich mich entmündigen lassen sollte,** damit die Fabrik verkauft werden könnte. Dies hat mich natürlich sehr mißtrauisch gemacht.

Der Zeuge geht dann in aller Ausführlichkeit die einzelnen Stationen seiner Leidensgeschichte durch und schildert fast Tag für Tag seine Erlebnisse. Eines Tages sei der **Geheimrat Dr. Alter** zu ihm gekommen und habe ihn in ein **Gespräch über Politik** verwickelt. Der Geheimrat habe ihn um seine Ansicht über die heutige Kolonialpolitik befragt und dabei geäußert, es sei ein Jammer, daß das arme Volk so unter den Steuerlasten seufzen müsse, während das Geld für die Kolonien weggeworfen würde. Er habe auch den **Eindruck gehabt, daß ein Pfleger aus ihm eine Majestätsbeleidigung herauswinden wollte, damit man ihn dann mit Recht einsperren könne.** In unmittelbarer Nähe wären drei Pfleger postiert gewesen, die dann eine Zeugenrolle spielen sollten. Er habe sofort solche Gespräche abgebrochen, da die eigentliche Absicht zu klar zutage getreten sei. — Am 9. Oktober habe er einen **Brief an die Staatsanwaltschaft** geschrieben, in welchem er um seine Befreiung bat. Als er diesen Brief einem Wärter zeigte, habe ihm dieser geantwortet: **„Wenn Sie Geschichten machen, Sie wissen doch — die Bäder, die werden Sie schon beruhigen und zur Raison bringen!"** Zwei Tage später habe er einen zärtlichen Brief an seine Frau geschrieben, daß er sich nun nicht mehr in dem eifersüchtigen Wahn befinde und wegen der verschiedenen Dinge, die er in seiner Krankheit, die nun geheilt sei, begangen habe, um Entschuldigung bitte. Auf eine Frage des **Vorsitzenden,** ob dies denn auch seine wirkliche Anschauung gewesen wäre, erklärte der Zeuge, daß er selbstverständlich nur so getan habe, da er auf Lebenszeit in der Irrenanstalt eingesperrt worden wäre, wenn er seine wahren Gedanken geäußert hätte. Bald darauf habe ihn der Oberarzt Dr. Kunowski bei einem Spaziergang plötzlich angesprochen und ihm gesagt, sein Zustand gehe ja mit jedem Tage zurück. Er habe darauf geantwortet, er fühle sich so wohl, wie noch nie zuvor. Dr. Kunowski habe ihm darauf barsch geantwortet: **„Ja, das verstehen Sie nicht, das sehen nur wir Aerzte." Als Dr. Alter jr.** ihm eines Tages den **Vorschlag machte, sich entmündigen zu lassen,** sei er mißtrauisch geworden und habe sich absichtlich überall bemerkbar gemacht. So habe er oft verlangt in die Kirche geführt zu werden, weil er hoffte, in dem dort angestellten Kuratus **Witz** einen Schutz zu finden. Der Pfarrer sei sehr freundlich und liebenswürdig gewesen und habe auch auf seinen Wunsch sich an den Pfarrer Buchwald in Glogau schriftlich gewendet. Der Kurator sei dann plötzlich sehr kühl zu ihm geworden und habe ihm auf sein Verlangen das Antwortschreiben des **Pfarrers Buchwald** gezeigt. In diesem Briefe stand, daß er (Lubecki) ein vollständig unmoralischer Mensch sei, der keine Religion habe und auch keinen Schutz verdiene. Hieraus folgere er, daß der Pfarrer Buchwald ebenfalls von seiner Verwandtschaft beeinflußt worden sei. — Am 1. November habe ihn wieder **Dr. Alter jun.** auf einen Spaziergang angesprochen und ihn darauf aufmerksam gemacht, daß sein **linker Fuß** infolge des Gehirnleidens plötzlich **kürzer** geworden sein sollte. Er habe sofort geantwortet, daß schon bei seinem Vater eine geringe Verkürzung des linken Beines vorhanden gewesen wäre. Sein Vater wäre stets gesund gewesen und im Alter von 80 Jahren verstorben. Dr. Alter habe sich kurz umgedreht und gesagt: **„Na meinetwegen, amüsieren Sie sich gut!"** Am 2. November habe man ihm mitgeteilt, daß er voraussichtlich am 24. oder 25. November entlassen würde. Als er den Geheimrat Alter hiernach fragte, habe ihm dieser geantwortet, **so ohne weiteres werde in Leubus niemand entlassen, wenn er auch nur eine Kleinigkeit begehe, so bleibe er wieder hier und komme dann überhaupt nicht mehr heraus.** — Am 18. November schrieb Dieterichs an ihn, er könne kein Holz bekommen, da die russischen Eisenbahner streikten. Er sei darüber, daß sein Geschäft so zugrunde gehen sollte, sehr erregt geworden. Diese Erregung sei ihm als „Anfall" ausgelegt worden; auf Anordnung des Dr. Adler habe er dann **mehrere Stunden im Bade** zubringen müssen. Am Weihnachtsheiligabend habe er in seiner Gefangenschaft bittere Tränen geweint. Hätte er sich irgendwie anders benommen, so wäre er wieder in das Bad gesteckt worden. Von den vielen stundenlangen Bädern habe sich schließlich die Haut abgelöst und an den Waden hätten sich große offene Wunden gebildet. **Plötzlich** sei er auch

als Trinker

behandelt worden, obwohl er

stets Antialkoholiker gewesen

sei. Nach einem Besuche seines Bruders Serafin habe er verlauten lassen, daß er sich bei dem Landeshauptmann und der Staatsanwaltschaft beschweren wollte. Dr. Kunowsky habe darauf erwidert: „Uns kann es ja gleich bleiben, Sie sind ja **freiwillig zu** uns hergekommen." Als er sich an den Landtagsabgeordneten Geh. Justizrat und Verwalter der gräflich Schaffgotschen Güter Dr. **Stephan** brieflich um Hilfe gewendet hatte, sei ihm von Dr. Alter jun. dies als **„Rückfall"** angerechnet worden und er habe ihn nicht weniger als

13 Stunden in die Badewanne gesteckt.

Ein Wärter habe ihm hierbei erzählt, daß ein anderer Kranker sogar drei Tage und drei Nächte im Wasser gelegen habe. Bei der Aufnahme habe seine Frau angegeben, er sei starker Alkoholiker, während sie genau wußte, daß er beinahe Abstinenzler sei und höchstens bei Festlichkeiten ein Glas Wein trinke.

Der **Vorsitzende** geht noch des Näheren auf das Eheleben des Angeklagten ein und stellt aus den Ehescheidungsakten fest, daß der Zeuge sich in seiner Ehe mit seiner Frau etwa fünfmal in erregten Szenen geschlagen habe. Der Angeklagte behauptet, daß es unwahr sei, wenn gesagt werde, er habe seine Frau öfter mißhandelt. Er bestreitet, daß er eifersüchtig gewesen sei, er habe vielmehr sich nur schwer beleidigt gefühlt, als er sah, daß seine Ehefrau ein nicht einwandfreies Leben führte. Was seine Ehefrau über ihn angegeben, beruhe durchweg auf Erfindung und sei ganz planmäßig vorgebracht worden, um den Verdacht der Geisteskrankheit gegen ihn zu bekräftigen und ihn als gemeingefährlich hinzustellen.

Gegen die wiederholt vom Zeugen ausgesprochene Ueberzeugung, daß man sowohl ihm und auch anderen Patienten in der Anstalt zu bestimmten Zwecken „Fallen" gestellt habe, macht **Medizinalrat Dr. Leppmann** verschiedene **Bedenken** geltend und sucht dem Zeugen klar zu machen, daß diese seine Ueberzeugung durch die von ihm angeführten Fälle doch keineswegs gestützt werde. — Rechtsanwalt Dr. **Halpert:** Wer hat das Attest ausgestellt zur Einleitung der Pflegschaft? — **Zeuge:** Herr Dr. Locke. — Dr. **Halpert:** In diesem Attest steht, daß Sie geschäftlich dispositionsunfähig seien. **Hat der Arzt Sie denn untersucht? — Zeuge: Nein.** — Dr. **Halpert:** Der Herr Dr. Alter ist doch nach einer großen Inquisition zu der Ueberzeugung gekommen, daß Sie in geschäftlichen Dingen recht klar zu sein scheinen und nun hat Dr. Locke gerade das Gegenteil in seinem Attest bekundet? — **Zeuge:** Jawohl. — **Verteidiger:** Sie sind zuerst auf Paralyse angesehen worden, dann auf Pseudoparalyse, basierend auf Alkoholismus? Haben Sie denn in der Anstalt jemals den Wunsch nach Alkohol ausgedrückt? — **Zeuge:** Niemals. — **Verteidiger:** Haben sich Abstinenzerscheinungen gezeigt? — **Zeuge:** Nein, gar nicht! — Dr. **Halpert:** Haben Sie ein schriftliches Einverständnis zu Ihrer Aufnahme in Leubus gegeben? — **Zeuge:** Nein. Dr. Ia Roche hatte mir ja auch gesagt, Leubus sei keine Irrenanstalt und ich würde vollständige Bewegungsfreiheit haben. — Eine längere Diskussion entspinnt sich zwischen dem Zeugen und dem Sachverständigen Medizinalrat Dr. **Leppmann** über eine Behauptung des Zeugen, daß ihm eines Tages in der Anstalt **Pillen** gegeben worden seien, nach deren Genuß er in Aufregung versetzt worden sei. Als er sich darüber beklagte, haben zwei Wärter so getan, als ob auch sie Pillen nähmen und haben dann angeblich Blutmessungen an sich vorgenommen. — Medizinalrat Dr. **Leppmann:** Weshalb sollte man Ihnen denn Pillen gegeben haben? Glauben Sie wirklich, daß man Sie künstlich in Erregung versetzen wollte? Das wäre doch geradezu verbrecherisch! — **Zeuge:** Ich stehe da auch vor einem Rätsel. Vielleicht wollte man mich auch nur als Versuchskaninchen benutzen. — Medizinalrat Dr. **Leppmann:** Sie haben einmal eine Andeutung gemacht, daß die Aerzte in der Anstalt schlecht besoldet und auf Nebeneinnahmen angewiesen seien. Hatten Sie vielleicht die Vermutung, daß die Aerzte bestochen seien? — **Zeuge:** Diese Vermutung liegt doch nicht fern. — Medizinalrat Dr. **Leppmann:** Ich kenne keine Medizin, die einen Menschen künstlich in eine solche Erregung versetzen könnte und bei wirklich Geisteskranken kommt die Idee öfter vor, daß sie künstlich krank gemacht werden sollen; das sind eben Wahnideen. — **Zeuge:** Ich habe durchaus keine Wahnideen gehabt. Ich bin ein scharfer Beurteiler; ich lese von der Physiognomie eines Menschen gleich ab, ob er mir wohl gesinnt oder schlecht gesinnt sei.

Präs.: Sie bleiben also dabei, daß die Pillen Ihnen hinter dem Rücken des Oberpflegers gegeben worden sind. Sie hielten sich also für ganz gesund und waren der Meinung, daß Sie widerrechtlich in eine Irrenanstalt gebracht worden seien, daß ein Komplott gegen Sie vorlag und die Aerzte bestochen seien. Sie haben in dieser Ueberzeugung Mißtrauen gegen alle möglichen Vorkommnisse gehabt. — Medizinalrat Dr. **Leppmann:** Wie ist jetzt das Verhältnis des Zeugen zu seiner Familie? — Der **Zeuge** bekundet, daß er sofort nach seiner Entlassung aus der Anstalt die Pflegschaft habe aufheben lassen und sein Geschäft weiter geführt habe. **Der Bruder Paul habe ihm sofort den Kredit entzogen;** die Wechsel wurden protestiert und damit war ihm der Kredit dermaßen abgeschnitten, daß man ihm selbst Kundenwechsel nicht mehr diskontierte. Ihm sei die Lebensader vollständig unterbunden worden und er habe seine Fabrik notgedrungen aufgeben müssen. Der Bruder Paul habe alles pfänden lassen, Pferde, Maschinen usw. Er habe sogar den Gerichtsvollzieher beauftragt gehabt, daß die Pferde die Pfändungsscheine am Halse tragen sollten. — Der **Vorsitzende** stellt fest, daß in der **Ehescheidungsklage** am 6. November 1907 in erster Instanz die Ehe auf Klage und Widerklage geschieden worden ist und beide Teile als schuldig erklärt worden sind. Die Ehescheidungsklage schwebt in der Berufungsinstanz.

Frau Hedwig Lubecki,

die nächste Zeugin, ist 38 Jahre alt. Sie bleibt auf Befragen des Vorsitzenden bei ihrer felsenfesten Ueberzeugung, daß ihr Ehemann geistesgestört sei. Sie leiste einen Eid darauf, daß sie dem Ehemann niemals die Treue gebrochen habe. Richtig sei es, daß sie zu der Zeit, als der Mann in der Anstalt saß, sich mit dem Herrn Dieterichs **geküßt** und daß dieser sie auch um die Taille gefaßt habe, **sonst** sei aber **nichts** zwischen ihnen passiert. Ihr Mann habe sie aber mit seiner Eifersucht verfolgt und gequält und auf alle möglichen Leute einen unberechtigten Verdacht geworfen. Er habe seit Jahren oftmals gegen sie getobt und sie monatelang mit seiner Eifersucht gequält, so daß es nicht mehr zum Aushalten war. Die Zeugin bleibt unentwegt dabei, daß ihr Mann anormal sei, sie oft geschlagen habe, an Halluzinationen leide, sie zur Erde geworfen und mit Füßen getreten habe. Er habe an fixen Ideen gelitten und ihr oft furchtbare Szenen gemacht. Auf weiteres Befragen erklärt die Zeugin, daß sie zunächst gar nicht den Gedanken gehabt

habe, daß ihr Mann geisteskrank sei. Sie habe nur geglaubt, daß er hochgradig nervös sei und es gut für ihn sei, wenn er auf einige Zeit in ein Pensionat ginge. Ihr und ihren Verwandten sei auch gar nicht die Idee gekommen, daß der Mann in Leubus nicht in eine Pension, sondern in eine Irrenanstalt komme. Ihr Mann sei mystisch, abergläubisch und von religiöser Gemütsrichtung, habe bei Geschäften sich nach Zahlen und Tagen gerichtet, in letzter Zeit gar nichts mehr bei ihr gegessen, weil er glaubte, er werde vergiftet. Auch habe er manchmal im Nebenzimmer die schon längst verstorbene Mutter gehen hören, ja, einmal habe er sogar abends am offenen Fenster gesessen und **Mond und Sterne angebetet**, daß sie ihm ein Zeichen gäben, ob seine Frau untreu sei. Der Zeuge **Lubecki** erklärt diese Angaben teils für völlig aus der Luft gegriffen, teils für Entstellungen wirklicher Vorgänge. — **Rechtsanwalt Dr. Halpert** erhebt gegen die Glaubwürdigkeit der Zeugin verschiedene Einwendungen.

Nach der Pause wird der Kreisarzt Medizinalrat Dr. **Laroche** vernommen, der seinerzeit

das amtliche Attest

ausgestellt hatte, auf Grund dessen die Unterbringung des Lubecki erfolgt ist. Der Zeuge geht sehr ausführlich auf die früheren geschäftlichen Unternehmungen Lubeckis ein, bei denen sich angeblich etwas Sprunghaftes und Unbestimmbares bemerkbar gemacht hat. Etwas Nachteiliges über das geschäftliche und das Familienleben des L. habe er nicht gehört. Er (Zeuge) wäre deshalb sehr überrascht gewesen, als ihm im September 1905

von seinem Friseur mitgeteilt

wurde, daß L. einen Tobsuchtsanfall gehabt habe! Bald darauf sei Frau Lubecki zu ihm gekommen und habe ihm in einer längeren Unterredung die Geschichte der ganzen Ehe erzählt. Die letzten Tage vor der Unterbringung habe sich eine Steigerung der krankhaften Anzeichen bei L. bemerkbar gemacht. Auf Ersuchen der Frau habe er dann den Herrn L. selbst aufgesucht, bei dem sich auf der einen Seite ein schwerer Depressionszustand, auf der anderen Seite höchste Exaltation bemerkbar gemacht habe. Er (Zeuge) habe den Zustand des L. für einen derartigen gehalten, daß dessen Verbleiben im Hause nicht mehr möglich war. Dies habe Lubecki selbst zugegeben. Zeuge habe der Frau L. die

„Pension" Leubus

als den geeignetsten Aufenthaltsort für ihren Mann empfohlen, da er selbst der Ansicht ist, daß es fast keine Anstalt gebe, die unter einer so vorzüglichen Leitung eines der humansten und sorgfältigsten Aerzte stehe!

Vors.: Herr Medizinalrat, erinnern Sie sich noch, ob bei diesen Unterredungen von einem **„Pensionat"** oder von einer Irrenanstalt gesprochen wurde?

Zeuge: Ich habe stets nur von einer **Pensionsanstalt** gesprochen.

Vors.: Herr Lubecki behauptet, daß Sie ihn stets in dem Glauben gelassen haben, es handele sich nur um ein **Pensionat** bezw. ein Sanatorium, aus dem er sich ganz nach seinem Willen entfernen könne.

Zeuge Lubecki erklärt, nochmals vorgerufen: **Ich bin stets in dem Glauben belassen worden, es handele sich um ein Pensionat, in welchem ich für meine Nerven Erholung finden wollte.** Etwas anderes hat mir der Herr Medizinalrat nie gesagt. **Wenn ich gewußt hätte, daß es sich um eine geschlossene Irrenanstalt handelt, hätte ich mich doch nie freiwillig dorthin begeben.**

Zeuge Laroche bestreitet, daß er dem Zeugen Mitteilungen gemacht habe, aus denen er entnehmen konnte, es handele sich nur um ein Pensionat bezw. Sanatorium.

Beisitzer Landgerichtsrat **Kämpf:** Es handelt sich aber doch tatsächlich um **eine geschlossene Irrenanstalt, die nur den Namen „Pensionat"** führt!

Vors.: Haben Sie denn dem Herrn Lubecki den Inhalt des von Ihnen ausgestellten Attestes mitgeteilt?

Zeuge Laroche: Nein, **das ist nicht üblich.**

Vors.: Haben Sie den Lubecki körperlich untersucht?

Zeuge: Nein, das glaube ich wohl nicht. **Es ist möglich, daß ich den Puls gefühlt habe!**

Vors.: Sie haben also angenommen, daß alles wahr ist, was Ihnen die Frau mitgeteilt hat?

Zeuge: Natürlich mußte ich es doch als wahr unterstellen.

Vors.: Wir müssen hier als Richter sehr scharf unterscheiden, ehe wir ein Urteil fällen. Eine Unterbringung in eine Irrenanstalt ist doch aber gleichbedeutend mit einer Verurteilung. Mußten Sie nicht erst den Ehemann fragen, ob alles wahr ist, was die Frau erzählt? Wenn Sie nun hören, daß hier Herr Lubecki und die Frau **unter Eid direkt das Gegenteil** aussagen, wem würden Sie dann glauben? Was ist nun wahr? Einer von beiden muß doch einen direkten Meineid leisten! Wem würden Sie mehr glauben?

Zeuge Laroche: In dem vorliegenden Falle mußte ich der **Frau** mehr Glauben schenken.

Rechtsanwalt Dr. Halpert: Der Herr Zeuge Lubecki behauptet, daß die ganze Unterredung mit Ihnen damals nur 10 Minuten gedauert hat?

Zeuge Laroche: Das ist nicht wahr, ich habe mindestens eine Stunde mit ihm verhandelt.

Rechtsanwalt Dr. Halpert: Die Behauptungen der Ehefrau haben Sie ihm ebenfalls nicht vorgehalten?

Zeuge Laroche: Nein, dazu hatte ich gar keine Veranlassung.

Rechtsanwalt Dr. Halpert: Haben Sie Lubecki gefragt, ob er mit seiner Unterbringung in die Irrenanstalt einverstanden ist?

Zeuge Laroche: Die Einwilligung des Kranken ist nicht erforderlich!

Dr. Halpert: Gegen diese Annahme muß ich energisch Protest erheben. Solange Herr Lubecki nicht entmündigt war, hatte er die freie Verfügung über sich.

Vors.: Der Wunsch der Ehefrau war doch auch nicht maßgebend, da diese doch nicht zur Pflegerin ihres Mannes bestellt worden war. Die Einwilligung des Herrn Lubecki war wohl doch erforderlich.

Zeuge Laroche: In derartigen Fällen wird nie der Kranke um seine Einwilligung befragt.

Geh. Medizinalrat Dr. Leppmann bestätigt dies durch Kopfnicken.

Angeklagter **Schneidt:** Aus der Bekundung des Herrn Medizinalrats ist also hauptsächlich zu entnehmen, daß der Zeuge Lubecki wider seinen Willen in einer geschlossenen Irrenanstalt eingesperrt worden ist. Etwas anderes habe ich in dem Artikel niemals behauptet. **In dem Attest des Herrn Laroche vermisse ich etwas Selbstfestgestelltes vollkommen und finde nur Dinge, die auf die Angaben der Ehefrau zurückzuführen sind.**

Zeuge Laroche verwahrt sich gegen diesen Vorwurf mit aller Entschiedenheit.

Rechtsanwalt Dr. Halpert (zu dem Zeugen): Eine bestimmte Anamnese (Krankheitsvorgeschichte) bezüglich des Vorkommens etwaiger Geisteskrankheiten in der Familie, epileptischer Krämpfe des Angeklagten usw. haben Sie aber doch nicht aufgenommen?

Zeuge Laroche: Nein, dies war in dem vorliegenden Falle nicht notwendig.

Es entsteht eine längere Auseinandersetzung, als der Sachverständige behauptet, Lubecki habe bei dem Ankauf der Grubenfelder eine gewisse Sinnlosigkeit an den Tag gelegt. — **Zeuge Lubecki** bemerkt, daß er ein Grubenfeld für 7500 M. gekauft und für 23 500 M. verkauft habe; **dies sei doch wohl keine Verrücktheit.** (Heiterkeit.)

Die Verhandlung wird um ½8 Uhr abgebrochen und auf morgen (Sonnabend) vertagt.

Aus der Partei.

Gemeindewahlen.

In **Wetzlar** erhielten am Donnerstag bei der Stadtverordnetenwahl der 3. Klasse der Genosse **Fauth** 204 und der Genosse **Wagner** 97 Stimmen. Auf den von der Partei mit unterstützten Kandidaten Beck entfielen 309 Stimmen, so daß Fauth mit ihm in Stichwahl kommt. Es war die zweite Wahl, an der sich die Sozialdemokraten beteiligten. Bei der ersten erhielt Genosse Fauth 72 Stimmen, die sich jetzt um 132 vermehrten.

In **Liegnitz** erhielten bei der Stadtverordnetenwahl am 4. November die Kandidaten der Sozialdemokratie rund 1315, die bürgerlichen Gruppen rund 1850 Stimmen. Gewählt sind die sogenannten liberalen Kandidaten. Die sozialdemokratische **Stimmenzunahme** gegen die letzte Wahl beträgt rund 400.

* * *

Lüdenscheid, 6. November.

(**Privatdepesche des „Vorwärts".**)

Bei der heutigen Stadtverordnetenwahl erzielte die Sozialdemokratie einen glänzenden Sieg. Ihre Kandidaten erhielten 1482—1501, die der Bürgerlichen 1296 Stimmen. Beide sozialdemokratische Kandidaten sind gewählt.

Zur Huesschen Aufklärung und Abwehr bemerkt die „**Arbeiterzeitung**" zu **Essen**: „Wir haben weder Lust noch Zeit zu irgendwelcher Polemik in der Angelegenheit, müssen deshalb die Aufnahme ablehnen und beziehen uns auf das, was wir zu der Sache in unserm Blatt gesagt haben."

Zum Fall Burgemeister teilt der „**Volksfreund**" zu **Braunschweig** noch mit:

„Herr Burgemeister war, nachdem er einen Kursus in einer bürgerlichen Journalistenschule durchgemacht hatte, Redakteur der farblosen „Wilhelmshavener Zeitung". Bei den Reichstagswahlen 1907 agitierte er im 2. oldenburgischen Wahlkreise gegen den sozialdemokratischen Kandidaten für den Blockkandidaten und führte auch in einer freisinnigen Wählerversammlung den Vorsitz. Als bürgerlicher Zeitungsredakteur attackierte er fast allwöchentlich in meist unsäglich alberner Weise das „Norddeutsche Volksblatt", unser Parteiorgan für Oldenburg und Ostfriesland und wurde von diesem wiederholt klatschend abgeführt. Eine Spezialität Burgemeisters war es damals, die Gewerkschaftler gegen die sozialdemokratische Partei auszuspielen, wobei er sich von einem nicht der Partei angehörigen, aber gewerkschaftlich organisierten Buchdrucker Material zuschleppen ließ. Noch brannten Burgemeister die letzten Ohrfeigen, die ihm das „Norddeutsche Volksblat" erteilt hatte, auf den Wangen, als er sich eines Tages nach einem Wortwechsel mit seinem bürgerlichen Prinzipal als Sozialdemokrat proklamierte und aus der Redaktion der „Wilhelmshavener Zeitung" ausschied. Das dürfte kaum ein Jahr her sein. Bei der kurz nach Burgemeisters Uebertritt zur Partei ausgeschriebenen Reichstagswahl im Wahlkreise Emden-Leer-Norden war Burgemeister im Auftrage der Landesparteileitung als Agitator für unseren Kandidaten Hug tätig. Noch während der Wahlkampagne wählten ihn die Genossen von Hof zum Redakteur ihres Organs. . . . ."

Die Genossen von Hof sind also nicht die einzigen, die aus dem Fall eine Lehre zu ziehen haben, die Landesparteileitung von Oldenburg ist mit ihnen in derselben Lage.

Bankdirektor und sozialdemokratischer Redakteur. Der Exdirektor der verkrachten Solinger Bank, **Becker**, befindet sich seit einigen Tagen im Untersuchungsgefängnis in Elberfeld, allwo er ein beschauliches Dasein zu führen scheint. Da Becker Untersuchungsgefangener ist, kann er zu einer bestimmten Arbeit nicht gezwungen werden und muß ihm überlassen werden, wie er sich die Zeit in seinem Käfig vertreiben will. Anders wird dieser Zustand erst mit dem Augenblick, wenn das Urteil über ihn wegen seiner Vergehen gesprochen ist. Ob Becker dann später auch, wie unser Genosse **Hoffmann**, der Redakteur der „**Freien Presse**" in **Elberfeld**, mit der Herstellung von Kleiderhaken beschäftigt wird, oder ob man ihm eine angenehmere Beschäftigung zuweist — das zu erfahren würde jedenfalls manchen unserer Leser interessieren. Gegen Verbrecher aus der honetten Gesellschaft wird auch im Gefängnis in den meisten Fällen mehr Rücksicht genommen als wie dies gegen andere gewöhnliche Sterbliche der Fall zu sein pflegt. Unserem Genossen **Hoffmann**, der die Elberfelder Polizei „beleidigt" haben soll und dafür zwei Monate aufgebrummt bekam, wurde bekanntlich **die Selbstbeschäftigung verweigert**. Aller Protest gegen diese Maßregel hat bis jetzt nichts genützt. Er sitzt noch immer bei seiner beschaulichen Arbeit der Herstellung von Kleiderhaken. Am Sonntag, den 15. November, abends halb 6 Uhr, wird er wieder aus seinem Käfig hinausgelassen, und wir haben keine Hoffnung, schreibt die „**Freie Presse**", daß bis dahin in der Beschäftigung unseres Kollegen eine Aenderung eintritt. Ein Heil ist ihm jedoch widerfahren: Wenn er im Gefängnishofe spazieren geführt wird, dann befindet sich unser Kollege in Gesellschaft einer ansehnlichen Persönlichkeit: **des Direktors der verkrachten Solinger Bank, Becker.** Im gewöhnlichen Leben kommt man als armseliger Zeitungsschreiber ja nicht mit der Hautevolee zusammen. Da muß man sich schon einsperren lassen, um die Gesellschaft so vornehmer Herrschaften „genießen" zu können.

Ein Reinfall der Gelben. Bei der Vertreterwahl der Ortskrankenkasse VI (Stadtteil Leitelshain) in **Crimmitschau** erlitten die Gelben eine schmähliche Niederlage. Ihre Kandidaten erhielten nur ganze 62, die des Gewerkschaftskartells 252 Stimmen.

Selbst den Unternehmern, so bemerkt das „Sächs. Volksblatt" dazu, graut langsam vor den Geistern, die sie gerufen und nun nicht wieder los werden. Sie liegen ihnen nämlich auf der Tasche. Der nationale Sport der Züchtung gelber Gewerkschaften kostet **Geld** und nicht zu knapp, bringt aber den Unternehmern herzlich wenig ein. Ein Zustand, den sie auf die Dauer **nicht** verlängern können.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Ein christlicher Arbeiterausschuß in gerichtlicher Beleuchtung. Der Genosse **Götte** vom Bergarbeiterverband war dieser Tage vor dem Schöffengericht zu Oberhausen der Beleidigung eines christlichen Arbeiterausschußmitgliedes angeklagt. Er hatte auf der Generalversammlung des Bergarbeiterverbandes zu Dortmund den Arbeiterausschuß der Thyssenschen Werke gekennzeichnet, der Erklärungen gegen die bekannte Rede des Reichstagsabgeordneten Genossen Hengsbach unterzeichnet hatte, worin dieser die schauderhaften Zustände in den Thyssenschen Kolonien bloßgelegt hatte. Dabei hatte **Götte** auch die Personen einiger Mitglieder des aus christlichen Gewerkvereinlern bestehenden Ausschusses, der sich als Werkzeug der Werksverwaltung zur Verschleierung der dieser unangenehmen Wahrheit mißbrauchen ließ, unter die Lupe genommen. Daher die Klage, die aber glänzend ins Wasser fiel. Genosse Götte bewies, daß das Ausschußmitglied Hartmann seine Stellung tatsächlich zu seinem persönlichen Vorteil ausgenützt hat. Das Gericht **sprach** daher den Genossen Götte **frei**.

Boykotturteile.

Vom Schöffengericht in **Neumarkt** waren vier Genossen aus **Deutsch-Lissa** zu je 15 M. **Geldstrafe** verurteilt worden, weil sie durch Abhalten der Gäste von einem gesperrten Lokale **groben Unfug** verübt haben sollten. Die Strafkammer zu **Breslau** hat die Berufung verworfen.

Freigesprochen wurde dagegen vom Oberlandesgericht in **Jena** Genosse **Seifarth** von der „**Reußischen Tribüne**" zu **Gera** von der Anklage der Verrufserklärung. Schöffengericht und Strafkammer hatten in einer Notiz die Tatbestandsmerkmale des groben Unfugs erblickt, und einen Strafbefehl über 15 M. bestätigt. Das Oberlandesgericht hob aber das Urteil auf, weil im vorliegenden Falle die Haupttatbestandsmerkmale des groben Unfugs sowohl nach der objektiven wie nach der subjektiven Seite hin fehlten.

Unsere Konfektion bietet durch Verarbeitung erstklassiger Stoffe und Zutaten vollständige Garantie höchster Reellität.

1500 Paletots, neueste Fassons, aus modernen englischen Diagonal- und Chevron Stoffen, von **7** M. an.

Abendmäntel aus feinem Tuch in herrlichen Pastellfarben, auf Gloria und Seide gefüttert u. mit karierter Absetze von **10** M. an.

Plüschjackette, Plüschpaletots, Plüschmäntel, glatt und mit eleganter Litzen- und Bortengarnierung aus prima Velours du Nord und echt englisch. **15, 20, 30, 40** M. bis **250** M.

Frauenmäntel aus prima Tuch und Eskimo, schwarz und farbig, von **12** M. an.

1000 Kostüme mit langen Paletots, Directoire, aus feinem Tuch, in den neuesten Farben und gediegenen englischen Tweed-Stoffen, von **12** M. an.

2 Häuser vom Dönhoffplatz. 12 Schaufenster.

Sielmann & Rosenberg,

Kommandantenstrasse, Ecke Lindenstrasse.

Sonntags von 8—10 und 12—2 geöffnet.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Sonnabend, 7. November.

Anfang 7½ Uhr.

Königl. Opernhaus. Das Rheingold.
Königl. Schauspielhaus. Die Rabensteinerin.
Deutsches. König Lear.
Kammerspiele. Eine Heiratsgeschichte. (Anfang 8 Uhr.)
Lessing. Michael Kramer.

Anfang 8 Uhr.

Neues königl. Opern-Theater. Geschlossen.
Neues. Wahrheit.
Neues Schauspielhaus. Julius Cäsar.
Westen. Der fidele Bauer.
Berliner. Der Veilchenfresser.
Kleines. Lady Frederick.
Komische Oper. Tiefland.
Residenz. Kümmere dich um Amelie.
Hebbel. Der Liebhaber.
Schiller O. (Wallner-Theater.) Der schwarze Kavalier.
Schiller Charlottenburg. Der Familientag.
Friedrich-Wilhelmstädt. Schauspielhaus. Im weißen Rößl.
Nachmittags 4 Uhr: Snewittchen.
Thalia. Bruder Straubinger.
Lessing. Freiheit.
Nachmittags 4 Uhr: Aschenbrödel.
Lustspielhaus. Die Tür ins Freie.
Trianon. Die Liebe wacht.
Neues Operetten. Die Dollarprinzessin.
Berliner Operetten-Theater SW. Havana.
Nachmittags 4 Uhr: Dornröschen.
Bernhard Rose. Die Jungfrau von Orleans.
Nachmittags 4 Uhr: Rotkäppchen.
Bürgerl. Schauspielhaus. Geschlossen.
Gebrüder Herrnfeld. Die beiden Bindelbands. Vorher: Intern. Künstler-Teil.
Apollo. Eine lustige Spreewaldfahrt. Spezialitäten.
Metropol. Donnerwetter — tadellos.
Wintergarten. Spezialitäten.
Passage. Spezialitäten.
Kasino. Die Dianabäder. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Walhalla. Spezialitäten.
Parodie. Der Raub der Sabinerinnen. Die Zauberflöte. Berlin steht Kopp. Anfang 8½ Uhr.
Carl Haverland. Spezialitäten.
Folies-Caprice. Die Brautschau. Die lustige Witwe.
Gustav Behrens. Echte Spreeathener. Spezialitäten.
Urania. Taubenstraße 48/49. 8 Uhr: Prof. Dr. Kaßner: Bulgarien, Land und Leute. Nachm. 4 Uhr: Ueber den Brenner nach Venedig. Hörsaal 8 Uhr: Dr. Wilh. Berndt: Von den höheren Formen des tierischen Lebens.
Sternwarte, Invalidenstr. 57/62.

Neues Theater. Abends 8 Uhr: **Wahrheit.** Lustspiel in 4 Akten von Clyde Fitch. Morgen und folgende Tage: **Wahrheit.**

Kleines Theater. Abends 8 Uhr: **Musik.** Sonntag Musik.

Theater des Westens. Abendlich 8 Uhr: **Der fidele Bauer.** Sonntagnachm. 3½ Uhr zu halben Preisen: **Die lustige Witwe.**

Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus. Sonnabend, 7. Nov., nachm. 4 Uhr: **Snewittchen u. die 7 Zwerge.** Abends 8 Uhr: **Im weißen Rößl.** Sonntag nachm. 3 Uhr: Kriemhilds Rache.

Berliner Theater. Heute und morgen 8 Uhr: **Der Veilchenfresser.**

Lustspielhaus. Abends 8 Uhr: **Die Tür ins Freie.**

Hebbel-Theater Königgrätzer Str. 57/58. Anf. 8 Uhr: **Der Liebhaber.**

Residenz-Theater. — Direktion: Richard Alexander. — Abends 8 Uhr: **„Kümmere Dich um Amelie."** Schwank in drei Akten (vier Bildern) von Georges Feydeau. Morgen u. folg. Tage: **Kümmere Dich um Amelie.** Sonntag, den 8. November, nachmittags 3 Uhr: **Ferreol.**

Neues Operetten-Theater. Schiffbauerdamm 25, a. d. Luisenstr. Abends 8 Uhr: **Die Dollarprinzessin.** Operette in 3 Akten von Leo Fall.

Urania. Wissenschaftliches Theater. Taubenstraße 48/49. 8 Uhr: Prof. Dr. Kaßner: Bulgarien, Land und Leute. Nachmittags 4 Uhr: **Ueber den Brenner nach Venedig.** Hörsaal 8 Uhr Dr. Wilh. Berndt: Von den höheren Formen des tierischen Lebens.

BERNHARD ROSE THEATER Gr. Frankfurter Str. 132. Abends 8½ Uhr: **Die Jungfrau von Orleans.** Wochentagspreise. Nachm. 4 Uhr: Rotkäppchen.

Gastspiel-Theater Köpenicker Straße 68. Sonnabend, 7. November, 8½ Uhr, Gastspiel **Hedwig Lange. Zaza.** Sonntagnachmittag 3½ Uhr: **Die Haubenlerche.**

Schiller-Theater.

O. (Wallner-Theater.)
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Zum 1. Male:
Der schwarze Kavalier.
Ein deutsches Spiel in 3 Akten von Heinrich Lilienfein.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Der rote Leutnant.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Der schwarze Kavalier.
Montag, abends 8 Uhr:
Julius Cäsar.

Schiller-Theater Charlottenburg.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Der Familientag.
Lustspiel in 3 Akten v. Gustav Kadelburg.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Götz von Berlichingen.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Der Familientag.
Montag, abends 8 Uhr:
Der Familientag.

Luisen-Theater.

Sonntag, den 8. November, nachmittags 3 Uhr:
Letzte Sonntags-Aufführung!
Die Böttcherschen sozialen Stücke „Ausgewiesen!" „Freiheit!" etc. stehen ihrer Tendenz nach streng auf dem Boden der „Grundsätze und Forderungen der Sozialdemokratie".

„Ausgewiesen". Soziales Drama aus der Zeit des Sozialistengesetzes von **Karl Böttcher.**
12 Jahre wegen „Gefährdung der öffentlichen Ordnung" polizeilich verboten gewesen!

Die Leser des „Vorwärts" zahlen gegen Vorzeigung dieses Inserats an der Theaterkasse **nur 60 Pf.** für I. Parkett.

Auf allen übrigen teueren Plätzen **25 Pf.** Ermäßigung der Kassenpreises.
Ausschneiden. **Gutschein für 1—3 Personen.**

Castan's Panoptikum
Friedrichstraße — 165 —
(Ecke Behrenstr.)
Pschorrpalast.

Ohne Extra-Entree!
Variété-Vorstellung der 8 Zwerge!
= Allerseelen! =
Vereinsbilletts: Halbe Preise.

Zirkus Schumann.

Heute Sonnabend, 7. November, abends präzise 7½ Uhr: VI. Grande Soiré High Life — Gala-Programm.
U. a.: **Zum erstenmal in Europa! Der lebende Kreisel**
Mons. Henneret. Direkt aus Amerika! **Mons. Macartès Bagens.**
U. a.: Noch nie dagewesen:
Affen als Kunstradfahrer, Chauffeure, Jongleure und Schellenspieler.
Absolute Novität! Panamahüte- und Keulenjongleure. The Mc. Banl —
Neu! Troupe Fiochi, die Könige aller Akrobaten.
Sonntag zwei Vorstellungen, nachmittags ein Kind frei.

Grand-Hotel-Festsäle
Am Alexanderplatz. — B. Johmlich.
Jeden Sonntag, Dienstag und Donnerstag:
◆ Wilh. Wolffs Hamburger Sänger. ◆
Anfang Sonntags 7 Uhr, wochentags 8 Uhr.
Eintritt 30 Pfennig. 2161b*
Vorzugskarten haben wochentags Gültigkeit.

XIV. Saison!
Zirkus Busch.
Sonnabend, 7. November 1908, abends präzise 7½ Uhr:
Gr. Gala-Vorstellung.
Bisher noch nie dagewesen!
Kapitän **Webbs** dressierte
9 Seelöwen 9
Die Uessems! Herr Burkhardt-Foottit, Schulreiter. Herr Ernst Schumann m. s. Meisterdressuren.
Um 9,45 ca.:
Barbarossa!!
Große Origin.-Ausst.-Pantomime des Zirkus Busch in 6 Bildern.

Stadt-Theater Moabit.
Alt-Moabit 48.
Größter und vornehmster Theatersaal Moabits.
Sonntag, den 8. November:
Der Störenfried.
Lustspiel in 4 Akten v. Rod. Benedix. Anf. d. Vorst. 7, Kassenöffnung 6 Uhr. Konzert 6½ Uhr.
Nach der Vorstellung: **Ball.**
Montag, 9. November: **Soiree der Lustigen Sänger.**

Königstadt-Kasino.
Holzmarktstr. 72.
Täglich:
Konzert, Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung mit **Franz Sobanski.**
Neu! Neu!
12 Nummern 12
Um 9 Uhr:
Ruth.
Komödie in 1 Akt von **Branne.**
Anf. 8 Uhr, d. Konzerts 7½, Sonntags 6½ Uhr, des Konzerts 5½ Uhr.

Luisen-Theater.
Nachmittags 4 Uhr:
Aschenbrödel.
Abends 8 Uhr:
Freiheit.
Sonntag nachmittag 3 Uhr: Ausgestoßen. Abends: Eine tolle Nacht.
Montag: Eine tolle Nacht.

Casino-Theater
Lothringer Str. 37. Täglich 8 Uhr.
8 Uhr: **Hotel Einsiedler.**
8½ Uhr: **Das November-Programm.**
Original Diedrich Ulpts usw.
9½ Uhr:
„Die Dianabäder".
Sonntag 4 Uhr: **Reezengasse 6a.**

Metropol-Theater
Täglich 8 Uhr:
Donnerwetter—tadellos!
Revue in 10 Bildern v. Jul. Freund. Musik von Paul Lincke. Regie Direktor Schultz.

Palast-Theater
Burgstr. 24, 2 Min. v. Bhf. Börse
Täglich 8, Sonntags ½8 Uhr.
Das glänzende November-Programm.
Der Spion!! Vendaros Wunderaffen. Mr. Carlo. Steve und Ella. Feldow Seegall. Finlay Brothers. Les 3 Soraines. Ella Vendaro Trio. Rambler Comp. Biographische Bilder.
Die Frau mit den drei Männern.
Familienkarten, wochentags halbe Preise, überall gratis.

Rixdorfer Theater
Bergstraße 147.
Sonntag, den 8. November 1908:
1. Gastspiel des Neuen Operetten-Ens. unter Leitung von **Artur Below:**
Die Dollarprinzessin.
Montag, 9. November: 3. Volksvorstellung zu halben Preisen: **Nora.**

Berliner Eis-Palast
Lutherstr. 22/24. Ständige Eisbahn.
Von morgens 10 Uhr bis 12 Uhr geöffnet.
Großes Konzert.
Abends 9 Uhr:
Auftreten erster Kunstläufer und -läuferinnen.

Theater Folies Caprice
Linienstr. 132.
Durchschlagender Erfolg!
Die lästige Witwe.
Die Brautschau.
Neu: **Grünecker als Verteidiger in Strafsachen.** Vorverk. v. 10-2 a. d. Kasse, b. Wertheim u. Invalidenbank

WINTERGARTEN
Sonntag, den 8. November:
Nachmittags-Vorstellung.
Anfang 3 Uhr.
Ermäßigte Preise!

	für Erwachsene	Kinder
Terrasse	3.—	2.—
Loge	3.—	2.—
Parkett-Fauteuil	2.50	1.50
Seiten-Terrasse	2.50	1.50
Fauteuil	2.—	1.—
Reserviert. Platz	1.—	—.50
Entree	—.75	—.40

WINTERGARTEN
November Attraktionen
D'Angelo's lebende Bilder
Die Kraton's, Reifenspieler
Louise Blot.
Woodwards Seelöwen-Seehunde
Cléo de Mérode
La Titcomb Sängerin zu Pferde
Lola Selbini
Die Sleedes das mysteriöse Haus
Golemann's dressierte Hunde
Andrés Japaner-Truppe
Bros. Martin Xylophonisten
Der Biograph.

Passage-Theater.
Abends 8 Uhr:
Anni Wünsch.
Schneider-Duncker
Willi Prager
und das großartige
November-Progr.

Passage-Panoptikum.
Ohne Extra-Entree!
Lebend! Das Lebend!
Bärenweib.
Simpson der lebende Amboß der Mann mit dem Steinkörper. Neapolitanische Briganten. Grammophon-Vorträge:
Alexander Girardi, Reutter, Caruso etc.
Alles ohne Extra-Entree!
Eintritt 50 Pf.
Kinder, Soldaten 25 Pf.

Apollo Theater
Abends 8 Uhr: Debüts der neuen Attraktionen. U. a.: Siegwart Gentes, Humorist. Gibsy-Woolf mit ihren „Sunbeams". Miß Dianda, Dressur-Akt. Ein Beitrag zur Darwinschen Entwicklungslehre.
9.20. Unter persönlicher Leitung des Komponisten!
Eine lustige Spreewaldfahrt.
Burleske. Musik v. **Paul Lincke.**

Bürgerliches Schauspielhaus
Kastanienallee 7—9.
Heute geschlossen.
Morgen Sonntag:
Nachm. 3 Uhr: Die Räuber.
Abends 8 Uhr: Don Carlos.
Achtung! Donnerstag, 19. November:
3. Opernabend.

Gebrüder Herrnfeld-Theater
Anfang 8 Uhr. Vorverk. 11-2 Uhr.
57 Kommandantenstr. 57.
Der größte Herrnfeld-Erfolg:
Die beiden Gindelbachs!!
Komödie in 2 Akten
Anton Herrnfeld als Sc... lungskünstler „Monsieur G...et" und Donat Herrnfeld als ...endl Gindelband".
:Vollständig neu:
Künstler-Teil
Gebr. Renzonis Opera - Du... Marga u. Milli Bliß' Balle... Walzertraum. Kun Arpad, ... berühmte jugendl. Geigenvirtuo... The six Rockets, Gesangs- un... Tanz-Sextett. Wacker u. Wacker Gebirgs-Typen.

Carl Stier
Fabrik für Herren- u. Knaben-Garderobe
Amtstrachten, Uniformen, Livreen,
:: :: Jagd- und Sportbekleidung :: ::
BERLIN SO. BERLIN W.
Oranienstraße 166 Potsdamer Str. 113a
POTSDAM, Nauener Str. 23.

Fertige Herren- und Knaben-Bekleidung
für jede Figur passend.
Berücksichtigt sind dabei normale als auch schlanke, untersetzte und **extra starke Figuren.**
Vorzügliche Qualitäten. — Tadellose Verarbeitung. — Geschmackvolles Aussehen. — Eleganter, vornehmer Sitz.
Großes Lager der neuesten Stoffe.

Maßanfertigung
in vornehmer, bester und modernster Ausführung
bei bekannter Preiswürdigkeit
mit einer Lieferfrist von wenigen Tagen
in Eilfällen sogar in 24 Stunden.
Die Preise sind **billig, streng fest** und sind auf dem Etikett jedes Gegenstandes **deutlich durch Zahlen vermerkt.**

Walhalla Variété-Theater
Weinbergsweg 19/20, Rosenth. Tor.
Anfang 8 Uhr:
Das vollst. neue Novemberprogr.
Perzina m. seinen 110 Tieren
Im Tunnel Regimentskapellen 2c.
Theaterbesucher hab. freien Eintritt.

Parodie-Theater
Dresdener Straße 97.
Heute:
Cavalleria-Rustikana und die urkomische Burleske
„Berlin steht Kopp".
Anfang Sonnt. 8, wochent. 8½ Uhr.

Reichshallen-Theater
Stettiner Sänger
Unter anderem:
Das
versiegelte Brautpaar.
Urkomische Burleske.
Anf. wochentags **8** Uhr, Sonntags **7** Uhr.
Reichshallen-Restaurant:
Großes Militär-Konzert.

Gustav Behrens-Theater. Goltzstr. 9.
Echte Spreeathener.
Volksstück mit Gesang und Tanz von **Walther Gericke.**
Franz Helbig, Hausdiener: Dir. Gustav Behrens, Wilhelm Henschel, Arbeiter: Regiss. Bernh. Lange.
Außerdem die übrigen erstklassigen **Spezialitäten.**
Duskes Vitograph.
Anfang 8 Uhr. Sonntags 6 Uhr.

Brauerei Friedrichshain
Am Königstor.
Heute Sonnabend fällt der **Ringkampf** aus.
Morgen
Fortsetzung.
Außerdem vorher
Neues Spezialitäten-Programm.
Anfang Sonntags **5** Uhr.
Entree **50** Pf.
Ref. Platz 1 M. Num. Tisch 2 M.

Orts-Krankenkasse der Klempner.
Am Sonntag, den 15. November, vormittags 10 Uhr, findet im **Gewerkschaftshause,** Engelufer 15, Saal 5, die
General-Versammlung
der Vertreter der Kassenmitglieder und Arbeitgeber unserer Kasse statt.
Tages-Ordnung:
1. Verlesung der Protokolle. 2. Wahl von drei Vorstandsmitgliedern (zwei Arbeitnehmer, ein Arbeitgeber). 3. Wahl des Rechnungsausschusses. 4. Bericht vom Krankenkassenkongreß. 5. Verschiedenes. 26335
Der Vorstand.

Orts-Krankenkasse für das Bierbrauer-Gewerbe zu Berlin,
Weinmeisterstraße 3.
Bekanntmachung.
Die gemäß § 49 Abs. 2 und 3 des Kassenstatuts vorzunehmenden Wahlen der Vertreter zu den
General-Versammlungen für 1909 und 1910
finden am **Montag, den 16. November, im „Gewerkschaftshause", Engel-Ufer 15** (Saal V) statt.
Zu wählen sind: 78 Arbeitgeber- und 156 Arbeitnehmer-Vertreter.
Die Herren Arbeitgeber wählen pünktlich von 8 bis 8½ Uhr abends.
Jeder Arbeitgeber, nur diese sind wahlberechtigt, hat bei dieser Wahl eine Stimme. Wählbar dagegen sind außer diesen selbst noch Geschäftsführer und Betriebsbeamte, auch wenn sie der Kasse als versicherte Mitglieder angehören. (cfr. Rundschreiben vom 30. Oktober d. J.).
Die Herren Arbeitnehmer wählen von 8½ bis 9½ Uhr abends.
Wahlberechtigt und als Vertreter wählbar sind alle großjährigen und im Besitze der Ehrenrechte befindlichen Mitglieder. Als Legitimation dient bei dieser Wahl das Mitgliedsbuch. Die Herren Arbeitgeber werden gebeten, dieses auf Verlangen den Mitgliedern für diesen Abend auszuhändigen. 278/4
Der Vorstand.
Otto Ullrich, Vorsitzender.

W. Noacks Theater
Direktion: **Rob. Dill.** Brunnenstr. 16.
Große Extra-Vorstellung.
Der Glockenguß zu Breslau.
Historisches Schauspiel m. Melodramen
Anfang **8** Uhr. Entree **30** Pf.
Nach der Vorstellung: **Tanz.**
Sonntag: **Der Glockenguß zu Breslau.**

Sanssouci, Kottbuser Straße 6.
Direktion **Wilhelm Reimer.**
Sonntag, Montag und Donnerstag:
Gr. Elite-Soireen
(Einakter usw.) und **Tanz.**
Beg. Sonnt. 5, wochent. 8 U.
Morgen Sonntag:
Hoffmanns Norddl. Sänger
Tanz.
Dienstag:
Theater-Abend.

Dem Genossen 2635b
Wilhelm Hannecke
nebst Braut die besten Glückwünsche zur Vermählung.
Die Genossen des Bezirks 540a.

Unserem Freund u. Genossen
Karl Wilke nebst Gemahlin
zur heutigen **Silberhochzeit** die herzlichste Gratulation.
Die Genossen des 226. Bezirks I. Teil.

Zentral-Verband der Zimmerer Deutschlands.
Zahlstelle Berlin und Umgegend.
Bezirk 28.
Den Berufsgenossen zur Nachricht, daß unser langjähriges Mitglied
Heinrich Hagenau
am 4. November plötzlich verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 8. November, nachmittags ... Uhr, von der Leichenhalle des Luisen-Kirchhofes in ...end aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
255/8 **Der Vorstand.**

Verband der Schneider, Schneiderinnen u. Wäschearbeiter Deutschlands.
Filiale Berlin III.
Unseren Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege
Otto Sobeik
(in Firma van Laack, Schmitz u. Elitzsch)
im Alter von 39 Jahren am Mittwochabend verstorben ist.
Die Beerdigung findet am Sonntagnachmittag 4 Uhr von dem Auferstehungs-Kirchhofe in Weißensee aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Vergolder
Julius Rühring
am 4. November gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet **heute** Sonnabend, den 7. November, nachmittags 4 Uhr, vom Trauerhause, Weißensee, Falkenberger Straße 31 aus, nach dem Hedwigs-Kirchhof in der Wörthstraße statt.
Um rege Beteiligung ersucht
92/20 **Die Ortsverwaltung.**

Todes-Anzeige.
Allen Bekannten die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau, unsere gute Mutter, Schwester und Schwägerin
Maria Langer
geb. Grunwald
nach schweren Leiden verschieden ist.
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 8. d. Mts., nachmittags 3½ Uhr, von der Halle der St. Hedwigs-Gemeinde in Weißensee aus statt. 4971b
Der trauernde Gatte nebst Kindern.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß am 5. November, nachmittags 1½ Uhr, meine innig geliebte Frau und gute Mutter
Wilhelmine Trzebinski
nach langem schwerem Leiden sanft entschlafen ist.
Die Beerdigung findet Sonntagnachmittag 3½ Uhr von der Halle der Stephanus-Gemeinde in Plötzensee, aus statt.
Dies zeigen tiefbetrübt an
Kasimir Trzebinski und Sohn. 2639b

Danksagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und die zahlreichen Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes und unseres Vaters, sagen wir auf diesem Wege unseren innigsten Dank
Elise Brnack und Kinder.

Danksagung.
Für die freundliche Teilnahme an der Beerdigung meines lieben Mannes und unseres unvergeßlichen Vaters **Otto Gülde** sagen wir hiermit seinen werten Genossen des vierten Berliner sozialdemokratischen Wahlvereins sowie seinen werten Kollegen des Holzarbeiterverbandes als auch seinen Freunden des Rauchklubs „Spreewald" und den sonstigen Teilnehmern unseren besten Dank.
Die tiefbetrübten Hinterbliebenen.

Eigene Betriebswerkstätten im Hause.

Tausende

von **Herren** können Geld sparen, wenn sie ihren Bedarf an gut sitzenden Bekleidungsstücken für den Winter im

Spezial-Haus guter Herren- und Knaben-Bekleidung

fertig und nach Maß

Bekleidung für alle Berufe

der Firma

Leske & Lehrer

78 Kottbuser Damm 78

decken.

Winter-Paletots | **Winter-Anzüge**

Winter-Loden-Joppen

Knaben-Anzüge | **Knaben-Paletots**

Unerreicht groß sind unsere **Läger** in Stoffneuheiten des In- und Auslandes zur Anfertigung feiner **Herrenloden nach Maß.** Sämtliche bei uns bestellten Kleidungsstücke werden unter Leitung erster Meister in eigenen großen Betriebswerkstätten, **welche unseren werten Kunden zur gef. Besichtigung offen stehen,** hergestellt. Wir richten an unsere geschätzten Freunde und Gönner die ergebene Bitte, uns Bestellungen rechtzeitig zu übergeben, damit wir in der Lage sind, die uns bestellten Sachen aufs sorgfältigste ausführen zu können. Für tadellosen Sitz, beste Verarbeitung und nur gute Stoffe und Zutaten übernehmen wir die weitgehendste Garantie.

Unsere Grundsätze:

Wir verarbeiten nur gute reelle, ausgesuchte Fabrikate haben in sämtlichen Abteilungen eine Auswahl achten auf tadellose Verarbeitung und guten Sitz werden stets das Neueste zum Verkauf bringen verkaufen nur zu billigen, aber streng festen Preisen haben auf jeden Gegenstand den festen Verkaufspreis mit Zahlen vermerkt.

Original-Inserat! Nachdruck verboten!

Leske & Lehrer

78 Kottbuser Damm 78

::: Spezialhaus eleganter Herren- und Knaben-Bekleidung :::

fertig und nach Maß. Spezial-Abteilung: **Bekleidung für jeden Beruf.**

Lieferanten an Vereine und Einkaufsgenossenschaften.

Unübertroffene Auswahl — Unerreicht billige Preise

Paletots und Ulster

in allen Gössen fertig am Lager

Herren-Paletots

Ser. I Dunkel melierter Cheviot mit farbigen Streifen	12 M.
Ser. II Marengo Cheviot, sehr solide Qualität	14 M.
Ser. III Dunkelgrau mel. Cheviot mit bräunl. u. grünl. Seifen	17 M.
Ser. IV Mittelgrau mel. Cheviot m. dunkl. Streif., vorz. Trag.	20 M.
Ser. V Dunkelbraun mel. Cheviot m. farb. Effekten, sehr modern	23 M.
Ser. V Schwarzgrau mel. Cheviot mit feinen dunklen Streifen	23 M.
Ser. VI Dunkelgrau m. Cheviot m. br. Fischgr.-Muster, sehr eleg.	26 M.
Ser. VI Eskimo schwarz u. dunkelgrau meliert vorzügl. Qualität	26 M.
Ser. VII Mittelgrau mel. Cheviot m. dunkl. Streif., sehr elegant	30 M.
Ser. VII Braun mel. Cheviot mit br. Fischgr.-Muster, sehr mod.	30 M.
Ser. VII Eskimo, schwarz und grau mel., besonders gute Qual.	33 M.
Ser. VIII Dunkelgrau mel. Cheviot, Ia Qual., bes. zu empfehl.	33 M.
Ser. IX Olivbrauner Cheviot mit grünlich. Streif., neue Farbe	38 M.
Ser. IX Dunkel-mittelgr. u. mel. Chev. m. schm. br. St., sehr eleg.	38 M.
Ser. X Eskimo, schw. u. grau mel. Ia Qual., bes. zu empfehlen	43 M.
Ser. X Marengo Cheviot mit dunklen Streifen, sehr elegant	43 M.
Ser. XI Dkl. u. mel. Chev. m. br. Streif. u. bestfd., Ers. f. Maß	48 M.
Ser. XI Sch. Eskimo, m. Seide durchw., erstkl. Fbr., Ers. f. Maß	48 M.
Ser. XII Dkl.- u. mittelgrau mel. Chev. m. dl. Str., sehr elegant, erstkl. Arb.	53 M.

Herren-Ulster

Ser. III Dunkelgrau mel. Cheviot mit bräunlichen Streifen	17 M.
Ser. IV Braun mel. Cheviot mit breitem Fischgrätenmuster u. dunklen Streifen, sehr modern	20 M.
Ser. IV Grau mel. Cheviot m. farb. Effekten, sehr elegant	20 M.
Ser. V Olivbrauner Cheviot mit grünl. Effekt., neueste Farb.	23 M.
Ser. V Mittelgrau mel. Chev. mit breiten Streifen, vorz. i. Tragen	23 M.
Ser. VI Dkl. mel. Cheviot mit feinen Streifen	26 M.
Ser. VI Braun mel. Chev. m. breit. Fischgrätenmuster, sehr eleg.	26 M.
Ser. VII Dunkelgrau mel. Chev. m. farb. Eff., besond. z. empfehl.	30 M.
Ser. VII Olivbrauner Cheviot m. breit. Streifen, neueste Farbe	30 M.
Ser. VII Mittelgrauer Chev. mit grünl. Effekt., vorzügl. Qual.	30 M.
Ser. VIII Dunkelgr. mel. Chev. m. br. Fischgrätenmust., sehr eleg.	33 M.
Ser. VIII Dunkelbr. mel. Chev. m. grünlichen Streifen, sehr mod.	33 M.
Ser. VIII Marengo Cheviot mit dunklen Streifen, sehr vornehm	33 M.
Ser. IX Olivbrauner Cheviot m. grünlichen Effekt., sehr mod.	38 M.
Ser. IX Mittelgr. Chev. m. schmal. Fischgrätenmust., sehr z. empf.	38 M.
Ser. IX Dunkelgrauer Chev. mit farb. Effekt., prima Qualität	38 M.
Ser. X Dunkelbraun mel. Chev. m. fein. Streifen, Ersatz f. Maß	43 M.
Ser. X Mittelgrau mel. Chev. mit dunkl. Streifen, erstkl. Verarb.	43 M.
Ser. XI Olivbrauner Cheviot m. breitem Fischgrätenmuster	48 M.

Sämtliche Neuheiten sind in meinen 7 Schaufenstern ausgestellt

Oben angeführte Artikel sind auf **Roßhaar** verarbeitet. Ich vermeide dadurch das häßliche Einfallen des Kleidungsstückes auf Schulter und Achsel und erziele eine Eleganz, die selbst der besten Maßarbeit nicht nachsteht und sich auch durch jahrelanges Tragen nicht verliert.

D. Perleberg

Spezialhaus für Herren- und Knaben-Bekleidung

Chaussee-Strasse 63, Ecke Liesenstr.

Spezialität: Kleidung für korpulente Herren und besonders schlanke Herren

mit Prof. Detsinyi's Radial-Asbest-Gasofen, Fabrikat der Allg. Elektriz.-Ges. — 14 Patente — Radial kostet 5 Mark, ist aus Asbest, nicht aus Blech, unbegrenzt haltbar und wird durch das Brennen noch dauerhafter. Radial heizt für 2 Pf. pro Stunde jeden Wohn- und Arbeitsraum, Büro, Salon, Diele, Korridor etc., 80-100 cbm, schneller und intensiver als jeder große, teuere Ofen, vor allem garantiert geruchlos, strahlt die Wärme nach abwärts, erwärmt zuerst den Fußboden!

Ueberall verwendbar, kann von jedem Laien in 1/2 Min. ohne besondere Gasleitung installiert werden. — In Holzkiste verpackt, portofrei M. 5,80. Nachn. 30 Pf. mehr.

Deutsche Radial-Gesellschaft, Berlin 129, Leipziger Straße 26.

Auf der Ausstellung für Bureaubedarf am Zool. Garten, Stand 152a.

Bil.ig und gut

kaufen Sie **nur** im grössten

Spezial-Geschäft für moderne

Herren-Bekleidung

fertig und nach **Mass**

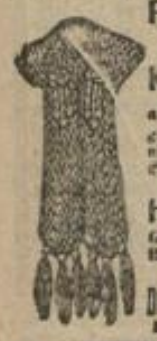
gegen Bar und auf Teilzahlung

Wochenrate von **1 Mark** an.

J. Kurzberg

Rosenthalerstr. 40 | A. d. Jannowitzbrücke 1

direkt a. Hackesch. Markt | direkt am Bahnhof



Pelz-Stolas, Muffen, Kindergarnitur

nur streng reelle Ware, gebe zu außerordentlich niedrigen Preisen bei sehr großer Auswahl auch einzeln ab.

Hut-Arnold

Grosshandlung für Hüte, Mützen und Pelzwaren

Dresdenerstr. 116 (Kein Laden)

Kein Kaufzwang.

Spezial-Ausschank Berlin

Potsdamerstr. 127-128

Ecke Eichhornstraße, nahe Potsdamer Platz

KÖNIGL. HOFBRÄU

München — Vorzügl. Küche z. klein. Preis. — Diners 1 M. — Vereinszimm.

Sehenswürdigkeit ersten Ranges!

NEU!

Für 1 Mark

wöchentliche Teilzahlung liefert das Verdhaus Berliner Herren-Moden (Friedrichstraßenstr. 28-29, am Molkenmarkt)

Herrenrobe fertig u. nach Maß ohne Preisaufschlag

Verarbeitung haltbarer Stoffe unter Garantie für tadellosen Sitz. — Stoffproben versendet. — Reichhaltigste Maßanzüge, Paletots (Mackintosh-Garderobe) werden im Konsumhaus am Frankfurter Allee 155, die Mäntel direkt zu den billigsten Kassapreisen gegen Rasse verkauft. 1240

Epochemachende Erfindung! Vollkommenster orthopädischer Apparat für Erwachsene und Kinder!

Bei Rückgrat-Verkrümmung

Unsymmetrie der Schulterblätter u. Hüften wirkt unbedingt bessernd mit überraschendem Erfolg der

Haas'sche lenkbare Gradehalter-Apparat

Patente in allen Kulturstaaten.

General-Vertreter: **F. Menzel, Gothenstraße 1c,** am Bahnhof Schöneberg. — Sprechstd. 9—12, 3—6, Sonntags 11—1.

Verlangen Sie gratis Prospekt 5.

Fachmännische Beratung unentgeltlich. 12/4*

Für Berlin neu und bedeutungsvoll.

4883L.*

Erprobt und bewährt!

Spiritus-Glühlicht-

Lampen u. Brenner

Spiritus-Zentrale G. m. b. H.

Berlin NW. 7, Friedrichstr. 96, gegenüber dem Central-Hotel.

Kein Kaufzwang! | Preisliste kostenlos!

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Partei-Angelegenheiten.

Erster Wahlkreis. Sonntag, den 8. d. M., abends 6 Uhr, in der „Lebensquelle“, Kommandantenstr. 20: Versammlung mit Frauen. Vortrag des Genossen Schriftsteller Max Schütte über: „Vor 80 Jahren“. Nachdem: Geselliges Beisammensein. Eintritt mit Garderobe 20 Pf. Tanz frei.

Zweiter Wahlkreis. Heute, Sonnabend, den 7. November, abends 8½ Uhr, bei Kliem, Hasenheide 13/15: Unterhaltungsabend, bestehend aus Konzert, Gesang, humoristischen Vorträgen, unter Mitwirkung des Gesangvereins „Kreuzberger Harmonie“ und des beliebten „Berliner Ulk-Trio“. **Eintrittspreis inkl. Tanz 30 Pf.** Billetts sind bei den Abteilungs- und Bezirksführern sowie in den Parteispeditionen zu haben. Der Vorstand.

Zur Lokalliste. Bezüglich der Sperre des Lokals „Köpenicker Hof“, Köpenicker Straße 174, teilen wir mit, daß die Inhaberin desselben, Frau Anna Eichler, den Vereinen gegenüber, die dort Vergnügungen abgeschlossen hatten und die über die Wiederfreigabe des Lokals verhandeln wollten, die Erklärung abgegeben hat, lieber wolle sie die betreffenden Vereine vom Vertrage entbinden, als daß sie das Lokal der Arbeiterschaft zu Versammlungen hergeben würde. Wir ersuchen daher diejenigen Vereine, die noch dort abgeschlossen haben sollten, obiges zu beachten.

Auf Wunsch des Berliner Musikvereins „Schrammeln“, der zum 7. d. M. sein Stiftungsfest in obigem Lokal geplant hatte, teilen wir mit, daß derselbe unter den eingetretenen Verhältnissen das Fest dort nicht abhält, sondern daß dasselbe am 14. d. M. im „Dresdener Kasino“, Dresdener Straße 99, stattfindet, und daß alle bereits zum 7. d. M. ausgegebenen Billetts hierzu Gültigkeit haben. Die Lokalkommission.

Halensee. Morgen, Sonntag früh 8 Uhr, findet eine Handzettelverbreitung für unseren Ortsteil statt. Die Genossen finden sich in den beiden Bezirkslokalen ein. Der Vorstand.

Treptow-Baumschulenweg. Die Mitglieder des Ortsteils Treptow werden ersucht, zu der am Sonntag früh 8 Uhr stattfindenden Handzettelverbreitung sich in den Bezirkslokalen einfinden zu wollen. Der Vorstand.

Friedrichsfelde. Morgen, Sonntag, früh 8 Uhr, findet eine wichtige Flugblattverbreitung von den Bezirkslokalen aus statt. Der Vorstand.

Schmargendorf. Morgen, Sonntag, findet eine Agitationstour statt; hierzu müssen sich die Genossen früh ¾8 Uhr pünktlich im „Lindenbaum“ einfinden. Der Vorstand.

Königs-Wusterhausen und Umgegend. Sonntag, den 8. November, vormittags 8 Uhr, findet von den Bezirkslokalen aus in allen zum Königs-Wusterhausener Wahlverein gehörigen Bezirken die diesjährige Kalenderverbreitung statt. Da das Material umfangreich ist, so ist die Mithilfe aller Genossen und Genossinnen erforderlich. Der Vorstand.

Zernsdorf. Am morgigen Sonntag, früh 7½ Uhr, findet für die Orte Zernsdorf, Kablow, Ziegelei Dannreich und Friedershof eine Agitationstour statt. Die Genossen treffen sich pünktlich im Lokal von Julius Knorr.

Reinickendorf-Ost und West. Am Sonntag, früh 8 Uhr, findet von den bekannten Stellen aus eine Handzettelverbreitung statt.

Ferner weisen wir nochmals auf die am Sonntagnachmittag stattfindende Uraniavorstellung hin. Beginn derselben 5 Uhr. Eröffnung der Säle 4 Uhr. Billetts sind vor der Vorstellung noch an der Kasse zu haben. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

„Vorwärts“-Leser in Krankenhäusern.

Immer wieder wird darüber geklagt, daß in Krankenhäusern den Patienten allerlei Scherereien gemacht werden, wenn sie, nach ihrer gewohnten Zeitungslektüre verlangend, sich den „Vorwärts“ bringen lassen wollen. Zu den Krankenhäusern, in denen der Haß gegen den „Vorwärts“ sich am giftigsten äußert, gehört das Urban-Krankenhaus. Hier ist es besonders der Pavillon III, in dem alles mögliche versucht wird, um den Patienten den „Vorwärts“ abzugewöhnen. Im Pavillon III kommandiert der Wärter Voß. Ueber ihn berichteten wir schon vor einiger Zeit, daß er sich darin gefällt, gegenüber den „Vorwärts“-Lesern den „Vorwärts“ als „Mistblatt“ zu bezeichnen. Wenn es diesem Wächter Voß paßt, so lehnt er es überhaupt ab, einem Patienten den „Vorwärts“ auszuhändigen. Der Mann weiß, was er sich im Urban-Krankenhaus erlauben darf. Er fußt darauf, daß er den Beifall des Verwaltungsdirektors Diesener hat. Herr Diesener selber bringt es fertig, auf eine Beschwerde über Vorenthaltung des „Vorwärts“ zu antworten, man brauche ja nicht gerade den „Vorwärts“ zu lesen, es gebe ja auch noch andere Zeitungen. „Wie der Herre, so's Gescherre“, sagt ein Sprichwort. Wie der Verwaltungsdirektor Diesener, so der Wärter Voß — sie sind einer des anderen würdig.

Uebrigens wird von beiden, dem Herrn Diesener samt dem Herrn Voß, nur ausgeführt, was die „Maßgebenden“ im Rathaus wünschen. Den Geist, der den Rathausfreisinn beseelt, kennzeichnet es, daß in Anstalten der Stadt wehrlose Kranke in dieser skandalösen Weise brutalisiert werden dürfen. Die „Spitzen“ der Krankenhausverwaltung wissen von diesen Zuständen, aber sie sorgen nicht dafür, daß es anders wird. Man komme uns nicht mit der Antwort, das Krankenhauspersonal sei gar nicht dazu da, den Zeitungsboten zu spielen, das gehöre nicht zur Krankenpflege. Gilt es als vereinbar mit den Pflichten eines Wärters, einem Patienten seine „Morgenpost“ oder ähnliche im Rathaus als ungefährlich geschätzte Blätter regelmäßig und pünktlich ans Bett zu bringen, so wird wohl der ordnungsmäßige Betrieb des Krankenhauses auch dadurch nicht gefährdet werden, daß mit dem gefürchteten und gehaßten „Vorwärts“ in gleicher Weise verfahren werden soll. Es ist dringend zu wünschen, daß von der Krankenhausverwaltung endlich einmal bestimmte Vorschriften darüber gegeben werden, wie weit das Recht der Krankenhausinsassen auf Zeitungslektüre geht. Wenn die Krankenhausverwaltung der Meinung ist, daß den Patienten ein solches Recht zusteht — fast möchte man daran zweifeln, daß sie dieser Meinung sei —, so wird sie anordnen müssen, daß in diesem Punkte alle Patienten und alle Zeitungen gleich behandelt werden und daß jedem Patienten seine Zeitung regelmäßig und pünktlich ausgehändigt wird. Auf eine Mitwirkung des Personals wird dabei nicht verzichtet werden können, das ist richtig. Wenn es aber einem Wärter oder einer Schwester wider den Strich geht, auch den „Vorwärts“ einem Patienten ans Bett zu bringen, so wird solchen Angestellten nur übrig bleiben, sich nach Beschäftigungen umzusehen, wo ihnen das nicht zugemutet werden kann.

Der erste Schnee. Er „blieb liegen“ und er „backte“ sogar — für die Schuljugend ein Hauptvergnügen und für die Wetterweisen ein Zeichen, daß wir einen strammen Winter und noch recht viel Schnee bekommen. Erst in den frühen Morgenstunden hatte der überraschend zeitig gekommene Schneefall eingesetzt, immerhin lag die schöne weiße Decke, als Frau Holle gegen sieben Uhr mit dem Bettenmachen aufhörte, mehrere Zoll hoch. Auf den Feldern in der nächsten Umgegend sah es schon so richtig wie ein großes Leichentuch aus, in den Berliner Straßen verschwand das winterliche Bild bald wieder. Die Hausreiniger waren meist sehr früh auf dem Posten, die kontrollierende Polizei fand nichts mehr zum „Aufschreiben“. Im Verkehr machte sich von vornherein keine Störung bemerkbar. Die unendlich vielen Arbeitslosen, die gern recht viel von den glitzernden Sternchen gesehen hätten, kamen noch nicht auf ihre Rechnung. Frau Holle hatte ja nur gespaßt und bloß ihre Visitenkarte abgegeben.

Wegen Gefährdung eines Eisenbahntransports stand gestern der Straßenbahnführer Schulz vor der 147. Abteilung des Amtsgerichts Berlin-Wedding. Ihm wurde zur Last gelegt, nicht rechtzeitig gebremst zu haben und dadurch auf einen Straßenbahnzug, der am Paul-Gerhardt-Stift hielt, aufgefahren zu sein. Der Zusammenstoß hat erhebliche Folgen nicht gehabt. Der Angeklagte legte dar, daß ihn ein fahrlässiges Verschulden nicht treffe. Er habe bereits an der Kameruneristraße den Strom ausgeschaltet und bereits an der Türkenstraße langsam gebremst. Als er merkte, daß das Bremsen nicht genügte, habe er die Bremse schärfer angezogen, schließlich den Sandstreuer und die Handbremse in Bewegung gesetzt. Daß sein Zug aufgefahren sei auf den vor ihm haltenden Wagen, sei darauf zurückzuführen, daß infolge der durch Sprengung schlüpfrig gewordenen Schienen dieser Schlitten gefahren sei. Durch Zeugen und Sachverständige wurden die Angaben des Straßenbahnführers nicht widerlegt, sodaß selbst der Vertreter der Amtsanwaltschaft Freisprechung beantragte, da ein fahrlässiges Verschulden nicht nachgewiesen sei. Das Gericht erkannte dem Antrage gemäß.

Erst Geld, dann Hilfe!

Wer plötzlich einen Arzt braucht und den ersibesten aufsucht, dem kann es passieren, daß der Arzt kühl erklärt, zunächst solle er mal Geld auf den Tisch legen, dann werde ihm Hilfe werden. Wer schleunigst einen Krankenwagen herbeirufen will, um einen Schwerkranken wegbringen zu lassen, der kann gleichfalls die Erfahrung machen, daß man zu allererst Bezahlung verlangt, ehe man die erbetene Hilfe gewährt. Bei einem Arzt mag mancher das verwunderlich finden, weil immer noch die althergebrachte Meinung gilt, daß Aerzte eigentlich keine Geschäftsleute seien. Bei einem Unternehmer, der das Geschäft des Krankentransports betreibt, wird man weniger rasch sich wundern, wenn der nach dem Grundsatz handelt: „Bar Geld lacht.“ Wie weit die Scheu, Kranke „auf Borg“ zu transportieren, getrieben werden kann, das lehrt der folgende Fall.

Bei der dreizehnjährigen Tochter eines in der Rügener Straße wohnenden Händlers L. hatten sich starke Unterleibsblutungen eingestellt, die dem behandelnden Arzt so bedenklich erschienen, daß er Ueberführung in ein Krankenhaus empfahl. Das Kind war durch die seit Tagen andauernden Blutungen sehr entkräftet, an einen Transport mit Droschke oder gar Straßenbahn war nicht zu denken, es mußte also ein Krankenwagen beschafft werden. Da der Vater meinte, einen Krankenwagen nicht bezahlen zu können, so wandte er sich an ein Mitglied der zuständigen Armenkommission und bat um Hilfe. Der betreffende Herr hielt ein Eingreifen der Armenpflege für notwendig, bestellte telephonisch bei dem Krankentransport-Unternehmer Kopp einen Krankenwagen, schrieb dem Hilfesuchenden einen Krankenschein und schickte ihn mit diesem zum Armenarzt, der dann die Ueberweisung in ein Krankenhaus anordnete. Dieser Schein hätte nun noch vom Vorsteher der Armenkommission unterschrieben werden müssen, aber der Herr Vorsteher wurde in seiner Wohnung nicht angetroffen. Inzwischen war der Krankenwagen bereits vorgefahren. Das Armenkommissionsmitglied ließ dem begleitenden Personal, dem Kutscher und einem Wärter, durch einen Boten sagen, der Transport werde bezahlt werden, man solle nur losfahren. Aber das Personal antwortete, die Fahrt könne nicht ausgeführt werden, wenn nicht im voraus bezahlt werde. Auch als der Schein, dem immer noch die Unterschrift des Vorstehers fehlte, vorgewiesen wurde, beharrten Kutscher und Wärter dabei, sie dürften nicht fahren. Es blieb nur übrig, schleunigst die Fuhrkosten irgendwo zu borgen und sie im Betrage von 10 M. zu bezahlen. Erst nachdem dies geschehen war, wurde das Kind nach dem Krankenhause geschafft.

Dieses Vorkommnis zeigt aufs neue, wie sehr es zu wünschen ist, daß der Krankentransport zu einem Unternehmen der Gemeinde gemacht würde. Die Annahme, daß die privaten Krankentransportunternehmer auf Verlangen sofort einen Wagen zu liefern und die Fahrt auch ohne vorherige Bezahlung auszuführen haben, ist ein Irrtum. Sie tun das höchstens dann, wenn sie amtlich darum ersucht werden, und auch in diesem Fall sichern sie sich noch, daß bei der Bestellung alles „ordnungsgemäß“ zugegangen ist und ihr Anspruch auf Bezahlung begründet werden kann. Das Begleitpersonal des Koppschen Krankenwagens hat bei der Weigerung zu fahren sich offenbar auf eine Vorschrift gestützt, die von der Firma Kopp gegeben worden ist. Es wäre interessant, den Wortlaut dieser Vorschrift kennen zu lernen. Wir können uns nicht denken, daß Kutscher und Wärter so beharrlich die Fahrt abgelehnt hätten, wenn sie nicht auf Grund früherer Erfahrungen gefürchtet hätten, daß sie von der Firma verantwortlich gemacht werden würden. Es wird uns übrigens gesagt, auch die Polizei sei von dem Vater um ihre Mitwirkung ersucht worden, sie habe aber erklärt, da könne sie nicht eingreifen. Die Organe der Armenpflege sollen, soviel wir wissen, bei Ueberweisung von Kranken in ein Krankenhaus gerade das Polizeibureau um Bestellung des vom Armenarzt etwa verordneten Krankenwagens ersuchen. Das Armenkommissionsmitglied scheint das nicht gewußt zu haben, und auch die Polizei hat wohl nicht erkannt, daß hier in der Tat für sie ein Anlaß gegeben war, einzugreifen.

Der Doktortitel als Garntreiber. Im „Lokalanzeiger“ finden wir das folgende durchsichtige Inserat: „Dr. zur Gründung einer Firma gesucht. Offerten mit Honoraransprüchen unter . . . an die Hauptexped. d. Bl.“ Die merkwürdige Form dieses Inserats läßt vermuten, daß es sich um höchst unsaubere Geschäfte handelt, bei denen der Doktortitel des vorgeschobenen „Mitinhabers“ den zu rupfenden Goldfasanen als Lockspeise dienen soll. Jedes andere halbwegs anständige Blatt hätte solche Annonce zurückgewiesen. Nur dem Scherlblatt stinkt sie nicht.

Vom Kahn gestürzt und ertrunken ist der Schiffsgehilfe Ernst Menter aus Fürstenberg. Der junge Mensch war auf einem Lastkahn, der die Oberspree passierte, tätig gewesen. Während er nun mit einer Stechstange das Fahrzeug weiter bewegte, bog er sich zu weit über den Bordrand hinweg, verlor das Gleichgewicht und stürzte in die kalten Fluten. Er ging sofort unter und ertrank, bevor Hilfe zur Stelle sein konnte.

Bei den gestern stattgefundenen Ergänzungswahlen der Arbeitnehmerdelegierten zur Krankenkasse der Berliner Gastwirte-Innung versuchten nicht weniger als 14 Vereine und Vereinchen in trauter Gemeinschaft mit den Unternehmern die Liste des Verbandes der Gastwirtsgehilfen zu überstimmen. Sogar das Hilfspersonal, welches vor der Wahl von den nationalen Helden als „Zeugs“ bezeichnet worden war, hatte man dazu aufgeboten. Aber alle Anstrengungen halfen nichts. Selbst der liebe Gott, den man in einer Versammlung des nationalen Deutschen Kellnerbundes zur Hilfe angerufen hatte, verhinderte nicht, daß die Liste des Verbandes der Gastwirtsgehilfen siegreich aus der Wahl hervorging.

Aus dem Polizeibericht. Beim Ueberschreiten des Fahrdammes der Straße Unter den Linden an der Ecke der Friedrichstraße wurde Donnerstag nachmittag der 57 Jahre alte Invalide Karl Großmann von einem Geschäftswagen umgestoßen. In einer Droschke schaffte man ihn nach der Rettungswache in der Ziegelstraße, wo der Arzt eine Quetschung des rechten Unterschenkels und Hautabschürfungen am Kopf feststellte und ihm die ersten Verbände anlegte. — Vor dem Hause Alexanderstraße 40 stürzte abends der 60 Jahre alte Bäckergeselle Paul Sommer, der ein künstliches Bein trägt, infolge eines plötzlichen Schwindelanfalles von der vorderen Plattform eines Straßenbahnwagens der Linie 71 auf den Fahrdamm. Man brachte ihn mit einer Kopfverletzung nach der Unfallstation in der Keibelstraße und dann nach dem Krankenhause am Friedrichshain. — Der 42 Jahre alte Leitungsaufseher Ernst Wolff wurde abends beim Ueberschreiten des Fahrdammes vor dem Grundstück Potsdamer Straße 27 von einem Straßenbahnwagen der Linie 66 umgestoßen und unter die Vorderplattform gequetscht. Man konnte ihn erst aus seiner Lage befreien, nachdem man die „Elektrische“ durch eine mitgeführte Winde angehoben hatte. In einer Kraftdroschke fuhr man den Verunglückten nach dem Elisabeth-Krankenhaus, wo man eine Gehirnerschütterung konstatierte und ihn aufnahm. — Auf der Kreuzung der Gericht- und Reinickendorfer Straße erfolgte vormittags ein Zusammenstoß zwischen einem Straßenbahnwagen der Linie 82 und einem mit Schaufensterscheiben beladenen Arbeitswagen, wobei an dem ersteren eine Seitenscheibe zertrümmert und das Handpferd des Arbeitswagens durch Glassplitter am Maule verletzt wurde. — Abends sprang der 51 Jahre alte Viehhofsarbeiter Ferdinand B. am Kupfergraben, nahe der Monbijou-Brücke, in den Kanal. Er wurde zwar gleich darauf von zwei Schiffern wieder herausgezogen, doch sind Wiederbelebungsversuche, die ein zufällig vorübergehender Mediziner anstellte, erfolglos geblieben. Die Leiche ist dem Schauhause zugeführt worden. Beweggrund unbekannt. — Kurz vor Abfahrt des Zuges Nr. 698 vom Wriezener Bahnhofe brachte sich abends gegen 7 Uhr ein unbekannter, etwa 25 Jahre alter, anscheinend den mittleren Ständen angehörender Mann in einem Abteil 2. Klasse einen Revolverschuß in die rechte Schläfe bei. Nach Anlegung eines Notverbandes schaffte man ihn in bewußtlosem Zustande nach dem Krankenhause Bethanien. — Als Donnerstag früh die Tischlerfrau Bertha W. in ihrer Wohnung in der Winsstraße erwachte, fand sie ihren 58 Jahre alten Ehemann Adolf W. am Riegel des Küchenfensters erhängt vor. Ein herbeigerufener Arzt konnte nur noch den Tod feststellen. W. litt seit Jahren an heftigen Kopfschmerzen, die ihn auch in den Tod getrieben haben dürften. W. scheint auch erblich belastet gewesen zu sein, da bereits zwei Brüder von ihm Selbstmord begangen hatten. — In der Wohnung seines Onkels in der Stargarder Straße versuchte vormittags der 27 Jahre alte Arbeiter Oskar M. sich mit einem Rasiermesser den Hals durchzuschneiden. Der hinzugezogene Arzt stellte eine 10 Zentimeter lange, nicht lebensgefährliche Wunde fest und ließ ihn nach der Unfallstation II schaffen. Später fand er im Lazaruskrankenhaus Aufnahme. Arbeitslosigkeit soll den M. zu dem Selbstmordversuch veranlaßt haben.

Feuerwehrbericht. In der Nacht zum Freitag wurde der 19. Zug nach der Taubenstraße 35 gerufen, wo in dem Schuhwarenlager von S. Jacoby an der Ecke der Friedrichstraße Feuer ausgekommen war. Die Treppen waren bei Ankunft der Feuerwehr verqualmt, was Beunruhigung hervorrief. Eine Frau wurde über die Treppen von der Feuerwehr in Sicherheit gebracht und die Flammen durch kräftiges Wassergeben auf das Schuhwarenlager beschränkt. Um 1 Uhr konnte die Wehr wieder abrücken. Gestern früh um 5 Uhr brannten in der Stephanstraße 44 in einer Schlächterei der Fußboden, die Balkenlage und anderes. In dem Hause Steinmetzstraße 77 war ein Ballon mit Schwefelsäure geplatzt. Die Schwefeldämpfe drangen von dem Keller in die Wohnungen ein. Um die Gefahr zu beseitigen, wurde die Feuerwehr benachrichtigt. Diese drang mit Rauchschutzapparaten ausgerüstet in den Keller ein und beseitigte durch Aufwerfen von Sand usw. die Gefahr. Bei der Schleuse an der Friedrichsgracht war ein Arbeitsprahm leck geworden und drohte zu sinken. Die Feuerwehr pumpte das Wasser aus und dichtete dann das Leck. Der 1. Zug hatte in der Wadzeckstraße 22-23 zu tun, wo Terpentin und anderes brannten. Durch kräftiges Wassergeben gelang es, die Flammen an weiterer Ausdehnung zu verhindern. Vor dem Hause Kastanienallee 60 brannte ein Automobil zum großen Gaudium der lieben Straßenjugend. Die Feuerwehr mußte gerufen werden, um die Flammen zu löschen. Am Weinbergsweg 19-20 standen Kisten und Verschläge mit Packmaterial in Flammen. Auch hier hatte die Feuerwehr tüchtig zu löschen. Am Elisabethufer 19 war in einem Trockenraum Feuer ausgekommen, das auf seinen Herd beschränkt werden konnte. Ferner hatte die Wehr einen Kellerbrand in der Forster Straße 53 zu löschen. Weitere Alarme liefen vom Weidenweg 43 und anderen Stellen ein.

Vorort-Nachrichten.

Rixdorf.

Die Kommission zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit hat beschlossen, ebenfalls am 17. November und nach demselben System wie Berlin eine Zählung der Arbeitslosen vorzunehmen.

Zu diesem Zweck sollen auch in Rixdorf zwölf Zählbureaus eingerichtet werden, welche mit je einem bis zwei Lehrer, ebensoviel bürgerlichen Vertretern und je vier Arbeitslosen besetzt werden, die die Zählung vorzunehmen haben.

Die Zählung soll von 8 bis 12 Uhr vormittags für männliche und von 12 bis 3 Uhr nachmittags für weibliche Arbeitslose erfolgen.

Für diejenigen, welche noch keine Zählkarte ausgefüllt haben, sollen in den Bureaus nach erfolgter Legitimation die auf den Zählkarten befindlichen dreizehn Fragen beantwortet werden.

Die Zählkarten werden jedoch auch vorher bei den Gewerkschaften zu haben sein, so daß jeder Arbeitslose schon vorher seine Karte zu Hause ausfüllen kann und nach erfolgter Legitimation nur abzugeben braucht.

Die sich meldenden Arbeitslosen sind an keine bestimmten Zählbezirke gebunden, es sollen Vorkehrungen getroffen werden, die Doppelzählungen unmöglich machen.

Die Zähllokale werden noch durch amtliche Bekantmachungen in den Zeitungen sowie durch Säulenanschlag bekannt gegeben werden.

Bemerkenswert ist, daß bei dieser Gelegenheit sich ein bürgerlicher Vertreter bitter über die Bevorzugung der Lehrer gegenüber den Bürgern der Stadt beklagte. Er empfinde es als eine Zurücksetzung, daß die Lehrer, ebenso wie bei der Landtagswahl, den Vorsitz in diesen Bureaus haben sollen und lehnte unter solchen Umständen eine Mitarbeit ab.

Bezüglich der Beschaffung der Arbeitsgelegenheit wurde mitgeteilt, daß die Eisenbahndirektion die kompostierte Erde des Müllabladeplatzes nicht zu Aufschüttungen verwenden wolle, weshalb es leider unmöglich sei, den ganzen Platz räumen zu lassen. Man wolle jedoch das Material zur Aufschüttung einiger Straßen verwenden, wodurch immerhin eine größere Anzahl ungelernter Arbeiter Beschäftigung finden könne.

Um den gelernten Arbeitern Beschäftigung zu schaffen, sollen die beiden Deputationen für Hoch- und Tiefbau ersucht werden, alle in Aussicht genommenen Arbeiten sofort in Angriff zu nehmen und bei der Einstellung von Arbeitern vor allen Dingen Arbeiter aus Rixdorf zu berücksichtigen.

Der Magistrat versprach, auch den Privatunternehmern, welche städtische Bauten aufführen, diesen Wunsch zu unterbreiten.

In der nächsten Sitzung sollen die beiden Deputationen Vorschläge über die zu beschleunigenden Arbeiten machen.

Ueber eine Vergiftungsaffäre einer Fünfzehnjährigen wird folgendes berichtet: In der gestrigen Nacht drang aus dem Schlafzimmer der beiden Dienstmädchen des Gastwirts R., Mayhachufer, starker Gasgeruch heraus. Man schöpfte Verdacht und ließ, da auf wiederholtes Klopfen nicht geöffnet wurde, die Tür gewaltsam öffnen. Beim Betreten des Zimmers fand man die beiden Mädchen in besinnungslosem Zustand auf den Betten liegend vor. Das Schlafzimmer war vollständig mit Gas angefüllt. Die Hähne der Gasleitung standen offen. Die beiden jungen Mädchen wurden sofort ins Freie getragen und es gelang auch, beide wieder ins Leben zurückzurufen. Die Polizei ermittelte, daß das 15jährige Dienstmädchen Emilie Morgenstern die Gashähne geöffnet hatte. Wie sie bei ihrer Vernehmung angab, ist sie von ihrem früheren Dienstherrn in Berlin vergewaltigt worden. Bald zeigten sich die Folgen, und um der Schande zu entgehen, wollte das Mädchen freiwillig in den Tod gehen. Das zweite Dienstmädchen, Karoline Peukert, hatte von dem Vorhaben der Kollegin keine Ahnung gehabt.

Charlottenburg.

Mit den Verhältnissen in dem städtischen Restaurant Charlottenburger Ratskeller beschäftigte sich in der Nacht vom Donnerstag zum Freitag eine vom Verbande deutscher Gastwirtsgehilfen einberufene gutbesuchte öffentliche Versammlung, an der auch die Angestellten des genannten Betriebes vollzählig teilnahmen. Trotz besonderer Einladung erschienen die bürgerlichen Stadtverordneten nicht, doch war die sozialdemokratische Fraktion durch den Genossen Gebert vertreten. Der Referent, Baumeister-Berlin, stellte fest, daß dem Oekonom, Herrn Heyne, stellvertretender Obermeister der berüchtigten Berliner Gastwirtsinnung, der städtische Rathauskeller, den er zu äußerst günstigen Bedingungen betreibt, als Gewinnquelle recht ist, während er eine andere städtische Einrichtung, den kostenlosen städtischen Arbeitsnachweis, völlig ignoriert und sein Personal zum großen Teile von gewerbsmäßigen Stellenvermittlern bezieht. Die Kellner erhalten ein monatliches Gehalt von 10 M., wovon noch 4—5 M. für Krankenkassen- usw. Beiträge in Abzug gebracht werden. In eine, von den Angestellten nicht kontrollierte Strafkasse sind 25 bis 50 Pf. für Zuspätkommen zu zahlen. Für Stühleaufkippen zahlen sie je 10 Pf. Die Ruhetagsverordnungen existierten für den städtischen Pächter Heyne bisher nicht. Auch über die Behandlung wurde lebhafte Klage geführt. Genosse Gebert nahm Veranlassung, diese und andere Mißstände durch sofortiges Befragen der anwesenden Angestellten, auch des Oberkellners, festzustellen. Zum Schluß wurde eine Resolution einstimmig angenommen, in der es u. a. heißt:

„Die Versammelten erblicken in den Lohn- und Arbeitsverhältnissen einesteils und in der Behandlung der Angestellten anderenteils durch den Oekonom Herrn Heyne eine Erniedrigung der Ehre der Angestellten, weil dieselben sich nicht als Menschen, sondern als Sklaven fühlen müssen. Ein derartiges Verhältnis widerspricht unter allen Umständen dem liberalen Charakter der Stadt und muß es Aufgabe der Stadt sein, daß in ihren, oder in denjenigen Betrieben, wo sie Einfluß ausüben kann, diese Betriebe als mustergültig hingestellt werden können.

Die Versammlung beauftragt das Bureau in Verbindung mit dem Verbande der deutschen Gastwirtsgehilfen zwecks Regelung dieser Angelegenheit sich mit dem Oekonom des Ratskellers in Verbindung zu setzen; sollte eine Regelung nicht stattfinden, so sollen die obengenannten Beauftragten sich an die Stadtverwaltung wenden."

In dem Bericht über die letzte Stadtverordnetenversammlung ist als Fraktionsredner zu der Vorlage über Mehrbewilligungen im Armenetat Genosse Hirsch genannt; es muß Zietsch heißen.

Schöneberg.

Im Mozartsaal des Neuen Schauspielhauses am Nollendorfplatz referiert heute abend Herr Maximilian Harden über „Die politische Lage". Als Eintritt werden Preise von 2, 3 und 4 M. erhoben. Dieser Vorgang an sich würde kein Grund für uns sein, an dieser Stelle Notiz zu nehmen, wenn sich nicht die Direktion der Theater- und Saalbaugesellschaft der Arbeiterschaft gegenüber verpflichtet hätte, keine politische Veranstaltung in ihren Sälen stattfinden zu lassen, sondern dieselbe nur für künstlerische Zwecke herzugeben. In diesem Falle scheint nun die genannte Gesellschaft von ihrem Versprechen abgegangen zu sein, wenn anders der besagte Vertrag nicht als Komödie betrachtet wird. Die Arbeiterschaft verlangt, daß sie mit demselben Maßstab gemessen wird, wie die bürgerlichen Parteien.

Steglitz.

Achtuhrladenschluß? Der Kaufmännische Verein für Steglitz und Umgegend hat den Antrag auf Abstimmung zwecks Einführung eines früheren Geschäftsschlusses für den hiesigen Ort eingereicht. Es ist zu hoffen, daß bei der amtlichen Abstimmung die Mehrheit der hiesigen Inhaber von offenen Verkaufsstellen für den Achtuhrschluß stimmen wird. — Die Bewegung auf Einführung eines früheren Geschäftsschlusses wird übrigens neuerdings von amtlicher Seite unterstützt, und zwar von den Landräten der Kreise Teltow und Niederbarnim, die in einer Verfügung die Amtsvorsteher auf die Zweckmäßigkeit eines einheitlichen Geschäftsschlusses in Groß-Berlin aufmerksam machen.

Erhöhung der Kirchensteuern. Wie der Gemeinde-Kirchenrat bekannt macht, wird für das zweite Halbjahr des Etatsjahres 1908/09, also vom 1. Oktober 1908 bis 1. April 1909, die Kirchensteuer von 12 auf 16 Proz. der Staatseinkommensteuer erhöht unter Freilassung der Steuerstufen von 6 und 9 M.

Spandau.

Stadtverordnetenversammlung. Vor Eintritt in die Beratung der Tagesordnung gelangt eine Petition der städtischen Straßenreinigungsarbeiter zur Verhandlung, welche um Gewährung des Stundenlohnes statt des bisher üblichen Monatslohnes schon vom 1. Juli cr. ab bitten. Die Versammlung hatte diesen Lohn erst vom 1. Oktober cr. ab bewilligt. Die Straßenreinigungsarbeiter haben nun eine Berechnung gemacht, wonach sie in dem Vierteljahr Juli-Oktober um zirka 1500 M. gegenüber anderen städtischen Arbeitern geschädigt sind und sie bitten, nun ihnen diese 1500 M. zu gewähren. Von den sozialdemokratischen Stadtverordneten traten namentlich die Genossen Pieper und Pieck für die durchaus berechtigte Forderung der Arbeiter ein. Der Vorsteher hatte anfangs die Absicht, die Petition einfach unter den Tisch fallen zu lassen. Er hatte damit aber kein Glück, denn allgemein verlangte man ein näheres Eingehen auf die Sache. Als der Genosse Pieck mit allerdings nicht ganz schmeichelhaften Worten das Verhalten und die Qualifikation des Straßenreinigungsinspektors Mathwig in dieser Angelegenheit kritisierte, entzog ihm der Vorsteher einfach das Wort. Nach der Geschäftsordnung hatte er hierzu absolut kein Recht, aber was fragt der Vorsteher gegenüber Sozialdemokraten danach. Als der Genosse Pieck später sein Verhalten rechtfertigen wollte und gegen die Handhabung der Geschäftsordnung protestierte, war die Sache selbst schon fast erledigt und leider ließ sich der Genosse dadurch beeinflussen, nicht weiter gegen das ihm geschehene Unrecht zu protestieren. Vielleicht holt er das bei einer anderen Gelegenheit nach, denn unter allen Umständen müssen die Genossen solche Herrschergelüste eines Vorstehers im Keime ersticken. In der Sache selbst wurde beschlossen, die Angelegenheit auf die Tagesordnung der nächsten Versammlung zu setzen. Für die 5. Gemeindeschule, für welche erst im vorigen Jahre ein Anbau bewilligt worden ist, wird jetzt vom Magistrat eine Teilung der Schule und die Anstellung eines zweiten Rektors beantragt. Die Wilhelmstadt, in welcher diese Schule liegt, hat sich derartig entwickelt, daß die Schule schon jetzt wieder überfüllt ist. Stadtverordneter Genosse Schmidt I zweifelt, daß durch die Teilung der Schule der Kalamität abgeholfen wird. Er empfiehlt, doch lieber gleich ein neues Schulhaus zu bauen. Die Versammlung stimmt jedoch der Magistratsvorlage zu. — Für die hiesige höhere Mädchenschule war eine Oberlehrerinnenstelle mit einem Grundgehalt von 1800 M. ausgeschrieben worden. Darauf hat sich aber keine Bewerberin gemeldet. Der Magistrat beantragt deshalb nochmalige Ausschreibung und Erhöhung des Grundgehaltes auf 2100 M. Die Vorlage wird genehmigt. Dem Assessor Dr. Laue ist in einer anderen Stadt eine besoldete und pensionsfähige Stellung angetragen worden. Er hat nun dem Magistrat Kenntnis gegeben, daß er diese Stellung annehmen würde, wenn ihm in Spandau nicht auch eine pensionsberechtigte Stellung angeboten würde. Der Magistrat, der den Assessor Dr. Laue als eine tüchtige Kraft kennt, beantragt deshalb, der Assessor Dr. Laue soll als Magistratsassessor mit einem pensionsfähigen Gehalt von 4000 M., steigend von drei zu drei Jahren um 300 M., auf 12 Jahre angestellt werden. Die Pensionsverhältnisse sollen die der besoldeten Magistratsmitglieder sein. Die Stadtverordnetenversammlung glaubte diese Gelegenheit wahrnehmen zu müssen, um hierbei auch den zweiten Baurat durchdrücken zu können. Sie genehmigte die Vorlage mit der Bedingung, daß auch gleichzeitig ein zweiter Stadtbaurat angestellt werde. Zur Regelung der Gehaltsverhältnisse desselben wurde sofort eine gemischte Kommission gewählt. Wenn die Versammlung seinerzeit festgeblieben wäre und auf Anstellung des zweiten Baurats bestanden hätte, dann würde man sich die beiden Stadtbauinspektoren haben sparen können. Ob jetzt der Magistrat zustimmen wird, bleibt auch noch abzuwarten. — Es gelangt nunmehr der Antrag der sozialdemokratischen Stadtverordneten Schmidt I und Genossen zur Verhandlung: „Die Stadtverordnetenversammlung ersucht den Magistrat, der Stadtverordnetenversammlung möglichst bald eine Vorlage zu unterbreiten, in welcher Vorschläge gemacht werden, wie die Gefahren, welche das Elektrizitäts- und Gassteuer-Gesetz den städtischen Betrieben zu bringen droht, abgewandt werden können." Stadtverordneter Genosse Schmidt I begründet nun in längerer Ausführung diesen Antrag. Als erster Redner gegen den Antrag der sozialdemokratischen Stadtverordneten sprach der Vorsitzende der hiesigen Mittelstandsbewegung, Stadtverordneter Justizrat Dr. Baumert. Er meint, wenn der Genosse Schmidt gegen eine solche Steuer vorgehe, dann müsse er auch Vorschläge für andere Steuern machen. Die Fahrkartensteuer müsse auch fallen. Er würde aber sehr dafür sein, daß das Tabakmonopol eingeführt würde. Stadtverordneter Schob, der Verleger des konservativen „Spandauer Tageblatt", der auch immer in Mittelstandsrettung macht, ist der Ansicht, das Geld werde gebraucht. Die Steuer sei auch nicht so schlimm, außerdem könne auch der Tabak und das Bier ganz gut noch etwas vertragen. Stadtverordneter Reusch, auch ein Vertreter der Mittelstandsbewegung, ist ganz erstaunt über die beiden Vorredner, daß diese nichts gegen eine Steuer unternehmen wollten, die den Mittelstand ganz erheblich belaste. Er meint, man stelle sich geradezu als mittelstandsfeindlich hin, wenn man dem sozialdemokratischen Antrage nicht zustimme. Oberbürgermeister Kölze meint, der Magistrat würde der Versammlung keine Vorschläge machen, weil das gegen seine Befugnisse ginge. Dagegen habe der Magistrat beschlossen, daß diese Angelegenheit auf den nächsten Städtetagen besprochen würde und sich somit den diesbezüglichen Beschlüssen anderer Städte angeschlossen. Wenn die Steuer aber doch komme, dann müsse eben der Gaspreis um 1 Pf. erhöht werden. Das mache für Spandau nicht viel aus, denn Spandau habe einen sehr niedrigen Gaspreis (15 Pf. pro Kubikmeter). Trotzdem es unsere Genossen Pieck und Pieper nicht daran fehlen ließen, diese Sorte Mittelstandsretterei ins rechte Licht zu setzen, und trotzdem Genosse Schmidt I in seinem Schlußwort den Vertretern des Mittelstandes entgegenhielt, daß sie sich bisher immer haben von ihren Freunden das Fell über die Ohren ziehen lassen, es nutzte nichts. Die Versammlung lehnte den Antrag gegen die Stimmen der sozialdemokratischen Stadtverordneten und etwa 4—5 bürgerlichen Stadtverordneten ab. — Zur Erbauung eines Schulhauses auf dem Nonnendamm werden von der Versammlung 30 000 M. gefordert. Ein 12 000 Quadratmeter großes Terrain sowie ein Zuschuß von 40 000 M. wird von der Firma Siemens und Halske und der Märkischen Bodengesellschaft gegeben. Die Vorlage wird genehmigt. Genosse Schmidt I regt die Einrichtung eines Schulbrausebades an, findet aber, wie immer, keinen Anklang bei der Mehrheit. — Zu dem Denkmalfonds für Kaiser Wilhelm I., zu welchem 32 500 M. gesammelt sind, fehlen noch 15 000 M. Diese 15 000 M. soll die Versammlung als städtische Beihilfe bewilligen, damit die Denkmalsenthüllung im nächsten Frühjahr vor sich gehen kann. Unsere Genossen sprachen sich gegen die Vorlage aus, indem sie sich auf den Standpunkt stellten, daß die Gelder der städtischen Steuerzahler dafür keine Verwendung finden dürften. Wem an dem Denkmal gelegen, solle auch zahlen. Genosse Schmidt I weist noch darauf hin, ob es wohl im Sinne des toten Despoten läge, der ja immer als prunklos und wohltätig geschildert werde, wenn man ein solches Prunkstück errichte, oder ob man nicht besser in seinem Sinne handele, wenn man die 15 000 M. einem Fonds zuwende, aus dem arme Schulkinder gespeist würden. Genosse Pieck bemerkt mit beißendem Spott, daß der Patriotismus der Spandauer auch wohl nur bis ans Portemonnaie gehe, sonst wären doch wohl die lumpigen 15 000 M. auch noch aufzubringen gewesen. Als Redner für die Vorlage traten außer den Magistratsmitgliedern auf die Stadtverordneten Bender als Referent und Dr. Baumert. Die anderen Stadtverordneten der bürgerlichen Parteien waren stumme Patrioten und stimmten natürlich der Vorlage zu. Es bezahlt sich auch besser aus dem allgemeinen Steuersäckel, als aus eigener Tasche. — Für den Besuch der Abendkurse für Städtebau an der technischen Hochschule Charlottenburg durch die beiden Stadtbauinspektoren werden 250 M. bewilligt. Der übrige Teil der Vorlagen wird wegen vorgerückter Zeit vertagt.

Die Hafenverpachtung im Bietungstermin.

Einen merkwürdigen Verlauf nahm ein von dem Magistrat angesetzter Bietungstermin in Sachen der hiesigen Hafenverpachtung. Nachdem der in der Hafendeputation als Berater und Vertrauensmann fungierende Spediteur Thomas dem Magistrat vertraulich für den fertiggestellten Teil des Hafens eine jährliche Pachtsumme von 5000 M. bot, machte sich der Herr Oberbürgermeister zum Referenten dieses Angebotes und befürwortete in der Stadtverordnetenversammlung am 16. Oktober die Verpachtung des Hafens an Herrn Thomas zum Preise von 5000 M., trotzdem von einem anderen Spediteur ein höheres Gebot vorlag. Nur dem Eintreten unserer Genossen und des Sachverständigen, Stadtv. Prager, war es zu verdanken, daß die Magistratsvorlage zur Ablehnung kam und ein öffentlicher Bietungstermin anberaumt wurde. In diesem öffentlichen Bietungstermin wurde Spediteur Thomas von anderen Interessenten im Ausbietungsverfahren auf die jährliche Pachtsumme von 50 000 M. getrieben. Wie ist es in einem Gemeinwesen möglich, daß ein dem Ausschuß als Vertrauensmann angehöriger Kaufmann im eigensten Interesse tätig sein kann, ohne daß die anderen Mitglieder in der Lage sind, dies zu prüfen? Wie erklärt der Magistrat die Differenz zwischen dem vertraulichen und dem öffentlichen Gebot von jährlich 45 000 M.?

Vermischtes.

Neue Erdstöße.

Noch immer dauern die Erdbewegungen in Mitteldeutschland fort. Es liegen hierüber folgende Meldungen vor:

Plauen, 6. November. In der vergangenen Nacht, 5 Uhr 40 Min. früh, setzte abermals ein heftiger Erdstoß, der stärkste in der jetzigen Erdbebenperiode, die Bevölkerung des gesamten Vogtlandes in Schrecken. Der Stoß, der die Einwohner aus den Betten trieb, war dem „Vogtländischen Anzeiger" zufolge von langanhaltendem Getöse und donnerähnlichem Rollen begleitet und bewirkte außerordentlich heftige Schwankungen. Die Erdstöße scheinen zwar an Zahl abzunehmen, dafür aber an Heftigkeit zuzunehmen. Das Wasser der in der Nähe von Bad Elster gelegenen Sohler Kurquelle ist seit dem Erdstoß vom 3. November um 6 Grad wärmer geworden.

Greiz, 6. November. Heute früh 5½ Uhr ist in Greiz und Umgegend ein neuer Erdstoß verspürt worden, der stärkste von den achtzehn, die bisher hier beobachtet wurden. Die Einwohner wurden aus dem Schlafe aufgerüttelt.

Freiberg i. S., 6. November. Heute früh 5½ Uhr wurde hier ein ziemlich starker Erdstoß wahrgenommen, dem gegen 7 Uhr ein leichterer folgte. Auch in den Dörfern der Umgegend sind die Erschütterungen in gleicher Weise verspürt worden.

Karlsbad, 6. November. Heute früh 3 Uhr 46 Minuten ist hier ein Erdstoß verspürt worden.

Dresden, 6. November. Heute früh 5 Uhr 36 Minuten wurde in Dresden und Umgebung ein von Westen nach Osten verlaufender Erdstoß wahrgenommen.

Erfurt, 6. November. Heute morgen wurde auch hier ein Erdbeben wahrgenommen. Gleiche Meldungen gingen aus Apolda, Weimar, Jena, Ilmenau, Rudolstadt, Blankenburg a. H., Gera und Weißenfels ein.

Entgleist. Amtlich wird aus Duisburg vom gestrigen Tage gemeldet: Der D-Zug 21 ist heute vormittag 8 Uhr 20 Minuten bei der Einfahrt vor dem Bahnhof Duisburg mit Zuglokomotive und Packwagen entgleist. Die Ursache ist noch nicht aufgeklärt. Personen wurden nicht verletzt. Beide Hauptgleise sind gesperrt. Die voraussichtliche Dauer der Sperrung beträgt vier Stunden. Der Personenverkehr wird durch Umlenkung der Züge über Lintorf aufrecht erhalten.

10 Seeleute ertrunken. Ueber ein Schiffsunglück, wobei zehn Mann Besatzung ertrunken sind, wird aus Danzig vom gestrigen Tage gemeldet: Heute nacht ist bei sehr stürmischer Witterung bei Putziger Heisternest auf der Halbinsel Hela der Stettiner Dampfer „Archimedes" gestrandet und vollständig zerschellt. Von der 13 Mann starken Besatzung sind 10 Mann ertrunken. Ein Bootsmann, ein Matrose und ein Heizer wurden gerettet.

Der neue Kertsch-Jenikale-Kanal ist, wie eine Meldung aus Kertsch besagt, gestern offiziell eröffnet worden. Der Kanal, der 24 Fuß tief ist, ermöglicht den freien Verkehr zwischen dem Schwarzen und dem Asowschen Meere.

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter (E. H. 29 Hamburg) Filiale Berlin 7: Mitglieder-Versammlung Sonntag, den 8. November, vormittag 10 Uhr, bei Hoffmann, Pasewalker Str. 3.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 8. November, vormittags 9 Uhr, in der Halle der Gemeinde, Pappelallee 15—17: Freireligiöse Vorlesung. Vormittags 10¾ Uhr in der Schule, Kleine Frankfurter Str. 6: Vortrag des Herrn Dr. Bruno Wille über: Schopenhauers Weltanschauung. I. Die Welt als Wille und Vorstellung. Damen und Herren sind als Gäste sehr willkommen.

Freie Jugendorganisation Berlin. Abt. 10: Sonntag, den 8. November, bei Bills, Schulstr. 74: Mitgliederversammlung. — Abt. 16: Sonnabend, den 7. November, abends 8 Uhr, bei Welkisch, Markusstr. 47: Mitgliederversammlung.

Verein der Buchdrucker und Schriftgießer zu Rixdorf-Britz. Sonnabend, den 7. November, abends 9 Uhr: Generalversammlung bei Hoppe, Hermannstr. 49. Tagesordnung: 1. Vereinsmitteilungen. 2. Beratung der Abänderungsanträge zum Vereinsstatut. 3. Neuwahl des Vorstandes. 4. Verschiedenes.

Wasserstands-Nachrichten
der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 5. 11. cm	seit 4. 11 cm [1])	Wasserstand	am 5. 11 cm	seit 4. 11. cm [1])
Memel, Tilsit	134	+5	Saale, Grochlitz	70	+2
Pregel, Insterburg	−26	+1	Havel, Spandau [2])	33	−2
Weichsel, Thorn	60	−4	„ Rathenow [2])	14	0
Oder, Ratibor	85	−1	Spree, Spremberg [2])	74	0
„ Krossen	61	−2	„ Beeskow	63	−3
„ Frankfurt	78	−1	Weser, Münden	−110	−4
Warthe, Schrimm	22	0	„ Minden	−40	−2
„ Landsberg	6	+1	Rhein, Maximiliansau	304	−5
Netze, Vordamm	−8	+2	„ Kaub	95	−3
Elbe, Leitmeritz	−76	−1	„ Köln	70	−2
„ Dresden	−190	+3	Neckar, Heilbronn	22	−2
„ Barby	24	0	Main, Wertheim	100	+1
„ Magdeburg	52	−4	Mosel, Trier	12	1

[1]) + bedeutet Wuchs, — Fall. — [2]) Unterpegel.

Rapide

breitet sich jetzt die Erkenntnis aus, daß man **Bouillon** **nur** noch aus **Bouillon-Würfel** Marke machen soll.

H. Greifenhagen Nachf.

Brunnenstr. 17-18 — Veteranenstr. 1-2

Der sensationelle Verkauf unserer

95 Pf. 1.95 2.95

Serien-Artikel endet heute Sonnabend

Jeder Kunde findet an allen Abteilungen gediegene gute Waren zu ungewöhnlich billigen Preisen

Auf alle anderen Artikel verabfolgen wir nur heute Sonnabend

Doppelte Rabatt-Marken

Hut-Arnold

Dresdenerstr. 116 (Kein Laden) am Oranienplatz

Hut und Mützen Engrosgeschäft

Einzelverkauf zu auffallend billigen aber festen Preisen!

Weiche Herrenhüte v. 1,50-6,00 — Nur fehlerfreie moderne Ware

Steife Herrenhüte v. 2,00-7,00 — Nur fehlerfreie moderne Ware,

Grösste Auswahl in Mützen und Pelzwaren.

Donnerwetter, tadellos!!!

sind die nur wenig getragenen **Herren-Garderoben,**

Winter-Paletots, Anzüge, Frackanzüge, Smokings,

Einzelne Hosen in riesiger Auswahl zu billigsten Preisen!

Von den feinsten Herrschaften stammend, sind diese Sachen in nur erstklassigen Schneider-Ateliers gearbeitet und bieten daher Garantie für den besten Sitz.

Monats-Garderoben-Haus

Prinzenstr. 6 Laden, kein Keller. **Paul Lowicki** Prinzenstr. 6 Laden, kein Keller.

Waldhaus, Nieder-Schöneweide, Julius Jakobi, Berliner Str. 81.

Sonntag, den 8. November: **Großes Wurstessen.**

Freunde, Bekannte und Radfahrer sind hierzu freundlich eingeladen.

Großer Ball. **Felix Hoppe,** Tanzmaitre.

Jeder Arbeiter, jeder Handwerker sollte zur Arbeit

die **Lederhose Herkules** tragen.

Unerreichte Leistungsfähigkeit.

Allein-Verkauf. Sehr starkes Leder in praktischen grauen u. braunen Streifen, auch einfarbig. Am Bund aus einem Stück gearbeitet. Sehr feste Kappnähte. Haltbarste Pilot-Taschen. Große Flicken umsonst.

Die Herkules-Hose **4 M. 50**

Monteur-Jacketts „Edison", echtblau Köper oder Drell 2 M. 65

Monteur-Hosen „Edison". echtblau Köper oder Drell 2 M. 35

Manchester-Hosen Gambrinus 6 M. 50

Manchest.-Jacketts Gambrinus 11 M. 50

Maler-Kittel . . . . M. 2,75, 2 M. 25

Mechaniker-Kittel (braun) 3,35, 2 M. 75

Weiße Lederhosen . . . . . 4,50, 3 M.

Kessel-Anzüge . . 7,25, 6,50, 5 M. 50

Weiße Jacketts für Friseure, Kellner, Konditoren, Köche usw.

Die Preise gelten für normale Größen.

Baer Sohn

Brückenstr. 11. Chausseestr. 29/30. Gr. Frankfurterstr. 20.

Haupt-Katalog gratis und franko.

Bei Bestellung von Hosen ist die Bundweite und die Schrittlänge, bei Jacketts und Kitteln die Brustweite anzugeben. 45232*

Nachdruck verboten!

Wir empfehlen:

Schriften von Friedrich Engels

Die Entwickelung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft Preis 1,00 M. Agitationsausgabe 40 Pf.

Der deutsche Bauernkrieg Preis broschiert 1,50 M. geb. 2,00 „

Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats geb. 1,50 M.

Herrn Eugen Dührings Umwälzung d. Wissenschaft geb. 3,00 M.

Die Lage der arbeitenden Klasse in England geb. 2,50 M.

In Sachen Brentano kontra Marx wegen angeblicher Zitatfälschung 1,00 M.

Expedition des „Vorwärts" Berlin SW. 68 Lindenstr. 69. Laden.

Eckwardersiel in Oldenburg

Gesucht

Garnelen-(Krabben)-Abnehmer

auf sofort. Ab hier Bahnstation, ohne Verpackung, a Pfund 40 Pf. gegen Nachnahme. 2626b*

Garnelenfischerei **R. Thieling.**

Paul Drenske Nachfolger Otto Berlett

Hutfabrik

Oranienstraße 172

empfiehlt sein **großes Lager** in [3853L*

Hüten, Mützen, Schirmen, Pelzwaren.

Sämtliche hervorragenden Erzeugnisse des In- und Auslandes **stets** am Lager.

Reparaturen schnell, sauber und billig.

Enorm billig

einzig!!! ist unser Angebot für Herren jeden Standes!!! Täglich, Sonntag verkaufen aus feinsten Maßstoffen nochvornehme gefertigte Herren-, Rock-, Jackett-

Anzüge Paletots

deren sonstiger Maßpreis 40—70 M. ist, jetzt 18—38 M. Gehrockanzüge jetzt 21—40 M. Herren-Hosen jetzt 7—15 M.

Deutsches Versandhaus. Jägerstr. 63. 1 Treppe. Firma. Hausnummer achten

---

A. B. Koch

Kohlen-Groß-Handlung

gegründet 1893.

Haupt-Kontor und I. Geschäft: Berlin O. 34, Brombergerstr. 16. II. Geschäft: O. 17, Fruchtstr. 13.

Preise für nur Ia Marken ab Platz von 10 Ztr. an: 49682*

Prima Ia Halbsteine (bekannte Marken). . pr. Ztr. 97 Pf.

„ Ferdinand-Brikets pr. Ztr. 97 Pf.

„ Anna od. Waldmannsheil pr. Ztr. 99 Pf.

„ Pfännerschaft „ „ 101 Pf.

„ Ia Diamant pr. Ztr. (110 bis 120 Stck.) . . 105 Pf.

„ Ia Ilse o. Abm. pr. Ztr. 105 Pf.

„ Ia Anthrazit Cadé p. Z. 235 Pf.

Koks, Steinkohlen usw. zu den billigsten Tages- und Konventionspreisen. Anlieferung frei Keller je nach Quantum pr. Ztr. 10—15 Pf. mehr. — Bei Originalwaggons und größeren Abschlüssen verlangen Sie meine Spezial-Offerte.

Der Total-Ausverkauf wegen Auflösung

des Kaufhauses **H. MARCUS** Reinickendorfer Strasse 14

bietet Ihnen die denkbar beste Gelegenheit für **WEIHNACHTSEINKÄUFE.**

Ein Posten	**Velour-Kinderkleider** Grösse 45-60 cm . . .	jetzt	**38** Pf.
Ein Posten	**Velour-Kinderkleider** Grösse 45-60 cm, mit Volant u. Sammetbesatz	jetzt	**98** Pf.
Ein Posten	**Velour-Blusen** Vorderteil in Säumchen gearbeitet . .	jetzt	**98** Pf.
Ein Posten	**Barchend-Hemden** für Männer und Frauen . .	jetzt	**98** Pf.
Ein Posten	**Futter-Hosen für Herren**	jetzt	**98** Pf.
Ein Posten	**Normal-Hemden** für Herren, mit Achselschluss . .	jetzt	**98** Pf.
Ein Posten	**Hänge-Schürzen** für Kinder	jetzt	**18** Pf.
Ein Posten	**Ballecharpes** hell, Wert bis 2 M.	jetzt	**60** u. **98** Pf.
Ein Posten	**Hemdentuch** 70 cm breit, kräftige Ware	jetzt Mtr.	**15** Pf.
Ein Posten	**Kleiderschotten** moderne Muster, Wert bis 60 Pf.,	jetzt Mtr.	**33** Pf.
Ein Posten	**Velours** für Blusen und Matinées, Wert 50 Pf. . . .	jetzt Mtr.	**27** Pf.
Ein Posten	**Linon** 80 cm breit, gute Qualität, Wert 45 Pf. . . .	jetzt Mtr.	**26** Pf.
Ein Posten	**Renforçé** 80 cm breit, vorzügliche Ware, Wert 50 Pf.	jetzt Mtr.	**29** Pf.
Ein Posten	**Servietten** Drell, ca. 60×60 cm gross	jetzt Stück	**15** Pf.
Ein Posten	**Strickwesten** für Herren, Wert 2,50	jetzt Stück	**1.68**
Ein Posten	**Pelz-Colliers** schwarz Kanin mit 4 Schwänzen .	jetzt Stück	**2.95**

Auf alle Artikel **Norden-Marken.**

Königstraße 33
direkt am Bahnhof Alexander-Platz

Fr. Pfingst & Co.

Königstraße 33
direkt am Bahnhof Alexander-Platz

Kaufhaus für Gelegenheitskäufe

Solange der Vorrat reicht! Sensationell billig!

ca. 300 Paletots a. engl. gestreift u. kar. Stoff, 22.50, 13.85, 9.85, 7.85, **4.95**

ca. 300 Paletots, Abendmäntel, Abendcapes aus Zibeline, mit angewebter Rückseite, Tuch- od. Foulestoff, 29.75, 19.75, 14,50, **9.75**

ca. 250 Kostüme aus Cheviot, Diagonal- u. Tuchstoff., z. T. auf Seide **14.75**

1 Partie schwerer Damenpaletots lose, geschweift u. anschließende Fassons, aus prima Eskimo, m. eleg. Garnierung, 32.00, 24.00, 19.50, **12.75**

Wollbluse in neuesten Dessins mit Rüschengarnierung **3.75**

Samtbluse elegante Verarbeitung, in den schönsten Farben **7.85**

ca. 150 Stück Mädchen-Kleider aus guten Wollstoffen, 70—100 cm lang 11.75, **9.85**

Kinderpaletots aus karierten u. gestreiften Stoffen mit schöner Kragengarnierung

3-4 Jahre	5-6 Jahre	7-8 Jahre	9-10 Jahre	11-12 Jahre	13-14 Jahre
5.45	5.95	6.45	6.95	7.45	7.95

Prima-Elektrik-Kanin-Jackett 70 cm lang, auf Seide gearb. **38.50**

Astrachan-Jackett lose und anschließende Fasson, 65—70 cm lang, auf Seidendamast gearbeitet **42.50**

Pelzjacke aus Sumpfbiber, Form „Bolero“, auf Seide gearbeitet . . . **45.00**

Samtjacke mit Weste, in allerschickster Form **9.85**

Skunks-Stola Ia Qualität, bis 220 cm lang 48.00, 38.00, **27.00**

Tibet schönlockig, bis 180 cm lang, schwarz u. weiß, . 18.50, 12.50, 9.75, **4.50**

Kanin rasé Stola bis 200 cm lang 12.50, 8.75, 5.50 **2.95**

Eisfellmantel für Kinder, auf warmem Futter, in guter Qualität

60	55	50
7.85	7.35	6.85

Kindergarnituren f. Mädch., a. Lammfell, Tibet u. Grebes, 12.00, 8.00, **3.25**

Mufflon-Stola 200 cm lang **12.00**

1 Posten Damen-Trikot-Unterröcke mit angewebtem Futter Stück **1.25**

1 Posten Damen-Strickwesten . . . . Stück **95 Pf.**

1 Posten Damen-Normal-Untertaillen mit und ohne Aermel . . Stück **75 Pf.**

1 Posten weiße Damen-Trikot-Untertaillen . . Stück **48 Pf.**

1 Posten Kinder-Strickröckchen . . . . Stück **48 Pf.**

1 Posten Damen-Trikothandschuhe m. angew. Futter Paar **28 Pf.**

1 Posten Damenstrümpfe reine Wolle, engl. Länge, Schotten- und Ringelmuster . . . . Paar **88 Pf.**

1 Posten Knaben-Sweaters

1 bis 3 Jahre	4 bis 6 Jahre	7 bis 11 Jahre
75 Pf.	85 Pf.	95 Pf.

1 Posten Leibbinden extra weit, mit und ohne Kamelhaarfutter Stück **75 Pf.**

1 Posten Lungenschützer mit angewebtem Futter . . . . Stück **58 Pf.**

1 Posten Knaben-Normal-Jacken . . . . Stück **48 Pf.**

1 Posten Herren-Socken reine Wolle, mit Stopfkärtchen . . Paar **65 Pf.**

1 Posten Herren-Normal-Hemden schwere Qualität Stück **1.48**

1 Posten Damen-Strümpfe bestickt, engl. Länge . . . . Paar **75 Pf.**

Verkäufe.

Ohne Anzahlung, Woche 50 Pfennig, Bilder, Spiegel. Ferner: Möbel, Polsterwaren, Teppiche, Gardinen, Steppdecken, Tischdecken, Bettbezüge, Portieren, Uhren, Gaskronen, Herrengarderobe. Weber, Prenzlauerstr. 49. Besuch, eventuell Postkarte. 1387R*

Monatsgarderobenhaus Andreasstraße 54. Elegante Monatsanzüge, Monatspaletots, einzelne Beinkleider zu sehr billigen Preisen. Nur Andreasstraße 54 an der Markthalle. 1388R*

Teppiche! (fehlerhafte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brünn, Hackescher Markt 4, Bahnhof Börse. 284/11*

Gaskronen, Petroleumkronen ohne Anzahlung, Woche 1,00. Riesenlager. Louis Böttcher (selbst): Betriebsleitung Boxhagenerstraße 32 (Bahnverbindung Warschauerstraße), Potsdamerstraße 81, Schönhauser Allee 79, Badstraße 8a, Rixdorf, Kaiser Friedrichstraße 247.

Steppdecken spottbillig. Fabrik Große Frankfurterstr. 50/51. 2993R*

Winterpaletots, Anzüge, Decken, Uhren, verfallene Pfänder spottbillig Pfandleihhaus Küstrinerplatz 7.

Federbetten. Stand 11,00, große 16,00. Einzelne Bettstücke, Wäsche, spottbillig. Pfandleihhaus, Küstrinerplatz 7. 1348R*

Spezialkarte von Buckow, 75 Pf. Expedition, Lindenstraße 69, Laden.

Herrenanzüge, Herrenpaletots, zurückgesetzte, aus feinsten Maßstoffen 18 bis 38,00 täglich. Sonntagsverkauf. Deutsches Versandhaus Jägerstr. 64, 1 Treppe. 1875R

Monatsanzüge und Winterpaletots, Joppen von 5 Mark sowie Hosen von 1,50, Gehrockanzüge von 12,00, Fracks von 2,50, sowie für korpulente Figuren. Neue Garderobe zu staunend billigen Preisen, aus Pfandleihen verfallene Sachen kauft man am billigsten bei Nah, Mulackstraße 14.

Humboldtleihhaus weit und breit bekannt, nur Brunnenstraße 58, Eckhaus Stralsunderstraße. Großer Pfänderverkauf, riesengroßer Bettenverkauf, großartige Pelzstolas, spottbillig, hochelegante Winterpaletots, Jackettanzüge, Gehrockanzüge, Plüschtischdecken, Teppichauswahl, Steppdecken. Enorm billiger Uhrenverkauf, Kettenverkauf, Schmucksachen. Geöffnet ganzen Tag, auch Sonntags.

Sozialreform oder Revolution, von Rosa Luxemburg. Zweite durchgesehene und ergänzte Auflage. Preis 50 Pf. Expedition Vorwärts, Lindenstraße 69.

Pfandleihhaus, Prinzenstraße 88. Staunendbillige Jackettanzüge! Gehrockanzüge! Spottbilligster Bettenverkauf! Brautbetten! Großartige Aussteuerwäsche! Wunderbare Gardinen! Steppdecken! Plüschtischdecken! Teppichauswahl! Goldene Damenuhren! Herrenuhren! Freischwinger! Schmucksachen. Bis acht geöffnet. *

Pianino, hohes, kreuzsaitig, 135,— (Garantieschein) Turmstraße 8, I. (Umbauhalber.) 13/7*

Pfänderverkauf! Hermannplatz 6. Pfandleihhaus! Staunendbilligste Winterpaletots! Riesenauswahl! Jackettanzüge! Gehrockanzüge! Herrenhosen! Pelzstolas! Allerbilligster Bettenverkauf! Gardinenverkauf! Brautgeschenke! Teppichverkauf! Wäscheverkauf! Wanduhren! Taschenuhren! Kettenauswahl! Ringeauswahl! Plüschtischdecken! Steppdecken! Nähmaschinen! Anerkannt: „Großberlins Einkaufsvorteil!“ Hermannplatz 6. Sonntags geöffnet. †108*

Nähmaschinen. Zahle höchste Vergütung. Fabriklager aller Fritter-Rohmann-Systeme. Kleinste Abzahlung. Hruba, Rosenthalerstraße 19.

Taschenbuch für Gartenfreunde. Ein Ratgeber für die Pflege und sachgemäße Bewirtschaftung des häuslichen Zier-, Gemüse- und Obstgartens von Max Hesdörffer. Mit 100 Textabbildungen. Preis 2,50 M. Expedition Vorwärts, Lindenstr. 69.

Kinderwagen, Sportwagen, gebrauchte. Andreasstraße 58. 1234R*

Metallbetten, Kinder, Erwachsene 7,00. Andreasstraße 53. 1238R*

Pfandleihhaus!! Rixdorf, Bergstraße 58. Spottbilligster Bettenverkauf! Aussteuerwäsche! Gardinenverkauf! Teppichverkauf! Steppdecken! Winterpaletots! Herrengarderobe! Möbelstücke! Uhrenverkauf! Schmucksachen! Spottpreise! 1293R*

Winterpaletots, Monatsanzüge, wenig getragene, von 5 M. an, große Auswahl für jede Figur, auch neue elegante Garderobe aus erster Bezugsquelle, 20 Prozent billiger wie im Laden, direkt vom Schneidermeister Paul Fürstenzelt, nur Rosenthalerstraße 16. 285/18*

Wo kommt der beste Anzug her? Er kommt von Hermann Schlesinger! Reinickendorferstraße 48 und Turmstraße 58. 1280R*

Sofastoffreste, Wolle, Plüsch, Moquett, spottbillig. Teppichhaus Emil Lefèvre, Oranienstraße 158. *

Wringmaschinen. 9,00 Mark, enormes Lager. Germania-Industrie, Oranienburgerstraße 1, am Hackeschen Markt. 265/17*

Märkische Wanderfahrten. Ein- bis dreitägige Ausflüge in die Mark. Mit 10 Karten. 1,50 Mark. Expedition, Lindenstraße 69, Laden.

Steppdecken, Wollatlas und Similiseide 3.25, 3.85, 4.35, 5.00, 5.75. *

Portieren, Velvetatuch, 2 Shawls, 1 Lambrequin in allen Farben 3.25, 3.85, 4.75, 5.50, 6.75. Große Frankfurterstraße 125. 1366R*

Plüsch- und Tuchtischdecken mit kleinen Stickfehlern. Riesenauswahl. 1.65, 1.95, 2.50, 3.50, 4.85, 6.50, 7.25.

Tüllbettdecken in weiß und crème 1.95, 2.25, 2.75, 3.25, 4.50. 1368R*

Englische Tüllgardinen, Meter 35, 40, 45, 50, 60, 75 Pfennige. 1369R*

Abgepaßte Gardinen und Stores 1.65, 2.25, 2.85, 3.65, 4.35, 5.25. E. Weitzenbergs Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125. 1370R*

Teppiche, Riesenauswahl, mit kleinen Webefehlern 3.15, 3.85, 4.65, 5.85, 6.00, 7.50. 1371R*

Extraangebot! Salon- und Wohnzimmer-Teppiche, Fabrikmuster, jetzt mit 20 Prozent Rabatt. 1372R*

Läuferreste in allen Breiten und Preislagen jetzt bedeutend unter Preis.

Möbelstoffe, Reste in Wolle und Plüsch in allen Farben. E. Weitzenbergs Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125. 1374R*

Gaskronen, dreiflammig 4.50, Salongaskronen 7.50, Gaszuglampen 8.00, Gasuhren 1.45, Gaswandarme 0.55. Fabriklager Große Frankfurterstraße 92. Filiale Ravenéstraße 6. *

Nähmaschinen, gebrauchte, in allen Systemen zu billigsten Preisen, schon von 10 Mark an. Bellmann, Gollnowstraße 26. 1809R*

Anzüge, Paletots nach Maß. Aus Ia Stoffresten, Monats- und nicht abgeholte Sachen staunend billig. Maßschneiderei Voß, Brunnenstraße 3, eine Treppe, am Rosenthalertor. *

Konkurs-Ausverkauf! Anzüge, Paletots, zurückgebliebene Maßbestellungen, für die Hälfte des sonstigen Wertes, Friedrichstraße 212, 1 Treppe. 282/1

Teppiche (Farbenfehler), Steppdecken, Gardinen, Tischdecken, Tüllbettdecken, Uebergardinen, Sofastoffreste spottbillig. Fabrikniederlage Mauerhoff, Große Frankfurterstraße 9. Flureingang. 1586R*

Gaskocherhaus!!! Zweifachgaskocher! 3,00. Gasschnellheizer! 2½. Gasheizöfen! Petroleumöfen! spottbillig! Gasbügelapparate! Wohlauer, Wallnertheaterstraße 32. *

Kinderwagen, nagelneu (Gummiräder) umständehalber 19,00, Exerzierstraße 25, III links. †150

Wieder eröffnet! Hut-, Mützen- und Pelzwaren. Jede Reparatur wird sauber und billig ausgeführt. Zu bekannt billigen Preisen. Oskar Schulz, Kürschner, Reichenbergerstraße 144. †24*

Ringschiffchen 18,00, tadellos Oranienstraße 19, Quergebäude I. *

Gelegenheitskäufe in Pelzstolas, Muffen, Pelzfußtaschen, Herren-, Reise- und Gehpelze sowie Katzenhosen, bestes Mittel gegen rheumatische Leiden, sind preiswert zu haben. Pelzwarengeschäft M. Schaul, Dresdenerstraße 69. 26275*

Winterpaletots, Joppen sowie diverse Wintermützen sind preiswert zu haben. M. Schaul, Dresdenerstraße 69. 26380*

Geschäftsverkäufe.

Schnell, diskret verkaufen Geschäfte, Grundstücke Gornikiewicz & Co., Oranienstraße 149. Telephon 4, 11611.

Restauration, Billard, Pianino, drei Vereine, Zahlstelle, sofort billig verkäuflich Palauserstraße 42. †65

Restauration verkaufe wegen plötzlichen Todesfalls meiner Frau, Zahlstelle, Wahlverein. Brandenburg, Urbanstraße 102. †117

Räucherwaren-Geschäft sofort zu verkaufen Libauerstraße 9. 26366

Seifengeschäft, alles, zu verkaufen Ravenéstraße 5. †131

Wegen Uebernahme eines Kunststein-Geschäfts verkaufe sofort billig Obst- und Südfrucht-Geschäft Königgrätzerstraße 68. 26445

Zwölf Jahre bestehendes Grünkramgeschäft umständehalber billig zu verkaufen. Zu erfragen Cadinerstraße 10, Restaurant. †10

Möbel.

Auf Teilzahlung. Möbeleinrichtung, Stube und Küche, Anzahlung 15 Mark an. Einzelne Möbelstücke 3 Mark. Verliehen gewesene Möbel spottbillig. „Berolina“, Kastanienallee 49. 20735*

Kraustraße 50 bis Sonntag Möbel, Polsterwaren, Ausverkauf zu herabgesetzten Preisen. Möbelspeicher muß geräumt werden. Jeder Käufer spart Geld, für Brautleute Gelegenheitskauf. Kein Laden. 26315*

Umständehalber spottbillig, fast neu: 2 Bettstellen mit Matratzen, Kleiderschrank, Vertiko, Trumeau, Sofa, Tisch, sechs Stühle, Spiegelspind, Spiegel, Gaskrone, komplette Küche. Bötzowstraße 30, I links. 1409R*

Frau verkauft Kleiderschrank, Vertiko, Spiegel, Tisch, Bettstellen mit Matratze, diverse Küchenmöbel, alles gut erhalten. Schumannstraße 11, III links. Gollnick. Nicht Händler.

Kleiderspind 10,00, Kommode 5,00, Bettstelle 3,00, Tisch 2,00, Stuhl 1,00, Küchenspind 3,00, Nähmaschine 7,00, Schlafsofa 10,00. Palisadenstraße 23, Tapezierer. 13/12

Fahrräder.

Fahrräder, Grammophone, Teilzahlungen, ohne Aufschlag, Lothringerstraße 40. 674R*

Geschäftsdreirad, äußerst stabil, 50,00 an. Holz, Blumenstraße 36b. *

Herrenfahrrad, Damenfahrrad wie neu, 45,00. Holz, Blumenstraße 36b. 1307R*

Verschiedenes.

Patentanwalt Bessel, Gitschinerstraße 94a. 2553R*

Violinunterricht (neue, doppelt fördernde Methode bis zur Vollendung) gibt erfahrener Künstler wöchentlich, auf Wunsch auch nur eine Lektion à 1,25 M., bei zwei Schülern je 75 Pf. Offerten unter D. 2 Expedition des „Vorwärts“. †*

Lernt die Muttersprache beherrschen! Erfolgreichen, leicht faßlichen Unterricht in Wort und Schrift der deutschen Sprache erteilt Damen und Herren (separat) auch abends ein tüchtiger und gewissenhafter Privatlehrer. Die Stunde kostet eine Mark. Eine Unterrichtsstunde wöchentlich genügt. Gefällige Angebote sind unter G. 4 an Expedition des „Vorwärts“ zu richten.

Teilnehmer an einem englischen Zirkel (monatlich 4 Mark) werden gesucht. Privatstunden für Anfänger und Fortgeschrittene werden erteilt. G. Swienty, Schöneberg, Sedanstraße 57, III. 1003R*

Kunststopferei von Frau Kokoska, Schlachtensee, Kurstraße 8, III.

Platina, Gold, Silber, Gebisse, Kehrgold sowie sämtliche gold- und silberhaltigen Abfälle kauft Goldschmelze Köpenickerstraße 29. 189/1*

Markgrafensäle, Berlin O. 98, Markgrafendamm 34. Im Restaurant jeden Abend musikalische Unterhaltung, f. Speisen und Getränke, zwei Kegelbahnen, Vereinszimmer. Sonntags Ball. Amt 7, 4277. 29306

Wäsche wird sauber, billig gewaschen Weddingstraße 4, vorn III, Ritzelhubert. †131

Vermietungen.

Wohnungen.

Umständehalber große Stube, Küche, Korridor sofort zu vermieten. Borbaß, Reichenbergerstraße 61. †24

Zimmer.

Teilnehmer an einem möblierten Zimmer sucht Frau Jacobey, Wiesenstraße 10, vorn II. 22145*

Möbliertes Vorderzimmer mit Bad, 1 auch 2 Herren oder Damen, sofort zu vermieten, Rixdorf, Pannierstraße 10, vorn I, Fischer. †108

Schlafstellen.

Möblierte Schlafstelle für 1 auch 2 Herren, Witwe Hoenicke, Sonnenburgerstraße 8, vorn I. †12

Mietsgesuche.

Freundliches, möbliertes Zimmer, Nähe Mariannenplatz gesucht. Preis 15,— inklusive. Offerten G. 50 Filiale Lausitzerplatz. †24

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Maschinenschlosser, der schon auf Werkzeuge gearbeitet hat, sucht Beschäftigung. Gallmann, Maybachufer 6. †21

Verheirateter Mann sucht Beschäftigung irgend welcher Art. „E. 100“, „Vorwärts“-Spedition Stettinerstraße. †94

Stellenangebote.

Silberschleifer suchen Gebrüder Petersfeldt, Hollmannstraße 10. *

Anständigen ehrlichen Laufburschen verlangt Hermann Zeth, Kurstraße 34/35. 26415

Mädchen für Nachmittag zu Kindchen sofort gesucht. Adler, Habsburgerstraße 5. 14238

Perfekte Köchin für größere Kantine wird sofort gesucht. Offerten mit Gehaltsangabe unter „Alex“, Postamt 19. 2822b*

Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 50 Pf. die Zeile.

Alte leistungsfähige **Friedrichsdorfer Zwieback-Fabrik** sucht für den Verkauf ihres Fabrikates **geeignete Personen, welche für eigene Rechnung den Vertrieb übernehmen.** *

Offerten unter P. 8 an die Expedition dieses Blattes.

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.